



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

Inhalt:

- ▶ Staat und Politik
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Finanzen
- ▶ Transport und Logistik
- ▶ Wissenschaft, Bildung und Kultur
- ▶ Tourismus und Gastronomie
- ▶ Verschiedenes

OKTOBER 2019

Botschaft von Luxemburg
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 95 70
Fax +49 30 263 95 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

100 Jahre Frauenwahlrecht

Ein Glücksfall für Luxemburg

Birte Förster

„Nun sollte das Ereignis des Jahrhunderts stattfinden, die als erste gewählte Luxemburgerin sollte vereidigt werden und wir sollten die Schulbank drücken. Kam nicht infrage, da mußte man dabei gewesen sein.“ 1989 erinnerte sich Berthe Schmitz daran, wie sie 1919 die Schule geschwänzt hatte, zum Parlament gelaufen war und zugesehen hatte, wie die sozialistische Abgeordnete Marguerite Thomas-Clement vereidigt wurde. Ein Triumph aus der Sicht der Schülerin: „Eine Geschlechtsgenossin hatte sich in die Arena gewagt, hatte den Mut aufgebracht, als erste Frau in der Geschichte politische Verantwortung zu übernehmen und hatte feierlich geschworen, ihr Bestes zu tun. [...] Uns blieb der Eindruck des Einmaligen, nicht Wiederholbaren.“¹ Dass Marguerite Thomas-Clement am 26. Oktober 1919 als erste Frau ins Parlament gewählt werden konnte, ist der Verankerung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für alle Luxemburgerinnen und Luxemburger in Artikel 52 der Verfassung im Mai 1919 zu verdanken. Wer 21 Jahre alt war, im Besitz seiner bürgerlichen Rechte und im Großherzogtum wohnte, besaß durch diese Verfassungsänderung nun volle staatsbürgerliche Rechte.² Diese Rechtserweiterung betraf nicht nur alle Frauen, sondern auch die meisten Männer. Denn bis 1919 wurde in Luxemburg nach dem Zensuswahlrecht gewählt, war das Wahlrecht also an Besitz gebunden. Aus Sicht der Schülerin Berthe Schmitz ein Glücksfall für ihr Land und für ihr eigenes Leben, der Anbruch einer neuen Zeit. Endlich seien Frauen, so die Frauenrechtlerin Marguerite Mongenast-Servais, „Bürgerinnen im wahrsten Sinne des Wortes“³ geworden, und damit war ein wichtiger Schritt in Richtung gesellschaftlicher Mitbestimmung getan.

Der Ausschluss der Frau

Warum aber war das Wahlrecht für alle Männer und Frauen keine Selbstverständlichkeit angesichts der zunehmenden Demokratisierung und Liberalisierung im langen 19. Jahrhundert? Es sei eine unverbrüchliche Wahrheit, dass alle Menschen gleich und von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten wie Freiheit ausgestattet seien, hieß es 1776 in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die ein wichtiger Bezugspunkt für Republikaner und Liberale war.⁴ Doch ausgerechnet die Parteien, die im 19. Jahrhundert mit immer lauterer Stimme auf ein Mehr an Mitbestimmung drängten, stellten Anforderungen an den Staatsbürger, die Frauen von vornherein ausschlossen. Denn ein politisches Subjekt sollte ihrer Meinung nach über sein Leben selbst bestimmen können, also wirtschaftlich unabhän-

gig sein und sich gewissermaßen auch geistig selbst gehören, um seine Wahlentscheidung frei treffen zu können. Verheiratete Frauen waren keine eigenen Rechtspersonen mehr, sie wurden nach außen von ihrem Ehemann vertreten. Eben dieses Verschwinden als Rechtspersonen verwehrte es Frauen nachhaltig, Staatsbürgerinnen zu werden. Doch nicht nur deshalb wurden Frauen als das Gegenteil von unabhängig verstanden, auch ihr Körper spielte eine bestimmende Rolle. Denn ein idealer Staatsbürger konnte seine Gefühle kontrollieren, und dazu waren Frauen gemäß der bürgerlichen Vorstellung von Mann und Frau nicht in der Lage. Im damaligen Gesellschaftsbild stand ‚der Mann‘ für Verstand und Kultur, womit er wie gemacht war für ein öffentliches Leben, wohingegen ‚die Frau‘ Gefühl und Natur verkörperte, was sie dafür bestimmte, zuhause die Familie zu umsorgen. Genauso wenig konnten Mütter unabhängig sein, denn sie waren in dieser Vorstellungswelt körperlich wie emotional an ihre Kinder gebunden.⁵

Die Reaktionen der Frauenbewegung

Auf eben diese Vorstellungswelt reagierte die bürgerliche Frauenbewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und verstärkt als Teil einer transnationalen Reformbewegung seit 1900 mit einer Strategie, die die amerikanische Historikerin Paula Baker als „domestication of politics“⁶ bezeichnet hat: Gemeinhin als ‚weiblich‘ geltende Handlungsfelder wie Schulbildung, Mutterschutz, Gesundheit und Hygiene sowie Wohnqualität wurden zu öffentlichen Aufgabenfeldern erklärt, für die Frauen wiederum aufgrund ihres Geschlechts als besonders kompetent galten. Das geschah auch in Luxemburg. Zunächst durch Vereinsgründungen wie beispielsweise den *Verein für die Interessen der Frau* 1906. Der Verein macht sich erfolgreich für die Mädchenbildung stark: 1917 legten in Luxemburg die ersten jungen Frauen das Abitur ab. Mit Auskunftsstellen zu Rechtsschutz und Frauenberufen und einer Stellenvermittlung, Veranstaltungen zu Kinderschutz, Alkoholismus und Wohnungsnot besetzte der *Verein für die Interessen der Frau* klassische Reformthemen der bürgerlichen Frauenbewegung und betrieb so die eben genannte *domestication of politics*.⁷

Die Entwicklung Luxemburgs hin zu einem modernen Staat, zu der auch die Frauenbewegung zu zählen ist, gilt gemeinhin als ‚verspätet‘. Doch mit Blick auf die luxemburgische Frauenbewegung und auf die Einführung des Frauenwahlrechts halte ich dieses Narrativ für ein unglückliches: denn es legt Standards an, die diese neuen Bewegungen aus der Rückschau mit einer Erwartungshaltung überfrach-

Élections

ten, die sie gar nicht erfüllen konnten. Die ersten Frauenrechtlerinnen in Europa waren in der Regel Reformeinnen, keine Revolutionärinnen.⁸ Dass sie nicht unmittelbar das Frauenwahlrecht forderten, war für die damalige Zeit nicht ungewöhnlich, auch nicht, dass man es sogar explizit ablehnte, wie im Falle des *Vereins für die Interessen der Frau*. Der lud sich dennoch die prominentesten Vertreterinnen für das Frauenstimmrecht aus Deutschland – Minna Cauer und Lida Gustava Heymann – zum Austausch nach Luxemburg ein. Das Thema Frauenwahlrecht stand also sehr wohl im Raum.

Schritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung

Außerdem bahnten sich die luxemburgischen Frauen einen Weg in die kommunalen Kommissionen. Die Mitgestaltung lokaler Politik kannte auch andere Wege als allein die Wahl des Magistrats: So verzeichnete Jenny Apolant 1910 in der Publikation *Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde*, dass in Düdelingen seit zwei Jahren eine Frau als vollberechtigtes Mitglied der Armenfürsorge tätig sei und in Luxemburg-Stadt sieben Damen auf diesem Gebiet ehrenamtlich arbeiteten. Solche Tätigkeiten waren kleine, aber wichtige Schritte hin zu einem Wandel der Vorstellung davon, wer ein politisches Subjekt sein konnte und daher wählen können sollte. Es war zudem ein Schritt hin zur politischen Professionalisierung: Viele der ersten weiblichen Abgeordneten in Europa waren zuvor in Verbänden und kommunalen Einrichtungen tätig gewesen. Der Bericht zur kommunalen Mitbestimmung von Frauen in Luxemburg schloss mit einem interessanten Hinweis: Zwar seien die Luxemburgerinnen gemäß dem im Land geltenden Code Napoléon auf kommunaler Ebene nicht wahlberechtigt, doch: „Die Sozialisten und Klerikalen würden eine Agitation zur Erreichung dieser Rechte wahrscheinlich unterstützen.“⁹ Mit dieser Vermutung benannte der Text schon 1910 jene Zusammenarbeit, die im Mai 1919 das Frauenwahlrecht in der Verfassung verankerte.

In der sozialdemokratischen Partei wurde seit 1905 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht laut, doch erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs nahm die politische Tätigkeit sozialistischer Frauen Fahrt auf: Sie traten als Rednerinnen in Erscheinung, arbeiteten in Gewerkschaften mit und organisierten Frauenkonferenzen, um Frauen für die eigenen Rechte zu mobilisieren. Mit einer Petition zum Frauenwahlrecht kam 1918 die erste öffentliche Debatte über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Gang und damit über breitere Frauenthemen: Unabhängigkeit, Emanzipation und das Recht darauf, eigene Interessen zu verfolgen und diese auch politisch vertreten zu sehen.¹⁰

Die Einführung des Frauenwahlrechts

Das Frauenwahlrecht in Luxemburg wurde am Ende nicht nur durch den Druck von Frauenverbänden erreicht, sondern war ein Ergebnis der Dynamisierung der politischen Situation gegen Ende des Krieges. Zunächst zerbrach die Koalition zwischen Demokraten und Liberalen, dann wurde das seit 1913 verschobene Verfassungsreferendum wieder angegangen und eine verfassungsgebende Kammer eingesetzt, in der im Oktober 1918 auch das allgemeine Frauenwahlrecht erstmals diskutiert wurde. Die Liberalen waren strikt gegen die Einführung des Frauenwahlrechts, doch die Sozialistische Partei und die Rechtspartei formten in dieser Frage eine recht ungewöhnliche Koalition, da beide sich vom Frauenwahlrecht einen Stimmenzuwachs für die eigene Partei erhofften. Am 8. Mai 1919 wurde mit ihren Stimmen die Einführung des Frauenwahlrechts beschlossen.¹¹

Die erste und einzige weibliche Abgeordnete Marguerite Thomas-Clement machte sich umgehend daran, nun auch die zivilrechtliche Gleichstellung für Frauen umzusetzen. Sie stellte einen Antrag darauf, die rechtliche Diskriminierung von Frauen aufzuheben, er verschwand jedoch nach der ersten Lesung in einer Schublade. Ihr Antrag auf die freie Verfügung der Ehefrauen über das eigene Einkommen wurde abgelehnt. Leichte Verbesserungen ergaben sich durch das Gesetz zur Feststellung der unehelichen Vaterschaft (1925) sowie die Zulassung von Frauen als Zeuginnen in zivilen und notariellen Akten ab 1928. Doch bis zur Umsetzung ihrer Ziele war es noch ein langer Weg: Als Thomas-Clement 1931 den Sprung ins Parlament nicht erneut schaffte, blieb es bis 1965 ohne eine einzige weibliche Abgeordnete.¹²

Die Gleichheit, bilanzierte Marguerite Mongenast-Servais, hatte 1919 nur auf dem politischen Gebiet gesiegt. „Wie aber sieht es aus in wirtschaftlicher Beziehung? Bekommt die Frau für gleiche Arbeit etwa den gleichen Lohn wie die Männer? Da wird sofort wieder die alte Ritournelle wahr: die Frau zählt noch nicht! Und doch! Die Frau wird zu beweisen wissen, daß sie zählt, daß die jetzige und kommende Menschheit sie nicht mehr übergehen darf.“¹³

Was zu tun bleibt

Zu beweisen, dass Frauen etwas zählen, dass ihre Interessen Berücksichtigung verlangen, blieb eine Aufgabe auch lange nachdem die ersten Frauen in die Parlamente gewählt worden waren und sie bleibt es bis heute. Die Forderung nach *equal pay* ist nach wie vor aktuell, die Frage danach, wer in den Familien Care-Arbeit leistet, auch. Darüber hinaus diskutieren wir heute, wie eigentlich eine geschlechtergerechte Repräsentation, eine Parité im Parlament gewährleistet werden kann und darüber,

ob ein Residenzwahlrecht nicht die bessere Alternative wäre. Eine gleichberechtigte Teilhabe an politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entscheidungsprozessen bedeutet eben nicht nur, dass einige wenige Frauen die berühmte Glasdecke durchstoßen, sondern sie muss in die Breite wirken und Chancen für möglichst viele eröffnen. Das wussten die ersten luxemburgischen Politikerinnen 1919, und sie setzten sich auf der kommunalen wie nationalen Ebene für soziale Reformen ein, für mehr Bildung, für Mitbestimmung, für zivile Rechte von Frauen. Ihre Arbeit war mühselig, sie war langwierig, sie erforderte Mut und Einsatz, ihr Lohn waren nicht selten Spott und Häme. Sie und ihre Nachfolgerinnen in der zweiten Frauenbewegung der 1970er Jahre haben in Luxemburg Rechte erkämpft und Wege geebnet, von denen heute (wie ich meine) alle Geschlechter gleichermaßen profitieren, weil sie die Gesellschaft gerechter und durchlässiger gemacht haben. ♦

1 Zit. nach Renée Wagener, *Wie eine frühreife Frucht. Zur Geschichte des Frauenwahlrechts in Luxemburg*, Luxemburg, forum, 1994, S. 92.

2 <http://legilux.public.lu/eli/etat/leg/loi/1919/05/15/n3/jo> (alle Internetseiten, auf die in diesem Beitrag verwiesen wird, wurden zuletzt am 18. Juli 2019 aufgerufen).

3 Zit. nach Renée Wagener: „Die Macht des Stimmzettels. Die Einführung des Frauenwahlrechts in Luxemburg“, in: Bettina Bab/Marianne Pitzen (Hg.), *Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre*

Frauenwahlrecht in Europa, Bonn, Frauenmuseum, 2006, S. 118-125, hier S. 120.

4 <https://www.archives.gov/founding-docs/declaration-transcript>

5 Blanca Rodrigues-Ruiz/Ruth Rubio-Marín, „Introduction. Transition to Modernity, the Conquest of Female Suffrage and Women's Citizenship“, in: Dies. (Hg.), *The Struggle for Female Suffrage in Europe. Voting to Become Citizens*, Leiden/Boston, Brill, 2012, S. 1-46.

6 Paula Baker, „The Domestication of Politics. Women and American Political Society 1870-1920“, in: *American Historical Review* 89 (1984), 3, S. 620-647, hier S. 640-641.

7 Germaine Goetzinger, „Der ‚Verein für die Interessen der Frau‘ oder Bürgerliche Frauenbewegung in Luxemburg“, in: Dies./Antoinette Lorang/Renée Wagener (Hg.), *„Wenn nun wir Frauen auch das Wort ergreifen ...“: Frauen in Luxemburg - 1880-1950 - Femmes au Luxembourg*, Luxembourg, Publications Nationales, Ministère de la Culture, 1997, S. 63-79.

8 Hedwig Richter/Kerstin Wolff, „Demokratiengeschichte als Frauengeschichte“, in: Dies. (Hg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie*, Hamburg, Hamburger Edition, 2018, S. 7-33.

9 Jenny Apolant, *Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde*, Leipzig/Berlin, Teubner, 1910, S. 98.

10 Mady Engel, „Frauen, Arbeiterbewegung, und Frauenwahlrecht“ (Exkurs), in: Wagener, *Wie eine frühreife Frucht*, a.a.O., S. 65-78.

11 Sonja Kmec, „Female Suffrage in Luxemburg“, in: Rodrigues Ruiz/Rubio-Marín (Hg.), *The Struggle*, a.a.O., S. 159-173.

12 Wagener, *Wie eine frühreife Frucht*, a.a.O., S. 94-97.

13 Zit. nach Wagener, „Die Macht des Stimmzettels“, a.a.O., S. 120.

Dr. Birte Förster ist Historikerin und forscht an der Berliner Humboldt-Universität und der Charité. Zuletzt erschien von ihr das Buch *1919. Ein Kontinent erfindet sich neu* bei Reclam.

**Die ersten Frauen-
rechtlerinnen in
Europa waren
in der Regel
Reformerinnen,
keine
Revolutionärinnen.**

Der Lotse geht von Bord

Von Robert Goebbels *

Am 23. März 1890 erschien in der britischen Satire-Zeitung „Punch“ eine weltberühmte Karikatur: „Der Lotse geht von Bord“. Sie zeigt Reichskanzler Otto von Bismarck beim Verlassen des kaiserlichen Dampfers, aus dem Amt gedrängt durch Kaiser Wilhelm II. Jean-Claude Juncker wird nicht hinausgeekelt. Mit dem Amtsantritt der neuen Präsidentin von der Leyen erlöscht sein Amt völlig normal.

Dennoch fällt es dem alten Haudegen offensichtlich schwer, seinen Posten zu räumen. Bei seiner Pressekonferenz nach dem jüngsten Europäischen Gipfel klang viel Wehmut durch. Er konnte gar einen kurzen Weinkrampf nicht unterdrücken. Ebenso vor dem EP.

Alle, die Juncker näher kennen, wissen sehr wohl, dass der Jean-Claude nahe am Wasser gebaut ist. Hinter der Macher-Fassade steckt viel Sensibilität.

Mit seinen eigentlich noch jungen 65 Jahren ist der scheidende Kommissionspräsident gewiss nicht ohne Zukunft. Doch gerade seine große Vergangenheit wird es ihm erschweren, neue Herausforderungen anzugehen.

Juncker war ein frühes Talent. Ohne Übergang verschlug es ihn von der Universität in die aktive Politik. Als Präsident der CSV-Jugend fiel er mit kecken Sprüchen auf, etwa „Black is beautiful!“. Er wurde schnell Sekretär der CSV-Fraktion im Parlament, wo sich unsere Wege zum ersten Mal kreuzten. Ich hatte die gleiche Aufgabe bei der LSAP-Fraktion.

Es gab damals pro Fraktion nur einen einzigen Sekretär. Der sich somit als vollamtlicher Politiker an einer Schaltstelle der Macht wiederfand. Was erklärt, dass in jenen Jahren so viele Fraktionssekretäre irgendwann in der Regierung auftauchten. (Santer, Juncker, Fischbach, Biltgen bei der CSV; Thoss, Goebbels, Di Bartolomeo, Nicolas Schmit bei der LSAP.)

Premier Pierre Werner holte jedenfalls Juncker schon 1982 mit bloß 28 Jahren als Staatssekretär in die CSV-DP-Regierung.

37 lange Jahre diente Juncker in der aktiven Politik. Es hat ihn gezeichnet. Sein Körper ist gealtert.

Woran ein schwerer Autounfall in 1989 nicht unschuldig ist.

Doch geistig und zungenfertig bleibt Juncker einsame Spitze. Mit seinen „gefickt eingeschälten“ Sprüchen, seinem Sprachwitz und seinen unverklausulierten Aussagen war Juncker immer ein Liebling der Presse. Die jedes Bonmot, jeden gezielten Seitenhieb gegen die Politik-Stars mit Wollust aufsaugte. Besonders in Deutschland bleibt Juncker gefragt. Wie (übrigens auch Jean Asselborn) grenzt Juncker sich mit kecken Sprüchen und ungeschminkten Analysen vom politisch „korrekten“ Amtsdeutsch der Politiker jenseits der Mosel ab. Die mit ihren gestelzten „Bürgerinnen und Bürger“, „Soldatinnen und Soldaten“ bis hin zu den „Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterziehern“, „in diesem, unserem Land“ stark langweilen!

In dem Maße, wie Juncker von Wahl zu Wahl immer höhere Sprossen seiner steilen Karriere erklimmte, wurde offensichtlich, dass das Ländchen einige Nummern zu klein für seinen Tatendrang war.

Ich teilte die Regierungsbank von 1984 bis 1999 mit Juncker. Nachdem er zum Finanzminister und ich zum Wirtschaftsminister avancierten, wohnten wir gemeinsam vielen Ecofin-Räten bei, später Euro-Gruppe-Meetings sowie Europäische Gipfel. Finanzminister Theo Waigel hatte über Kohl durchgesetzt, dass nicht nur die Außenminister, sondern auch Finanzen und Wirtschaft die Chefs assistieren durften.

Im Planschbecken der europäischen Staatenlenker stach Juncker schnell als bisskräftiger Hecht hervor. Seine europäischen Sporen verdiente er sich beim mühseligen Zustandekommen des Abkommens über die Wirtschafts- und Währungsunion. Er „erfand“ gewissermaßen das „Opt out“ der Briten aus dem Euro. Zum „Helden von Dublin“ avancierte Juncker 1996 in der irischen Hauptstadt durch seine Vermittlerrolle zwischen Chirac und Kohl über den Stabilitätspakt.

In „Il faut achever l'Euro“ schreibt „Libération“-Journalist Jean Quatremer treffend über Jean-Claude Juncker: „A l'étroit

dans son petit duché, l'homme adore s'affairer sur la grande scène européenne. Son activisme débordant, son intelligence et son solide ego le poussent à constamment rechercher de nouvelles tâches dont il s'acquitte avec enthousiasme.“

Dennoch war Junckers europäische Karriere holprig. Im Juni 2004 wurde ihm von seinen Kollegen im Europäischen Rat die Präsidentschaft der Kommission angetragen. Doch der gleichzeitig bei den nationalen Wahlen bestätigte Premierminister schlug tugendhaft aus.

Als Trostpreis avancierte Juncker 2005 zum ersten Präsidenten der Euro-Gruppe. Die er acht lange Jahre präsiidierte und prägte. Es waren Jahre des Aufbaus. Dann platzte die internationale Bankenkrise 2007/2008. Die in die Euro-Krise mündete. Der drohende Zusammenbruch Griechenlands, die vielen Probleme in Irland, Spanien, Portugal, später in Zypern belasteten die EU.

Unvorsichtigerweise hatte Juncker zu Beginn der in den USA ausgelösten Finanzkrise beschwichtigt, die europäischen Banken „seien besser aufgestellt“ als die amerikanischen Finanzinstitute. Doch der Konkurs-Tsunami schwappte über den Atlantik. Nur massive Finanzspritzen der Staaten verhinderten das Schlimmste. Dennoch geriet der Euro immer stärker unter Druck. Es war letztlich nicht die Politik, welche den Euro rettete, sondern EZB-Präsident Mario Draghi. Der am 26. Juli 2012 die Finanzmärkte warnte: „The ECB is ready to do whatever it takes to preserve the Euro. And believe me, it will be enough“. Die Spekulanten kuschten.

Der Lissabon-Vertrag schuf ein neues Amt: Präsident des Europäischen Rates. Eigentlich wie geschaffen für Jean-Claude Juncker, stärker als visionärer Stratege wie als emsiger Verwalter. Juncker war interessiert. Doch seine „Parteifreunde“ Merkel und vornehmlich Sarkozy tricksten ihn aus. Anstatt des vorlauten Luxemburgers setzten sie auf den wortkargen Belgier Herman van Rompuy. Der pro gesprochenes Wort gerechnet zum wohl bestbezahlten Politiker der Welt avancierte.

Als 2013 die CSV-LSAP-Regierung an der Geheimdienst-Affäre zerbrach und es nach den Neuwahlen zur Bildung der ersten Bettel-Regierung kam, schien Junckers europäische Karriere beendet. Ende 2013 bekundete ein missmutiger Oppositionsführer der „Neuen Zürcher Zeitung“, er werde 2014 auf keinen Fall der EVP als Spitzenkandidat für die Europawahl zur Verfügung stehen.

In der Politik sollte man nie „nie“ sagen. 2014 führte Juncker die EVP dennoch in den Wahlkampf, ohne selbst Kandidat zu sein. Die EVP behielt die Nase leicht vor den Sozis des Martin Schulz. Der als guter Verlierer für den schwarzen „Spitzenkandidaten“ trommelte.

Am 1. November 2014 trat die Kommission Juncker an. Sie hatte in ihren fünf Jahren mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Euro-Krise, die Flüchtlingsdramen, der überschwappende Populismus in vielen Staaten, vor allem der „Brexit“ belasteten die europäische Agenda.

Dennoch ist Junckers Bilanz recht ansehnlich. Nach der weltweiten Finanzkrise hat die europäische Wirtschaft, wenn auch zaghaft, neuen Aufschwung genommen. Die Massenarbeitslosigkeit konnte reduziert werden. Mindestens 14 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze wurden geschaffen. Das soziale Europa wurde hoffähig.

Junckers Investitions-Initiative brachte über 430 Milliarden Euro Anschlag-Finanzierungen. Schade nur, dass die von Juncker und Tremonti angedachten Euro-Bonds niemals die Berliner Barriere schafften. Sie hätten dem Euro und der Wirtschaft der Union einen enormen Aufschwung verliehen.

Jeder Präsident der Kommission hat nur einen begrenzten Einfluss. Er muss zuerst seine Kollegen in der Kommission überzeugen. Dann muss er den Rat sowie das Europaparlament für seine Initiative gewinnen. Damit gerät er meistens zwischen Hammer und Amboss.

Juncker wird in die Geschichte eingehen als ein Präsident, der dem Zangengriff von Ministerrat und Parlament recht gut widerstand, sich immer wieder Respekt verschaffte.

Mit seinem Abgang wird vieles nicht einfacher. Juncker war so etwas wie das Langzeitgedäch-

nis Europas. Er diene zu seinem Abgang mit vielen Statistiken. Etwa seine Teilnahme an 148 europäischen Gipfeln. Die allermeisten Staats- und Regierungschefs, Außen-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsminister, die reihum bei Junckers 148 Bergtouren dabei waren, sind längst verschollen und vergessen.

Der europäische Lotse geht

jetzt von Bord. Doch er wird – wie weiland Bismarck – noch lange nachwirken. Deshalb keinen Nachruf. Jean-Claude Juncker ist noch für einige Überraschungen. Der Autor war unter anderem Wirtschafts- und Transportminister und LSAP-Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Alle, die Juncker näher kennen, wissen sehr

wohl, dass der Jean-Claude nahe am Wasser gebaut ist. Hinter der Macher-Fassade steckt viel Sensibilität.

Schmit, übernehmen Sie

Der EU-Kommissionskandidat aus Luxemburg übersteht die Anhörung vor dem Europaparlament problemlos

Von Diego Velazquez (Brüssel)

Nicolas Schmit ist zu früh dran. Die Zeit bis zum Anfang seiner Anhörung im EU-Parlament füllt der designierte Kandidat für das Amt des EU-Kommissars für Beschäftigung mit Umarmungen, Augenzwinkern und Schulterklopfen. Als es dann kurz nach neun Uhr morgens losgeht, revanchiert sich das EU-Parlament. Schmit wird als „sehr geehrter Kollege“ von Lucia Duris Nicholsonova eingeführt, der slowakischen Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses im EU-Parlament, der Nicolas Schmit auf Kompetenz und Integrität am Dienstag prüfen muss. Dass es sich im Falle Schmit mehr um eine Formalität handelt als um eine harte Prüfung, macht Nicholsonova auch von Anfang an klar: „Wir werden vielleicht eine tolle Zusammenarbeit haben, aber wir müssen Herrn Schmit dennoch erst einmal bestätigen.“ Bevor es losgeht, wird der französischen Parlamentarierin Anne Sander sogar noch zum Geburtstag gratuliert. Die Stimmung ist harmonisch. Für Nicolas Schmit ist die letzte Prüfung in Richtung EU-Kommission ein Heimspiel.

Diese optimale Startposition hat sich Nicolas Schmit zum Teil selbst erarbeitet. In seiner langjährigen Erfahrung als Arbeitsminister hat er die europäische Ebene des Jobs immer ernst genommen und die Kontakte in Brüssel stets gepflegt. Und er hat persönlich darauf bestanden, im Mai 2019 ins EU-Parlament gewählt zu werden, obschon die luxemburgische Regierung ihn ohnehin als Kom-

missar nominiert hätte. Er wurde dann Mitglied des Parlamentsausschusses, von dem er gestern auch befragt wurde – und von ehemaligen Kollegen erwartet man sich keine schlechten Überraschungen.

Gereicht hätte es für den Luxemburger Sozialdemokraten aber auch ohne privilegierte Startposition. Schmits beruflicher Lebenslauf hätte streng genommen auch schon gereicht, um zu zeigen, dass er für den Posten geeignet ist.

Ein EU-Profi am Werk

Schmit war schon bei den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag Anfang der 1990er-Jahre dabei. Später wurde er EU-Botschafter Luxemburgs in Brüssel und arbeitete an den Vorbereitungen zum Vertrag von Nice. Und nicht umsonst fing Schmit auch seine gestrige Einleitungsrede damit an: Er erzählte, wie er „das Privileg hatte, sich an verschiedenen wichtigen Etappen der europäischen Einigung zu beteiligen, die es dem Kontinent erlaubten, aus den Aschen aufzuerstehen“. Dann zitierte er Jacques Delors – der letzte Sozialdemokrat, der die EU-Kommission erfolgreich leitete: Die EU könne keine Unterstützung vom europäischen Bürger erwarten, wenn diese soziale Normen untergräbt. Und deswegen seien Schmits zwei Hauptprioritäten „die Beschäftigung boosten“ und „soziale Rechte für alle verteidigen“. Schmit zählte dann auf, wie er dies verwirklichen möchte: durch gute Arbeitsstellen für Minderheiten und Menschen mit Behinderungen, mehr Unterstützung

für arbeitslose Jugendliche, Lohn-gerechtigkeit für Frauen und durch die Stärkung des Sozialdialogs – das Ganze untermauert von einem engagierten Ton und unbestreitbarer Fachkenntnis.

Schmit bleibt oft vage

Im Kern seiner Rede standen die zwei Hauptaufgaben, die ihm Ursula von der Leyen, die künftige EU-Kommissionschefin, anvertraut hat: die Gestaltung eines europäischen Mindestlohns und einen Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung. Beide Ideen gehörten gestern auch zu den wohl umstrittensten Themen der darauffolgenden Anhörung – besonders, weil konservative deutsche Abgeordnete annehmen, dass derartige Maßnahmen in eine Transferunion münden werden. „Kein Mitgliedstaat, der seine Arbeitslosenversicherung ordnungsgemäß finanziert, wird jemals von dem Rückversicherungssystem Gebrauch machen müssen“, kritisierte der CSU-Parlamentarier Markus Ferber, der befürchtete, dass deutsches Geld dadurch in „Krisenstaaten“ fließen würde. „Wir müssen dafür sorgen, dass die haushaltspolitischen Regeln in den einzelnen Staaten respektiert werden. Doch wir müssen wirtschaftliche Schocks abfedern, damit betroffene Staaten nicht ins Bodenlose absinken“, konterte Schmit.

Ähnlich vage ging der designierte Kommissar auch mit der Kritik und den Aufforderungen um, die von der linken Seite des Parteienspektrums kamen – Grüne

und Linke verlangten beispielsweise mehr Initiativen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, zur Regulierung der Plattformwirtschaft oder zur Stärkung der Sozialwirtschaft. Schmit versicherte ihnen, dass er dazu Studien anfragen würde, Beratungen mit den betroffenen Akteuren lancieren möchte, man dazu auch internationale Konferenzen organisieren könnte und – wenn es dann doch etwas unbequem wurde – sagte er, dass er lediglich Teil eines Teams sei und nicht alles alleine entscheiden könne oder, dass die EU nicht über die dafür erforderlichen Befugnisse verfüge. „Er antwortete stets eloquent, indem er unverbindliche Aussagen und Allgemeinplätze gut verpacken konnte“, kommentiert ein Insider des Parlaments.

Und tatsächlich: Es kamen weder neue Vorschläge noch Eigeninitiativen. Schmit schweifte kaum von den Leitlinien ab, die von der Leyen für den Posten definiert hat. So reduziert er das Enttäuschungsrisiko. Gleichzeitig fehlte dadurch am Ende die Begeisterung links der Mitte. Doch blieb auch die große Kritik aus. „Ich kann nicht sagen, dass ich gelitten habe, aber es war hart, es muss hart sein“, meinte Nicolas Schmit nach der Anhörung – „aber es hat mir sehr gut gefallen“. Mission accomplished.

● *Es war hart, es muss hart sein.*

Nicolas Schmit

Union Européenne - Pouvoir exécutif

„Es war hart“

Designierter EU-Kommissar Nicolas Schmit vom Europaparlament angehört

BRÜSSEL
DPA/LJ

Die Anhörungen der künftigen EU-Kommissare im Europaparlament sind gestern in die zweite Runde gegangen. Am Vormittag stellte sich der Luxemburger Nicolas Schmit für knapp drei Stunden den Fragen der Abgeordneten. Er ist in der Kommission unter Ursula von der Leyen für das Ressort Arbeit vorgesehen. Gleichzeitig lief die Befragung der finnischen Kandidatin Jutta Urpilainen, die für Internationale Partnerschaften zuständig sein soll.

Anhörungen bis zum 8. Oktober

Schmit wurde unter anderem nach dem Schutz vor Scheinselbstständigkeit, nach Mindestlöhnen und der Einführung einer Arbeitslosen-Rückversicherung gefragt. Trotz einiger kritischer Fragen erfuhr er keinen allzu großen Widerspruch. Am Ende sagte Schmit: „Ich kann nicht sagen, dass ich gelitten habe, aber es war hart, es muss hart sein.“

Urpilainen betonte in ihrer Anhörung unter anderem, dass sie die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auch als wichtiges Mittel zur Eindämmung der illegalen Migration nach Europa sieht. Entwicklungshilfezahlungen an Bedingungen zu knüpfen, werde aber nicht ausreichen, um Migration zu stoppen. Die Zusammenarbeit will sie auf Schaffung von Arbeitsplätzen und In-

vestitionen ausrichten.

Die Anhörungen hatten am Montag begonnen und laufen noch bis 8. Oktober. Fast täglich sind mehrere Anhörungen vorgesehen. Auch im Verlauf dieser Prüfung können noch Kandidaten ausgetauscht werden.

Die künftigen Kommissare Maros Sefcovic aus der Slowakei, Phil Hogan aus Irland und Marija Gabriel aus Bulgarien bestanden ihre Befragungen offenbar ohne Schwierigkeiten. Zuvor hatte der Rechtsausschuss des EU-Parlaments die Kandidaten aus Ungarn und Rumänien wegen finanzieller Interessenkonflikte gestoppt. Ungarn hat bereits einen neuen Anwärter nominiert, seinen EU-Botschafter Oliver Varhelyi. Rumänien berät noch über Alternativen zu der abgelehnten Kandidatin Rovana Plumb.

Für die zukünftige EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen ist dies ein Rückschlag. Ihr wird vorgehalten, die Vorschläge der EU-Staaten nicht gründlich geprüft zu haben. Nun könnte der Zeitplan für die Billigung ihres Teams durch das Parlament ins Rutschen geraten. Derzeit ist geplant, dass das Plenum am 23. Oktober über von der Leyens Personalpaket abstimmt und die Kommission am 1. November startet. ●

„Ich kann nicht sagen, dass ich gelitten habe,
aber es war hart, es muss hart sein“

NICOLAS SCHMIT, künftiger EU-Kommissar für das Ressort Arbeit, nach seiner Anhörung

Lëtzebuurger Journal du 02.10.2019 / page 12

Union Européenne - Pouvoir exécutif

Wie ein Fisch im Wasser

Der designierte EU-Kommissar Nicolas Schmit meistert die Prüfung vor dem EU-Parlament

Brüssel. Nicolas Schmits Traum vom Posten des Luxemburger EU-Kommissars steht fast nichts mehr im Weg: Gestern meisterte er die letzte große Hürde – die Anhörung vor dem ressortrelevanten Fachausschuss des EU-Parlaments. Schmit, der Beschäftigungskommissar in Ursula von der Leyens EU-Kommission werden soll, überzeugte vor allem durch seine Fachkenntnis. Seine langjährige Erfahrung als EU-Diplomat und Arbeitsminister haben dazu beigetragen, dass er relevante Dossi-

ers in- und auswendig kennt, was viele Abgeordnete beeindruckt haben konnte. Überraschungen gab es gestern aber wenige. Schmit blieb öfters vage, wenn es um geplante Vorschläge ging. Anders als Schmit wurde der designierte EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski aus Polen nach seiner Anhörung zu einer weiteren Fragerunde verpflichtet. Er hatte es nicht geschafft, die EU-Abgeordneten zu überzeugen. dv

Luxemburger Wort du 02.10.2019 / page 1

Bettel tat das Richtige

Jacques F. Poos

Die Gartenhäuschen-Affäre hat wiederum vorgeführt, auf welchem Niveau sich in Luxemburg die große Politik bewegt. Der *Tageblatt*-Leitartikel über Bettels Adrenalinkick (18.9.2019) hat zwar keine Démission angestoßen, aber um Lackabkratzen ging es wohl.

Während nämlich englische Zeitungen Boris Johnsons Auftritt in Luxemburg als „Podium-Gate“ belächelten, bezeichnete Jean-Lou Siweck die Pressekonferenz Xavier Bettels als „aggressive One-Man-Show“, die, wie er meinte, dem langfristigen Interesse Luxemburgs abträglich war. (Nur zwischen Klammern: Im langfristigen Interesse Luxemburgs ist es, dass Großbritannien in der EU verbleibt. Seit dem, mittels einer von den britischen Erzkonservativen kostspieligen Lügenkampagne, durchgepeitschten Brexit-Votum hat sich die Stimmung auf der Insel grundlegend geändert.)

Luxemburgs Premier hat genau das Richtige getan. Wegen der Angst des Brexit-Boris vor einer Handvoll protestierender Demonstranten durfte er nicht einknicken. Auch in England und in Schottland wurden, damals schon, Johnsons Auftritte mit wütenden Buhrufen quittiert. Was ihm in Luxemburg widerfuhr, war also nicht ungewöhnlich. Mitnichten ein Affront oder ein „Eklat“.

In Luxemburgs Interesse ist es ebenfalls kaum, unsere Außenpolitik als risikoscheu und klischeehaft witzig darzustellen: „Mach es wie die Belgier. Und falls du vor Belgien abstimmen musst, verschwinde einfach aufs

Klo ...“

Nein, so einfältig primitiv funktionierte unsere Außenpolitik nie, weder gestern noch heute.

Die außenpolitischen Akteure (Beamte, Diplomaten, Minister) hatten stets die nationalen Interessen vor Augen und handelten in den internationalen Gremien dementsprechend. Nie waren sie „Wasserträger“ eines bestimmten Landes. Je nach Thema schmiedeten sie unterschiedliche Allianzen. So zum Beispiel mit Österreich und mit England, gegen Belgien und gegen die Kommission (!), für die Einstimmigkeit in

Steuerfragen; mit Frankreich und gegen Belgien, in der Sitzfrage der Europäischen Institutionen; mit Belgien, den Niederlanden u.a., für eine gemeinsame Außenpolitik ...

Abstimmungen in Ministerräten gibt es äußerst selten. Man handelt Kompromisse aus. Kein Luxemburger musste sich je auf die Toilette verkriechen, um sich an einer Entscheidung vorbeizudrücken.

Zeitungsartikel wie der „Adrenalinkick“ vermitteln eine Karikatur der Politik. Sie sind, vielleicht ungewollt, an der Politikverdrossenheit mitverantwortlich. Selbst wenn sie nur ironisch gemeint wären.



Formsache

État de la nation als punktuelle Bestandsaufnahme

Luxemburg. Die nächste Steuerreform wird ökologisch ausfallen. Am Schluss seiner Rede wartet Xavier Bettel mit dieser Ankündigung auf: „Et gëtt eng ekologesch Reform a steet an der Logik vun deenen ambitiësen Ziler, déi mir eis als Regierung an der Klimapolitik ginn hunn.“ Wann die Steuerreform kommen soll, verrät der Premierminister nicht – „sou eng Reform brauch Zäit an hirer Ausaarbechtung“. Über welche Wege die Klimaziele erreicht werden, auch nicht – außer, dass Luxem-

burg die Kraft der Sonne ausschöpfen will.

Neu an der Erklärung zur Lage des Landes ist letztlich die Form: Bettel beschränkt seine Ausführungen auf die Kapitel Klimaschutz, Brexit, Staatsfinanzen, Datenschutz. Dort bekennt sich der Premier zum Google-Standort Bissen – „eng ideal Plaz“ – und im Zuge der Casier-bis-Affären kündigt er eine Bestandsaufnahme samt parlamentarischer Debatte von allen Datenschutzregeln an.

mas



Weiter machen statt weitermachen: Premier Bettel sucht nach Punkten, die den Leitspruch seiner Rede belegen.

Foto: Anouk Antony

Vie politique

Weiter machen statt weitermachen

Xavier Bettels Erklärung zur Lage des Landes

Von Michèle Gantenbein

„Weiter machen statt weitermachen“. Unter diesem Motto hielt Premierminister Xavier Bettel gestern die erste Erklärung zur Lage der Nation dieser Legislaturperiode. „Machen“ ist auch das, was das Land von der Regierung erwartet, denn es gibt genug zu tun. Das Großherzogtum steht vor großen Herausforderungen, sei es in der Klima- und Energiepolitik, im Wohnungsbau, in der Landesentwicklung – Stichwort qualitatives Wachstum – oder im sozialen Bereich, zumal soziale Organisationen seit Jahren immer wieder auf die zunehmenden Ungleichheiten und die steigende Armut aufmerksam machen.

Was die Regierung konkret machen möchte, um die Herausforderungen zu meistern, erfuhr der Zuhörer gestern nicht. Er werde nicht auf alles eingehen, „was in den vergangenen zwölf Monaten auf den Instanzenweg gebracht worden ist und was in den kommenden Monaten im Parlament hinterlegt wird“, sagte der Premier zum Ende seiner Erklärung. Sie beschränkte sich auf Ausführungen zu ein paar einzelnen Punkten: Klimawandel, Datenschutz, Brexit und ein bisschen Steuerreform.

Ehrgeizige Klimaziele

Was den Kampf gegen den Klimawandel betrifft, wiederholte der Premier bereits bekannte Ziele, wie die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 bis 55 Prozent und das Anheben des Anteils an erneuerbaren Energien an der nationalen Stromerzeugung auf 23 bis 25 Prozent in den kommenden zehn Jahren. Bettel zufolge befindet Luxemburg sich bereits in einer Energiewende. Als Beispiel nannte er die Verfünffachung des Anteils der Windbeziehungsweise der Solarenergie an der nationalen Stromerzeugung in den vergangenen zehn Jahren. Bei der Windenergie hat sich die Stromproduktion von 62 Gigawattstunden im Jahr 2008 auf 255 Gigawattstunden im Jahr 2018 erhöht. Bei der Solarenergie ist es

eine Steigerung der Leistung von 25 auf 131 Megawatt. Momentan liegt der Anteil der erneuerbaren Energien an der nationalen Stromerzeugung bei knapp sechs Prozent.

Boost in der Solarenergie

Bis zu den angepeilten 23/25 Prozent ist es also noch ein weiter Weg. Um das Ziel langsam, aber sicher zu erreichen, setzt die Regierung vermehrt auf Solarenergie und die Förderung von Fotovoltaikanlagen, „im kleinen und im großen Stil“, wie der Premier sagte. Momentan würden rund 700 Förderungsanträge bearbeitet, mit einem Potenzial von 50 Megawatt, „was dem Verbrauch von 33 000 Personen entspricht“, so Bettel. Was den Anteil der Fotovoltaikleistung pro Kopf betrifft, belege Luxemburg europaweit schon heute den siebten Platz.

Da aber „die beste Energie die ist, die wir gar nicht produzieren müssen“, muss auch die Energieeffizienz verbessert werden. Hier war es die Aussage, dass die Energieeffizienznormen von funktionalen Gebäuden an die von Wohnungen angepasst werden. Die Regierung arbeite zudem an einem ausführlichen Klimaschutzgesetz, mit dem der ambitionierte Klima- und Energieplan umgesetzt werden soll. Welchen Impact die Ansiedlung des Internetgiganten Google in Bissen auf den nationalen Ressourcenverbrauch haben wird, weiß derzeit niemand. Die Regierung hält aber an dem Projekt fest, unter der Bedingung, dass das Datacenter so energieeffizient und so ressourcenschonend wie technisch möglich betrieben wird. Dennoch sei klar, dass der Energieverbrauch eines größeren Datenzentrums hoch ist, so Bettel. „Da müssen wir also abwägen, was wir wollen.“

Gesunde Staatsfinanzen

Um die hochgesteckten Ziele zu erreichen und die Herausforderungen im Wohnungsbau, in der Mobilität, in der Klima- und Energiepolitik zu meistern, muss die Regierung investieren. Für 2019

hatte die Koalition ein Investitionsvolumen von 2,6 Milliarden Euro beschlossen. Das hohe Niveau will die Regierung auch in Zukunft beibehalten. Der finanzielle Spielraum hierfür ist laut Bettel vorhanden. Ende Juni verzeichnete der Zentralstaat dem Premier zufolge einen Überschuss von 869 Millionen Euro.

Mit 1,2 Milliarden Euro lagen die Einnahmen Ende Juni um 13,4 Prozent über denen vom ersten Halbjahr 2018. Die Ausgaben hingegen seien lediglich um 2,8 Prozent gestiegen, so der Premier, wobei diese Wasserstandsmeldung natürlich nichts Genaueres aussagt. „Aber sie bestätigt die vorteilhafte Situation, die wir momentan in der Staatskasse haben“, so Bettel sinngemäß. Im Zukunftsfonds befinden sich aktuell 317 Millionen Euro. In seiner Budgetrede im April diesen Jahres hatte Berichterstatter André Bauler (DP) angeregt, die Handhabung des Fonds zu überdenken und im Falle eines Haushaltsüberschusses mehr Geld in den Fonds fließen zu lassen. Das scheint aber nicht die Absicht der Regierung zu sein. In diesem Jahr wird mit 52,6 Millionen Euro in etwa die gleiche Summe in den Fonds investiert wie im Krisenjahr 2015, als der Fonds geschaffen wurde.

Ökologische Steuerreform

Die gute finanzielle Situation ist auch die Ausgangslage für die geplante Steuerreform. Eine ökologische Steuerreform soll es werden, die helfen soll, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, so Bettel. Mit der individuellen Besteuerung möchte die Regierung Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen abschaffen. Das Ausarbeiten einer solchen Reform brauche seine Zeit, sagte der Premier. Deshalb arbeite die Regierung an einer progressiven Umsetzung der Reform über einen möglichst langen Zeitraum. Um welchen Zeitraum es sich dabei handelt, sagte der Premier nicht.

Datenschutz verbessern

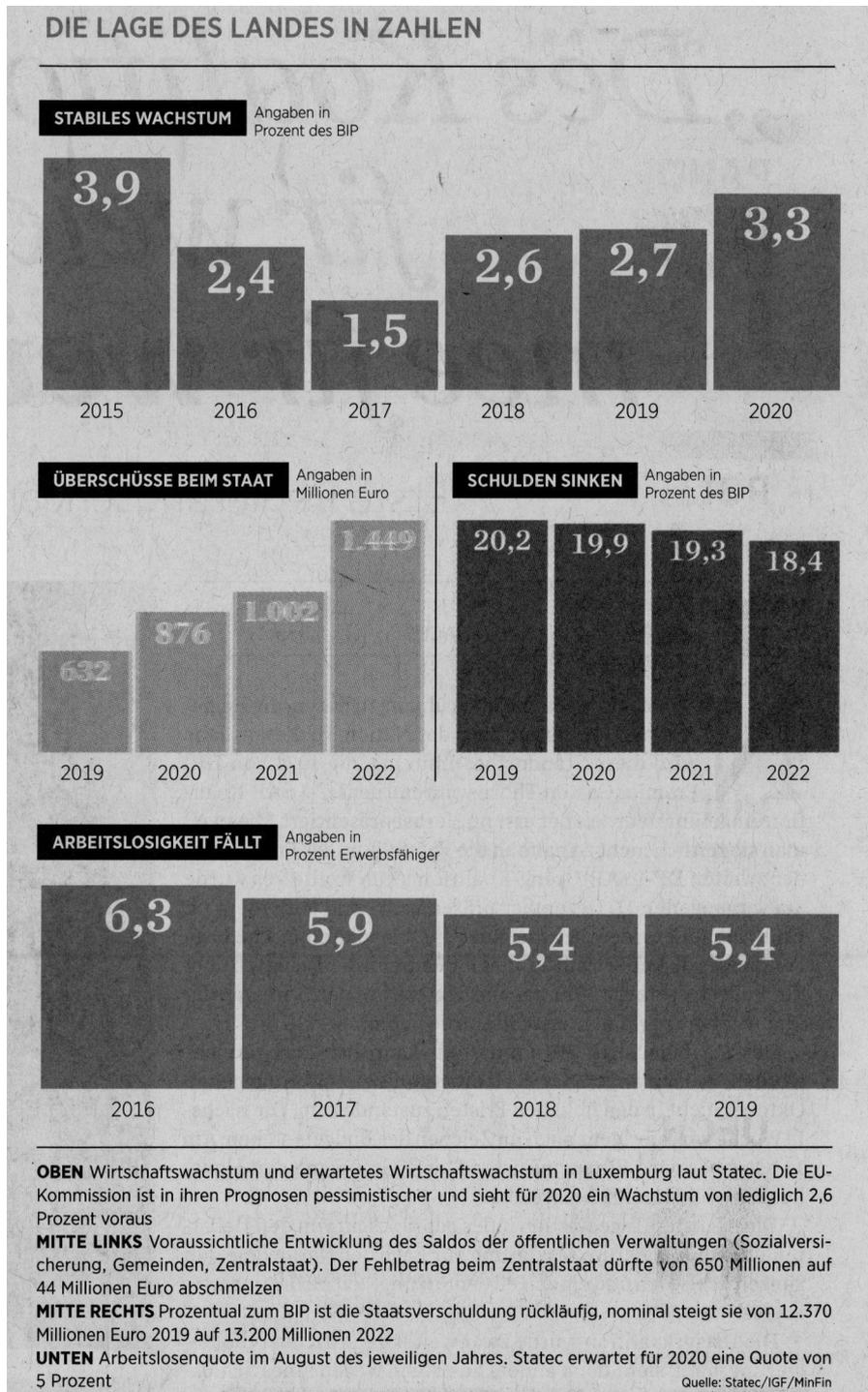
Ein Kernthema in der gestrigen Rede war der Datenschutz, dem

der Premier sich recht lange widmete. Das ist nicht zuletzt der Diskussion über Unregelmäßigkeiten bei den Datenbanken von Polizei und Justiz geschuldet. Der Bürger müsse sich darauf verlassen können, dass der Staat vorsichtig mit persönlichen Informationen umgeht. Vor diesem Hintergrund schlage er dem Parlament vor, das Commissariat à la protection de données auprès de l'État mit dem Verfassen eines Berichtes zu beauftragen, über den Ist-Zustand, was die Anwendung der Datenschutzregeln beim Staat betrifft. Dies mit dem Ziel, alle Datenbanken unter die Lupe zu nehmen und etwaige Schwachstellen zu identifizieren. Er versprach, den zuständigen Parlamentsausschuss regelmäßig über den Fortgang der Analyse zu informieren. Münden soll das Ganze in eine Konsultierungsdebatte in der Chamber über die Schlussfolgerungen des finalen Berichtes. „Sollte sich herausstellen, dass es Lücken gibt, sei es bei der Umsetzung des Datenschutzgesetzes, sei es beim Gesetz selbst, dann sollen die behoben werden“, so der Premier.

Kein Wort über die Lage auf dem Wohnungsmarkt, außer der Aussage, dass die Grundsteuer reformiert wird und die Anpassung sich in der Steuerreform wiederfinden dürfte. Dabei ist die Schiefelage am Wohnungsmarkt das Thema, das den Menschen am meisten unter den Nägeln brennt und einen hohen Leidensdruck in der Gesellschaft hervorruft. Kein Wort auch zu den sozialen Ungleichheiten und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Dafür fielen die Ausführungen über das Brexit-Dilemma recht lange aus. Er hoffe nach wie vor auf einen Deal, sagte der Premier. Allerdings liege sein Hauptaugenmerk darauf, „unser Land und unsere Wirtschaft bestmöglich auf einen No Deal vorzubereiten“.

- Sollte sich
- herausstellen, dass es Lücken gibt, dann sollen die behoben werden.
- Die beste Energie
- ist die, die wir nicht produzieren müssen.



„Das Bohren von dicken Brettern“

Der neue Bundestagsabgeordnete für Trier-Saarburg weiß, wie schwer es ist, im Grenzraum Verkehrsprojekte voranzubringen

Interview: Christophe Langenbrink

Andreas Steier, 47 Jahre, gehört nicht zur Kategorie Berufspolitiker. Bodenständig, direkt und ohne Umschweife kommt er direkt zur Sache. Als frisch gewählter CDU-Bundestagsabgeordneter vermittelt er den Eindruck, in der Politik etwas bewegen zu wollen. Das liegt wohl an seinem beruflichen Werdegang. Denn bevor er für Trier-Saarburg 2017 in das Parlament einzog, war er Ingenieur bei der Firma IEE in Echternach. Gleich mehrere Patente führen seinen Namen. Dort hat er gelernt anzupacken. Das will er nun auch für den Raum Trier und die Großregion und sich für eine bessere Verkehrsinfrastruktur einsetzen.

Andreas Steier, Sie waren Entwickler bei der internationalen Firma IEE. Dort haben Sie sogar im Bereich Sensortechnik 13 Patente, die Ihren Namen führen. Warum entscheidet sich ein erfolgreicher Ingenieur für die Politik?

Im Deutschen Bundestag bin ich einer der wenigen Abgeordneten, die ein Ingenieurstudium absolviert haben. Das hat den Vorteil, dass mir eine Kompetenz insbesondere bei technischen Themen zugeschrieben wird. Politisch aktiv war ich allerdings schon zu meiner Schülerzeit. Auch nach dem Studium habe ich mich stets für Politik interessiert. Als ich meine Arbeit in Luxemburg angefangen habe, habe ich mich dann auch auf kommunaler Ebene engagiert. Mein Engagement als Bundestagsabgeordneter sehe ich als eine neue berufliche Herausforderung. Und ich bin überzeugt, dass mein technisches Know-how für die deutsche Politik einen Mehrwert bietet.

2017 haben Sie als eher unbekannter Politiker überraschenderweise das Direktmandat der Region Trier für die CDU vor der medial bekannten damaligen Bundesfamilienministerin und SPD-Generalsekretärin Katarina Barley gewonnen. Wie erklären Sie diesen Erfolg?

Meine Bodenständigkeit, meine tiefe Verbundenheit zur Region und meine lange politische Erfahrung auf kommunaler Ebene haben sicherlich in der bürgerlich

geprägten Region Trier einen entscheidenden Vorteil. Im Trierer Umland habe ich auch die meisten Wählerstimmen sammeln können. Somit konnte ich den kleinen Stimmenunterschied aus der Wahlkreis-Stadt Trier kompensieren. Und das trotz großer SPD-Präsenz, der in Trier wohnenden Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der damaligen SPD-Generalsekretärin Barley.

Als Direktgewählter der Region Trier vertreten Sie auch die Interessen der Menschen aus der Großregion in Berlin. Wie bewerten Sie das Zusammenspiel im Rahmen der Großregion?

Die Weichen sind lange gestellt. Auf kommunaler Ebene funktioniert die projektbezogene Zusammenarbeit im Bereich Interreg gut. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass sie in bestimmten Feldern ausbaufähig ist. Wir können und wir sollten zum Beispiel mehr in Sachen Mobilität tun. Die Verkehrsinfrastruktur bleibt in und um Luxemburg ein neuralgischer Punkt. Die Transportmöglichkeiten von Trier ins Großherzogtum und zurück müssen sich verbessern. Das gilt auch für Wissenschaftskooperation von Trierer Seite. Das Saarland mit seinem jungen Ministerpräsidenten Tobias Hans ist da deutlich aktiver unterwegs und pflegt die Kontakte bis nach Paris.

Auf Ihrer Homepage werben Sie mit dem Spruch „ich mache Politik, weil ich etwas bewegen möchte“. Bezogen auf die Großregion, insbesondere auf die interregionale Verkehrspolitik geht es allerdings nur sehr gemächlich voran. Woran liegt das?

Bundespolitisch spielt die Region Trier leider nur eine marginale Rolle. Das sind nur drei von insgesamt 299 Wahlkreisen. Deshalb werden solche Verkehrsthemen nur am Rande wahrgenommen. Erschwerend hinzu kommt, dass Trier im Bahnverkehr klar abgehängt ist. Durch die Trennung des Nah- und Fernverkehrs fährt kein ICE durch Trier. Als Region sind wir zu klein, um bei der Deutschen Bahn besser wahrgenommen zu werden.

Ein weiteres Problem ist die Zusammenlegung der Regionen

Lothringen und Elsass. Das verlagert die politischen Entscheidungen nach Straßburg. Das, gepaart mit dem zentralistischen System Frankreichs, macht die Arbeit auf großregionaler Ebene nicht einfacher. Als gewählter Politiker muss man da ganz schön dicke Bretter bohren.

Deshalb ist doch die Kooperation auf Ebene der Großregion so wichtig. Damit man nicht mehr als einzelne Teilregion als Bittsteller im Regen stehen bleibt ...

Gerade deshalb ist die Kooperation mit Luxemburg als Nationalstaat so wertvoll. Das hat sich auch gezeigt, als die Entscheidung für die TGV-Verbindung nach Paris gefallen ist. Luxemburg hilft bei der Entwicklung der gesamten Region.

Für die TGV-Verbindung hat Luxemburg einen dreistelligen Millionenbetrag gezahlt. Im Umkehrschluss kann das ja nicht bedeuten, dass das Großherzogtum zahlt und die anderen Regionen profitieren. Man stelle sich nur vor, Luxemburg wäre nicht dieses Zuggpferd, was würde das für die Region Trier bedeuten?

Trier wäre Zonenrandgebiet! Wenn ich meinen persönlichen Werdegang anschau, muss ich eingestehen, dass es viel schwieriger gewesen wäre, zurück in meine Heimatregion zu kommen. Allein durch die Großregion und insbesondere Luxemburg ist das Stellenangebot weitaus größer und vielfältiger. Wir müssen deshalb unser Tun verstärken und uns noch besser vernetzen. Alleine sind wir alle zu klein und haben nur eine geringe Einflussmöglichkeit. Zusammen können wir viel effektiver die gesamte Region voranbringen.

Der Moselaufstieg ist so ein Projekt, um die Region voranzubringen. Er soll für rund 50 000 Menschen im Trierer Süden und im Raum Konz/Saarburg eine direkte Anbindung an das Bundesfernstraßennetz ermöglichen. Sie gelten als ein Befürworter. Der Streit um den Bau dauert allerdings schon eine halbe Ewigkeit. Warum geht es da nicht voran?

Die Maßnahme hat eine wechselhafte Historie: Die rot-grüne

Koalition im Bund hat den Moselaufstieg 2003 aus dem vordringlichen Bedarf herabgestuft, deshalb konnte die Finanzierung lange Zeit nicht planerisch einbezogen werden. Die rot-grüne Landesregierung hatte diese Maßnahme auch nicht beim Bund angemeldet, so kam es ebenfalls zu Verzögerungen. Die CDU hat sich immer für den Moselaufstieg eingesetzt, im Land, in der Region und im Bund. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 wird der Verkehrsmaßnahme daher erneut ein vordringlicher Bedarf bescheinigt. Das bedeutet, dass die Finanzierung seitens des Bundes gesichert ist. Bauen muss in unserem föderalen System allerdings das Land. Und die rot-grün-gelbe Landesregierung hat sich lange Zeit quergestellt, obwohl die Mehrheit der Bürger dafür ist. Derzeit werden aktuelle Verkehrs- und Umweltstudien erstellt. Daher hoffe ich, dass wir 2024/25 mit der Bauphase beginnen können.

Schwerfällig geht es auch im

Bahnverkehr nach Luxemburg voran. Die neue Westtrasse sollte Luxemburg mit Wittlich, Raum Trier schon 2018 besser verbinden. Das Ganze verschiebt sich bis voraussichtlich 2023. Warum geht es da nicht weiter?

Leider ist die Administration auf deutscher Seite manchmal etwas schwerfällig, und die Entscheidungswege sind oft zu lang. Gleichzeitig treibt die Landesregierung dieses Projekt nicht ausreichend schnell voran. Ich setze mich dafür ein, dass die Verkehrswege insbesondere im Schienenbereich nach Luxemburg sich insgesamt verbessern.

Flexiblere Arbeitszeiten und Telearbeit sind zurzeit in aller Munde. Mehr Homeoffice für Grenzpendler soll auch die Verkehrssituation etwas entlasten. Auf französischer Seite gibt es viele Überlegungen in dieser Hinsicht. Wie sehen die Fortschritte mit den deutschen Finanzämtern aus?

Auf Luxemburger Seite muss zunächst mehr Klarheit geschaf-

fen werden. Beispielsweise, wie ist ein Pendler versichert, wenn er von zu Hause aus arbeitet? Mir ist allerdings bewusst, dass in unserer Großregion neue Standards geschaffen werden müssen, die nicht in Berlin, Paris oder Brüssel vom Schreibtisch her gelöst werden können.

Zur Person

Andreas Steier (47 Jahre) ist mit einer US-Amerikanerin verheiratet und Vater von drei Kindern. Geboren in Trier, lebt er heute in Pellingen. Er ist leidenschaftlicher Hobby-Imker. Nach seinem Maschinenbaustudium in Kaiserslautern war er von 1998 bis zur Bundestagswahl 2017 in Luxemburg für das international tätige Unternehmen IEE S.A als Diplom-Ingenieur tätig und Inhaber mehrerer Patente. Im Bundestag ist er Berichterstatter für Künstliche Intelligenz, Mobilitätsforschung, Speichertechnologien und außeruniversitäre Forschung.

Maximal 225 Millionen Euro

USA und Luxemburg unterzeichnen Absichtserklärung betreffend WSA in Sassenheim

LUXEMBURG Luxemburg engagiert sich mit einer Absichtserklärung, in Zukunft für einen Zeitraum von zehn Jahren für 80 Prozent der jährlichen Kosten für den Betrieb und die Wartung des Materials der „United States Air Forces in Europe“ (USAFE) in den Lagern der „Warehouse Service Agency“ (WSA) in Sassenheim aufzukommen. Das geht aus einem „Memorandum of Understanding“ hervor, den US-Botschafter J. Randolph Evans und Verteidigungsminister François Bausch gestern unterzeichnet haben. Da die jeweiligen Jahresbeträge gedeckelt sind, belaufen sich die Gesamtausgaben laut Angaben des grünen Ministers auf maximal 225 Millionen Euro. Nächste Woche will Bausch das dafür notwendige Finanzierungsgesetz im Regierungsrat vorstellen.

Das Großherzogtum nimmt damit in Zukunft mehr Kosten auf sich. In den vergangenen Jahren belief sich der gedeckelte Maximalbeitrag auf rund acht Millionen Euro pro Jahr. Zudem verdoppelt sich die Laufzeit des Vertrags auf zehn Jahre, bis 2028.

Bausch erinnerte daran, dass die US Airforce ihre Lagerkapazitäten in Sassenheim ausbauen will. Die Zahl der Beschäftigten bei der „Warehouse Services Agency“ (WSA), die in diesem Jahr ihren 40. Geburtstag feierte, würde sich damit in Zukunft auf rund 300 verdoppeln. Casey Mace, stellvertretender Missionschef in der US-Botschaft in Luxemburg, bezifferte den zusätzlichen Invest, beispielsweise für den Bau weiterer Hallen in Sassenheim, zu einem früheren Zeitpunkt auf 64 Millionen Euro.

Auf Nachfrage erklärte der Verteidigungsminister gestern, die mit diesem MoU verbundenen Kosten seien nicht im Kontext der wachsenden Verteidigungsanstrengungen Luxemburg zu sehen. Das Großherzogtum will seinen Nato-Beitrag bis 2023 von heute etwa 0,5 auf 0,72 Prozent des BIP hochschrauben.

US-Botschafter Evans bezeichnete Luxemburg bei der Unterzeichnung als einen der engsten und loyalsten Alliierten. Das gestern in Anwesenheit zahlreicher, unter anderem vom Hauptquartier der „United States Air Forces in Europe“ (USAFE) in Ramstein angereisten Militärs, reiht sich ein in mindestens zwei andere bilaterale Abkommen, die in den vergangenen Monaten unterzeichnet wurden, unter anderem über die Zusammenarbeit im Weltraumbereich. CB



US-Botschafter Evans und Minister Bausch. Die luxemburgische Kostenbeteiligung muss noch in einem Gesetz festgehalten werden

Foto: Editpress/Julien Garroy

Klimasteuer wird kommen

KLIMASCHUTZGESETZ Luxemburg gibt sich rechtlichen Rahmen, um seine Ziele zu erreichen

Luc Laboulle

Laut dem gestern publik gewordenen Vorentwurf zum Klimaschutzgesetz will sich Luxemburg einen rechtlichen Rahmen zum Erreichen seiner Klimaziele geben. Die bereits im Entwurf zum Nationalen Energie- und Klimaplan gesetzten Ziele der Klimaneutralität bis 2050 und der Senkung der schädlichen Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber 2005 sollen nun gesetzlich verankert werden. Auch die Einführung einer Klimasteuer und Emissionsgrenzen für einzelne Wirtschaftssektoren werden in Aussicht gestellt. Damit werden zumindest einige der Forderungen erfüllt, die das „Mouvement écologique“ gestern stellte.

„Moutarde après dîner“ waren die Forderungen, die das „Mouvement écologique“ gestern an die Regierung richtete, vielleicht nicht, doch irgendjemand hatte den Vorentwurf zum Klimaschutzgesetz schon kurz vor der Pressekonferenz der Umweltschutzorganisation an Radio 100,7 weitergeleitet. Ausreichend Zeit, um das Vorprojekt zu analysieren und dazu Stellung zu beziehen, blieb dem „Mouvéco“ nicht, sonst hätte es feststellen können, dass die blau-rot-grüne Regierung einige ihrer Forderungen nach konkreten „Geboten und Verboten“ tatsächlich übernommen hat.

So wird das neue Gesetz, wie vom „Mouvéco“ gestern gewünscht, einen rechtlichen Rahmen für den von der EU geforderten Nationalen Energie- und Klimaplan („Plan national intégré en matière d'énergie et de climat“ – PNEC) zur Umsetzung der Pariser Klimaziele setzen.

Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit

Zudem sollen mit dem Klimaschutzgesetz nationale Strategien zur Anpassung an den Klima-

wandel und zur langfristigen Reduzierung der Treibhausgase umgesetzt werden. Jedes Gesetzesprojekt oder großherzogliche Reglement soll künftig vor seiner Umsetzung auf seine Auswirkungen auf die Klimaziele überprüft werden.

In dem Vorentwurf werden aber auch Forderungen anderer Interessenvertretungen berücksichtigt. So wird im Text wiederholt die soziale Dimension hervorgehoben, eine Forderung, die insbesondere die Gewerkschaften geäußert hatten. Klimapolitik müsse sozial gerecht sein, die Armut bekämpfen und die Ungleichheiten reduzieren, heißt es in dem Entwurf.

Mindestziele für die einzelnen Wirtschaftssektoren sollen im neuen Gesetz ebenfalls ausgewiesen werden. Betroffen sind die Bereiche Industrie, Verkehr, Baugewerbe, Landwirtschaft sowie Abfall- und Wasserwirtschaft. Der Sektor Handel, Gewerbe und Dienstleistungen wurde entgegen der Empfehlung des „Mouvéco“ im Gesetzesvorentwurf nicht berücksichtigt.

Spezialfonds für Klima und Energie

Die konkreten Maßnahmen für die einzelnen Sektoren sollen von den jeweils zuständigen Ministern beschlossen werden. Die Treibhausgasemissionen in den Sektoren sollen linear abnehmen. Konkrete Ziele bis 2030 sollen in einem großherzoglichen Reglement festgehalten werden. Sollte in einem Sektor das Emissionsziel in einem Jahr überschritten werden, wird dieser Überschuss in den Folgejahren mit berechnet. Werden die Ziele in gleich mehreren Bereichen verfehlt, kann die Regierung Notmaßnahmen beschließen.

Ferner will die Regierung mit der Plattform für Klimaaktion und Energiewende sowie dem „Observatoire du climat“ zwei Gremien schaffen, in denen einerseits Vertreter der Zivilgesell-

schaft und andererseits Forscher und Wissenschaftler die politische Umsetzung der Klimazielsmaßnahmen kritisch begleiten und sie bei Bedarf anpassen können. Auch diese Maßnahmen entsprechen einer Forderung, die das „Mouvéco“ gestern geäußert hat.

Mit dem neuen Gesetz will die Regierung auch einen Klima- und Energiefonds schaffen. Mithilfe dieses Spezialfonds sollen konkrete Klimaschutzmaßnahmen in Luxemburg und in Entwicklungsländern finanziert werden.

Gespeist werden soll der Fonds mit budgetären Mitteln, dem Verkauf von Emissionszertifikaten, Spenden, Bankdarlehen, europäischen Fördergeldern und den Erträgen aus finanziellen Beteiligungen an Investmentfonds. Doch auch die Einnahmen aus einer noch zu definierenden Klima- oder CO₂-Steuer auf fossilen Energien sollen laut Entwurf in den Fonds einfließen.

Große Aufmerksamkeit widmet der Vorentwurf dem Europäischen Emissionshandelssystem (SEQUE). Die Ausstellung und der Handel mit Emissionszertifikaten sollen künftig strenger geregelt werden.

Keine Aussagen zum Tanktourismus

Der Vorentwurf des Klimagesetzes muss noch vom Regierungsrat angenommen werden, bevor er den Instanzenweg durchlaufen kann. Wann er zur Abstimmung ins Parlament kommt, ist noch ungewiss.

Konkretere Maßnahmen werden auch im Rahmen der angekündigten Steuerreform erwartet. Wie die Klima- oder CO₂-Steuer genau aussehen soll, ist bislang unklar. Auch das „Mouvement écologique“ konnte gestern keine genauen Angaben zu seiner Vorstellung von dieser Umweltsteuer machen. Zusammen mit der „Chambre des salariés“ (CSL) will die Umweltorganisation in den nächsten Wochen konkrete

»»»
Environnement - Luxembourg

Forderungen ausarbeiten.

Dem Wunsch des „Mouvéco“ nach einer klaren Strategie zur Eindämmung des Tanktourismus wurde bislang weder im PNEC noch im Vorentwurf des Klimaschutzgesetzes Rechnung getragen.

Gleiches gilt für die Hinterfragung der auf immer mehr Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsstrategie. Die Wachstumsdebatte war weder in Premierminister Xavier Bettels Erklärung zur Lage der Nation noch in Finanzminister Pierre Gramegnas Haushaltsrede zur Sprache gekommen.

Gleiches gilt für die Hinterfragung der auf immer mehr Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsstrategie. Die Wachstumsdebatte war weder in Premierminister Xavier Bettels Erklärung zur Lage der Nation noch in Finanzminister Pierre Gramegnas Haushaltsrede zur Sprache gekommen.

Gleiches gilt für die Hinterfragung der auf immer mehr Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsstrategie. Die Wachstumsdebatte war weder in Premierminister Xavier Bettels Erklärung zur Lage der Nation noch in Finanzminister Pierre Gramegnas Haushaltsrede zur Sprache gekommen.

Environnement - Luxembourg

Mit der Krise aus der Krise

KOMMENTAR Der Klimawandel als Chance

Luc Laboulle

llaboulle@tageblatt.lu

Die blau-rot-grüne Dreierkoalition musste seit ihrem zweiten Amtsantritt viel Kritik über sich ergehen lassen. Sie habe kein gemeinsames Projekt mehr, der Wind sei raus aus den Segeln, bemängelt die Opposition.

Einen Ausweg aus dieser vermeintlichen „Krise“ könnte nun ausgerechnet eine andere Krise bieten: die Klimakrise.

„Die konsequente Bekämpfung des Klimawandels könnte eine Erfolgsgeschichte für die Regierung werden, die sie im Moment gut brauchen könnte“,

tageblatt du 25.10.2019 / page 2

stellte die Präsidentin des „Mouvement écologique“, Blanche Weber, gestern fest. Ein kompromissloses Klimaschutzgesetz könnte den Anfang dieser Erfolgsgeschichte schreiben. Der am Mittwochabend „durchgesickerte“ Vorentwurf ist jedenfalls vielversprechend. Er setzt einen institutionellen Rahmen, auf den sich aufbauen lässt.

Vieles hängt nun davon ab, wie und vor allem wie schnell es weitergehen wird. Aufgabe der einzelnen Minister wird es sein, den strukturellen Rahmen mit konkreten Maßnahmen zu füllen.

Die Widerstände und die Herausforderungen werden groß sein. Das „Groupement pétrolier“ jammerte gestern bereits, dass die Dieserverkäufe um ganze 0,34% „zurückgegangen“ seien. Dabei war das ja Sinn und Zweck der im Mai beschlossenen Akzisenerhöhung, die noch sehr gering ausfiel. Wenn die Regierung es ernst meint mit der Klimasteuer, wird der Dieserverkauf in den nächsten Jahren tatsächlich sinken. Das Klima wird es ihr danken. Die vom Stau geplagten Bürger auch! Die Arbeitsplätze, die verloren gehen, müssen im Bereich der erneuerbaren Energien neu geschaffen werden. Auch dafür muss die Regierung sorgen.

Environnement - Luxembourg

Kurzfristig fürs Klima

Luxemburg benötigt „kurzfristig“ ein Klimaschutzgesetz und einen nationalen Energie- und Klimaplan, findet der Mouvement écologique. Das Gesetz müsse „Mindestziele“ für die Sektoren Transport; Gebäude; Gewerbe; Landnutzung und Landwirtschaft; Industrie sowie Abfallwirtschaft und Wasserwirtschaft enthalten und „CO₂-Budgets“ pro Sektor für jeweils fünf Jahre. Ein

d'Lëtzeburger Land du 25.10.2019 / page 4

Monitoring müsse festgeschrieben werden sowie die Möglichkeit, Reduktionsziele an den Stand der Wissenschaft anzupassen. Der Klimaplan gehöre im Gesetz verankert, und es müsse sichergestellt werden, dass die CO₂-Ziele auch langfristig fortgeschrieben und nicht etwa aufgeweicht werden. Vorgeschrieben werden sollte ein „Klimacheck“ vor jeder Entscheidung von Regierung und Parlament,

und „zumindest den anerkannten Organisationen“ sollte zugestanden werden, die Vorschriften im Klimagesetz mit Verweis auf das Allgemeinwohl einklagen zu können. *Radio 100,7* hatte am gestrigen Donnerstag gemeldet, über das *Avant-projet* zum Klimagesetz zu verfügen. Es sieht offenbar vor, CO₂-Ziele in Ausführungsbestimmungen auszulagern. pf



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Weltraum-Bergbau zum Anfassen

Luxemburg gründet „Space Resources Innovation Center“ – Partnerschaft mit Europäischer Weltraumorganisation

Von Pierre Leyers (Köln)

Mit dem „Gesetz über die Erforschung und Nutzung von Weltraum-Ressourcen“ hat Luxemburg vor zwei Jahren international für Aufsehen gesorgt. Der rechtliche Rahmen erlaubt es privaten Firmen, sich Rohstoffe im Weltall anzueignen. 2018 folgte die Gründung der „Luxembourg Space Agency“. Schon jetzt werden etwa zwei Prozent des luxemburgischen Bruttoinlandsprodukts mit Weltraumaktivitäten erwirtschaftet – ein vergleichsweise hoher Wert, der bald noch steigen könnte.

Bei einem Besuch im Astronauten-Trainingszentrum der Europäischen Weltraumorganisation ESA in Köln kündigte Wirtschaftsminister Etienne Schneider am Freitag den Aufbau eines luxemburgischen „Space Resources Innovation Center“ an. Darin sollen Verfahren zur Gewinnung von Rohstoffen erforscht werden. Minister Schneider betonte, dass diese Art von Forschung weltweit bislang noch kaum betrieben wird, und Luxemburg somit eine Pionierrolle einnimmt.

Der Wirtschaftsminister kündigte ebenfalls an, dass ein Risikokapital-Fonds für den Sektor „Space Resources“ gegründet wird, an dem sich sowohl der Staat Luxemburg als auch private Investoren – auch welche aus den USA – beteiligen sollen. Bis Ende des Jahres solle die Finanzierung des Fonds stehen.

Zum Standort des Zentrums wollte Marc Serres, Chef der Luxemburger Weltraumagentur, kei-

ne Angaben machen. Derzeit würden einige möglichen Standorte geprüft, in sechs bis zwölf Monaten würden dann die Details des Projekts bekannt gegeben.

ESA und Luxemburg kooperieren

Der Ankündigung war ein Treffen des Wirtschaftsministers mit ESA-Generaldirektor Jan Wörner vorausgegangen. Das Thema Rohstoffe im All hat auch bei der ESA in den letzten beiden Jahren an Bedeutung gewonnen. Für die Mondstation, deren Bau für Ende des nächsten Jahrzehnts geplant ist, müsste ein großer Teil der Ressourcen von dem Erdtrabanten selbst stammen. Beträchtliche Transportkosten würden somit gespart. Auch für die Wassergewinnung werden Lösungen gesucht. An den Polen des Mondes lagern vermutlich Milliarden an Tonnen Wassereis. Dies ließe sich zu Trinkwasser aufbereiten oder in Sauerstoff und Wasserstoff aufspalten, und somit als Energiequelle nutzen. Bei all diesen Anwendungen könnte das Luxemburger „Space Resources Innovation Center“ eine wichtige Rolle spielen.

Die ESA und Luxemburg haben daher eine enge Zusammenarbeit bei der Erforschung von Verfahren zum Abbau von Rohstoffen auf Asteroiden und auf dem Mond vereinbart. Bei dem anstehenden Treffen der für Raumfahrt zuständigen Minister der 22 ESA-Mitgliedstaaten Ende November in Sevilla muss die Partnerschaft zwischen Luxemburg und der ESA

bei den „Space resources“ noch abgesehen werden, schließlich wird die ESA Forschungsgelder in Luxemburg investieren.

Bei dem Treffen werden die Minister beschließen, welche Programme die europäische Raumfahrt in den kommenden Jahren angehen wird. Geht es nach den Plänen von Generaldirektor Wörner, wird der Haushalt für die nächsten drei Jahre bei 12,5 Milliarden Euro liegen.

Die ESA finanziert sich aus dem Staatshaushalt der Mitgliedstaaten. Die Anteile der einzelnen Staaten richten sich nach dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Mitgliedlandes. Es wird dabei unterschieden zwischen obligatorischen Tätigkeiten, an denen sich alle Mitgliedstaaten beteiligen müssen, sowie einer Reihe fakultativer Programme, bei denen es den einzelnen Staaten freigestellt ist, ob sie sich beteiligen möchten oder nicht. Luxemburg zahlt etwa 30 Millionen Euro pro Jahr als Beitrag für die obligatorischen Tätigkeiten. Ein Teil dieser Gelder könnte für Forschungszwecke in das „Innovation Center“ zurückfließen. Wirtschaftsminister Schneider wies darauf hin, dass Luxemburg derzeit etwa 1,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Ziel sei es, in absehbarer Zukunft bis zu 2,6 Prozent zu investieren. Die Luxemburger Weltraumforschung sei hilfreich, um dieses Ziel zu erreichen.

Europäisches Astronautenzentrum

Im „European Astronaut Centre“ (EAC) der Europäischen Weltraumagentur ESA werden die Raumfahrer auf ihre Einsätze vorbereitet. Das Zentrum befindet sich auf dem Gelände des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in einem

Vorort von Köln. Im Rahmen des Programms der Internationalen Raumstation ISS, auf der die ESA ihr Columbus-Forschungsmodul unterhält, ISS trainieren am EAC nicht nur europäische Astronauten, sondern auch russische, amerikanische, kanadische und japanische. Das europäische Astronautenkops besteht derzeit aus 14 Mitgliedern.

Digitalisierungsminister nimmt an „Digital X“ teil

KÖLN Der beigeordnete Minister für Digitalisierung, Marc Hansen (DP), nahm an „Digital X“ in Köln teil. Das Event, an dem 20.000 Besucher teilnahmen, stellte den Abschluss einer Reihe regionaler Veranstaltungen dar. Sie sollen

die intersektorielle Digitalisierung voran treiben, so das Schreiben des Digitalisierungsministeriums. Der Minister nahm unter anderem an einem Rundtischgespräch mit dem Titel „Re-Invent Europe: Moving into a self-determined digital future“ teil. Marc Hansen unterstrich, dass neue di-

gitale Dienstleistungen und Produkte durch den Staat angeboten werden. Auch sprach der Minister die Bemühungen der luxemburgischen Regierung betreffend der künstlichen Intelligenz an. Hier setze man ebenfalls auf den Dialog mit den Bürgern.

SW



Höhere Rechnung für Strom und Gas

Luxemburg konsumiert laut ILR mehr Elektrizität - und steigert die eigene Ökostromproduktion

Von Marco Meng

Luxemburg. Erstmals deckt die erneuerbare Stromproduktion in Luxemburg mehr als zehn Prozent des nationalen Stromverbrauchs. Das teilte gestern das Institut luxembourgeois de régulation (ILR) bei der Vorlage des Jahresberichts über die Entwicklung des Strom- und Gasmarkts des Landes mit. Das gesteckte Ziel für 2020 von elf Prozent erneuerbarer heimischer Energieproduktion am nationalen Verbrauch ist also in greifbarer Nähe. Und das, obwohl der Konsum ebenfalls über die letzten Jahre hinweg angezogen hat: von 6 300 Gigawattstunden 2014 auf 6 600 im letzten Jahr. Rund 13 Prozent des Stromverbrauchs entfallen auf Privathaushalte und etwa 60 Prozent auf die Industrie, der Rest auf die übrige Wirtschaft und Verwaltung.

Sowohl die Erzeugung von Strom aus Wind- und Solarkraft als auch aus Biomasse wurde 2018 gesteigert, alles in allem um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von 2014 mit 392 Gigawattstunden, so Claude Hornick, Chef de Service für den Energiebereich beim ILR, nahm die erneuerbare Energieproduktion im Land demzufolge im vergangenen Jahr auf 688 Gigawattstunden zu.

Insgesamt deckt Luxemburg 15 Prozent seines Stromverbrauch durch Eigenproduktion, der Rest wird überwiegend aus Deutschland (63 Prozent, rund 4 130 Gigawattstunden) ins Creos-Netz eingespeist. Aus Belgien kamen 2018 etwa 386 Gigawattstunden Strom, während umgekehrt dort hin 147 Gigawattstunden exportiert wurden. Aus Frankreich kamen 1 300 Gigawattstunden. Der gesamte Stromverbrauch im Land wird laut ILR zu 75 Prozent durch erneuerbare Energiequellen ge-

deckt. Die Behörde stellt in ihrer Analyse des Strom- und Gasmarktes fest, dass für Privathaushalte insgesamt der Strompreis im letzten Jahr um fünf Prozent gegenüber 2017 gestiegen ist, der Preis für Gas um sechs Prozent. Umgekehrt für Unternehmen: Sie zahlten 2018 fünf Prozent mehr für Gas und sechs Prozent mehr für Elektrizität.

Konsumenten können sparen

Der Strompreis setzt sich aus den Komponenten Netztarife, Steuern und vom Lieferanten bestimmten variablen Preis zusammen. Letzterer ist von Anbieter zu Anbieter unterschiedlich und bietet laut ILR für die Konsumenten Einsparpotenzial. Privathaushalte können dazu das Vergleichstool „calculix.lu“ nutzen. Bemerkenswert ist, dass der von Lieferanten abhängige variable Faktor des Preises sowohl bei Strom wie auch bei Gas für Luxemburger Unternehmen sich zuletzt ungünstig entwickelte und höher ist als in Belgien und Deutschland. Der variable Teil der Kosten macht bei Strom 45 Prozent, bei Gas 70 Prozent des Gesamtpreises aus. Durch niedrigere Netzgebühren und Steuern bleiben die Gesamtstromkosten für Betriebe in Luxemburg aber weiterhin unter den Preisen der Nachbarländer. Dennoch lohne, wie das ILR hinweist, ein Preisvergleich der verschiedenen Anbieter.

Im Vergleich zu anderen Ländern wechselten letzten Jahr nur einer von Tausend Luxemburgern den Stromanbieter. Im EU-Durchschnitt beträgt die Wechselrate mehr als sieben Prozent. Während das Sparpotenzial im Gegensatz zum Ausland für Luxemburger Haushalte eher marginal ist - etwa hundert Euro im Jahr für einen

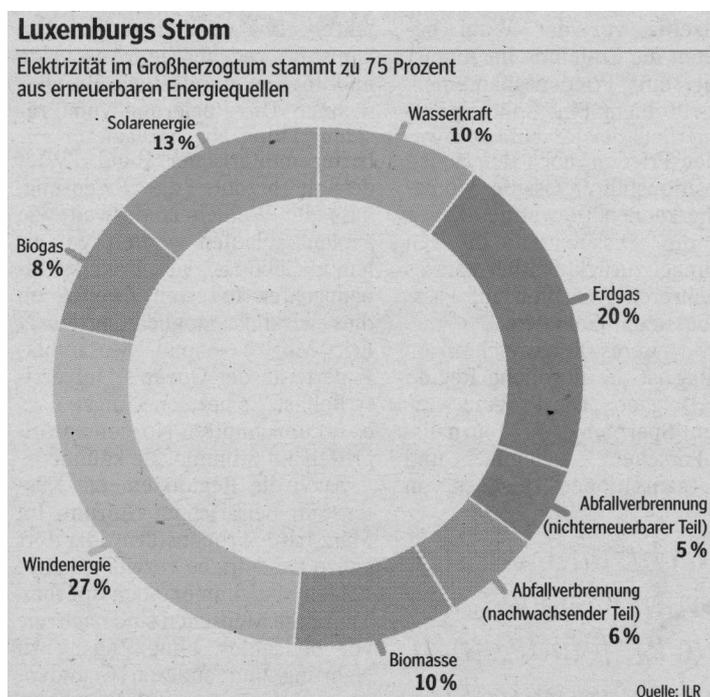
Vier-Personen-Haushalt, wie Luc Tapella, Direktor des ILR, sagt - so können die Unternehmen durchaus zusammen einen zweistelligen Millionenbetrag einsparen.

Investitionen in Infrastruktur

Der Stromverbrauch im Land wird, nicht zuletzt wegen der Elektromobilität, steigen, so das ILR. Um die Netzstabilität bei steigendem Bedarf zu gewährleisten, muss investiert werden. Damit es nicht dazu kommt, dass die Elektrizitätsinfrastruktur überlastet wird, wenn alle abends ihr Elektroauto aufladen wollen, bedarf es intelligenter Netze - und einer engeren Abstimmung von Angebot und Nachfrage aufeinander.

„Bislang war es so“, sagt Tapella, „dass die Stromproduktion sich nach dem Verbrauch richtete. In Zukunft muss es so sein, dass vor allem dann Strom verbraucht wird, wenn er da ist.“ Sofern das möglich ist. Ausbau der Netze bedeute aber nicht, dass doppelt so viele Strommasten nötig seien, meint Tapella. Netzausbau heiße vielmehr intelligentere Netze und intelligenteren Stromverbrauch. Dabei helfen sollen die intelligenten Strom- und Gaszähler, die in Luxemburg laut Gesetz bald eine Quote von 95 respektive 90 Prozent erreichen sollen. Sie übermitteln allerdings noch nicht alle notwendigen Daten, so das ILR.

Wenn nun aber tatsächlich der Gebrauch von Elektroautos in Luxemburg rasant ansteigt und dadurch der Strombedarf, wird dann nicht auch infolgedessen der Strompreis zulegen? Der hiesige Strombedarf bleibt gemessen am Gesamtmarkt gering, so das ILR, was heißt, der Luxemburger Bedarf allein wirkt sich auf den Strompreis an den Börsen kaum aus.



Die nächste Investition steht schon bevor

Etikettenhersteller Avery Dennison weiht Produktionshalle am Standort Rodange ein

Von Nadia Di Pillo

Rodange. Aufkleber auf Kosmetik- oder Getränkeflaschen, Etiketten auf Nahrungsmitteln oder Klebefolien auf Körperpflegeprodukten – In jedem Supermarkt sind Produktteile von Avery Dennison vorhanden. Und was vielleicht nicht jeder weiß: Die Folien auf vielen Getränkeflaschen oder Eispackungen stammen im Grundmaterial sehr oft aus Rodange. Seit 1989 produziert das aus den USA stammende Unternehmen im Süden des Landes Selbstklebefolien für Industrieunternehmen und Druckereien. „Avery Dennison stellt Folien her, die häufig mit speziellem Kleber beschichtet sind. Auf diese Folien drucken Firmen aus verschiedensten Branchen ihre Etiketten“, erklärt Operation Manager Grégoire Chaudron. Seit der Eröffnung des Unternehmens vor 30 Jahren verlassen täglich Dutzende Tonnen Selbstklebefolien aus Rodange das Werk und werden in alle Welt exportiert. „Mit der Menge der jährlich produzierten Folien könnte man 42-mal die Erdkugel umrunden“, betont der Manager.

Und die Nachfrage in diesem Segment ist groß; deshalb hat nun Avery Dennison die Produktion in Rodange erweitert. Die Nutzfläche am Standort wurde um mehr als 12 000 m² erweitert. Platz gefunden haben dort eine neue Beschichtungsanlage, zusätzliche Rollenschneider, eine weitere Verpackungslinie und ein automatisiertes Lager. Mit der Erweiterung werden auch die Abläufe effizienter gestaltet.

Man habe das Werk im Pôle européen de développement (PED) im Dreiländereck erweitert, um die Produktion in Europa zu stärken und der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden, erklärt Kamran Kian, Vice President Global Operations & Supply Chain, bei der feierlichen Eröffnung. Die Firma hat dafür 65 Millionen Dollar investiert. Der Manager ist mit der Entwicklung der Geschäfte in Rodange sehr zufrieden: „Es hätte in den vergangenen 30 Jahren nicht besser laufen können. Unser Handeln ist von Kontinuität geprägt und die luxemburgische Regierung hat uns unglaublich unterstützt.“

Kamran Kian verweist darauf, dass es sich bei der Millionen-

investition von Avery Dennison um eine der weltweit bedeutendsten in den vergangenen Jahren handelt. Für Rodange habe man sich aus zwei Gründen entschieden: wegen der hohen Produktivität und der Nähe zu den Kunden. Aber auch, weil sich „jede einzelne Investition im Großherzogtum als erfolgreich erwiesen hat“. Und das soll auch in Zukunft nicht anders sein. Nach der Erweiterung der Produktion steht nächstes Jahr bereits der nächste Investitionsschritt in Luxemburg an, so der Manager.

Das würdigt Wirtschaftsminister Etienne Schneider in seiner Einweihungsrede: „30 Jahre Präsenz in Luxemburg, das nehme ich als Kompliment für unser Land und für die luxemburgische Regierung, die immer an ihrer Seite steht, in guten wie in schlechten Zeiten.“

Der Luxemburger Wirtschaftsminister schätzt die Bemühungen des internationalen Unternehmens in Sachen Digitalisierung. Avery Dennison ist tatsächlich ein gutes Beispiel dafür, dass die Industrie 4.0 nicht mit Arbeitsplatzverlust einhergeht: Die Produktionserweiterung am Standort Rodange hat es ermöglicht, mehr als 70 neue Arbeitsplätze zu den bestehenden 400 Beschäftigten hinzuzufügen.

Bei dem internationalen Konzern steht aber auch Nachhaltigkeit hoch im Kurs. Seit mehreren Jahren setzt das Unternehmen verstärkt auf recycelte Materialien. „Bei der Labelexpo in Brüssel etwa haben wir unter dem Motto ‚Making a material difference‘ eine Reihe von wegweisenden Innovationen in verschiedenen Schwerpunktbereichen gezeigt, darunter nachhaltige Materialien und intelligente Etiketten“, sagt Grégoire Chaudron. Vor allem in der Verwendung von recyceltem Plastik haben wir in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht.“ Das verwendete Papier besteht bereits zu 80 Prozent aus Altpapier. „Im Plastik ist es ein bisschen weniger; wir befinden uns noch in einer Entwicklungsphase“, so Chaudron.

Schließlich verlässt Etienne Schneider nicht den Platz am Mikrofon, ohne zu betonen, dass er sich bereits auf den nächsten Investitionsschritt freut. „Sie werden mit

der Luxemburger Regierung immer den richtigen Partner an ihrer Seite haben.“

Die Ziele von Avery Dennison für die kommenden Jahre sind ambitioniert: Bis zum Jahr 2021 soll die Produktionskapazität in Rodange auf jährlich zwei Milliarden Quadratmeter hochgeschraubt werden. „Derzeit sind wir bei 1,7 Milliarden“, sagt Grégoire Chaudron.

Zahlen und Fakten

Mit Niederlassungen in mehr als 50 Ländern und mehr als 25 000 Mitarbeitern weltweit beliefert Avery Dennison Kunden in den Bereichen Konsumverpackungen, grafische Displays, Logistik, Bekleidung, Industrie und Gesundheitswesen. Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Glendale, Kalifornien. Die Produkte und Technologien des Unternehmens kommen in allen wichtigen Märkten und Industriezweigen zur Anwendung. Die Firma wurde 1935 von R. Stanton Avery in den USA gegründet. In Luxemburg ist das Unternehmen seit 1989 präsent.



Investition in den Industriestandort

RODANGE Produktion mit 65 Millionen Dollar ausgebaut

Christian Muller

Vor fast genau drei Jahren hat der US-Konzern Avery Dennison angekündigt, 65 Millionen Dollar in sein Werk in Luxemburg zu investieren. Gestern wurde die neue Produktionslinie von Wirtschaftsminister Etienne Schneider offiziell eingeweiht. Avery Dennison zählt zu den weltweit führenden Herstellern von Selbstklebematerialien wie Selbstklebeetiketten oder Etikettiersystemen für private und industrielle Anwendungen. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 25.000 Mitarbeiter in über 50 Ländern.

In Luxemburg beschäftigt die Gruppe 495 Mitarbeiter. Sie ist hierzulande seit nunmehr 30 Jahren präsent.

Hergestellt werden in Rodange, einfach gesagt, Rollen mit Papier für Aufkleber. Verkauft werden diese dann beispielsweise an Wein- oder Shampoo-Produzenten. Dass es sich lohnt, eine solche Fabrik in Europa und nicht etwa in China zu haben, liegt am tonnenschweren Gewicht der hergestellten Rollen. Es lohnt sich, nah bei den Kunden zu produzieren, so das Unternehmen.

Ziel des Investments war eine Erhöhung der Kapazität in Europa. In den letzten Jahren habe hier die Nachfrage deutlich

zugelegt, erklärte das Unternehmen.

Insgesamt 12.000 m² Werkfläche sind nun in Rodange hinzugekommen. Es handelt sich um eine der größten Investitionen, die die Gruppe in den letzten Jahren getätigt hat. Insgesamt 1.500 Tonnen Stahl wurden verarbeitet, 116 Kilometer Kabel gelegt und 80.000 Arbeitsstunden geleistet. Ausgebaut wurde nicht nur die Produktion, sondern auch das Lager. Von einem spezialisierten Luxemburger Unternehmen wurde es voll automatisiert.

Mehr Investitionen werden folgen

„Ich erinnere mich noch an den Anfang vor 30 Jahren“, so gestern Kamran Kian, Vizepräsident der US-Gruppe. Er lobte das Luxemburger Werk als eines der besten der Gruppe.

Kamran Kian versprach, dass „es nicht die letzte Investition in Luxemburg“ sein wird. Bereits im kommenden Jahr, und auch im darauf folgenden, würden neue Projekte für Luxemburg angeordnet. Im Großherzogtum habe sich bisher noch jede Investition gelohnt.

Um was genau es sich handelt,

teilte er gestern nicht mit. Er hob aber hervor, dass das Unternehmen auch in Sonderbereichen aktiv ist. So sei Avery Dennison der weltgrößte Hersteller von RFID (radio-frequency identification). „Und da investieren wir viel.“ Ein RFID-System besteht aus einem Etikett, das sich an einem Gegenstand befindet und einen Code enthält, sowie einem Gerät zum Lesen des Codes.

Wirtschaftsminister Etienne Schneider hob hervor, dass das Unternehmen in den letzten 30 Jahren auch schwierige Zeiten erlebt hat, war sichtlich erfreut über die nun fertiggestellte Investition. Er sprach von „einer großen Investition in die Industrie“ und lobte das Werk in Rodange für die unternommenen Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung sowie der Nachhaltigkeit.

Die Produktionshallen sind höchst modern: Kreuz und quer durch die Hallen fahren selbstfahrende Geräte umher, die an große Gabelstapler oder kleine Transporter erinnern. Sie bewegen die zwei bis vier Tonnen schweren Rollen. Zum Thema Nachhaltigkeit: Das Unternehmen setzt auf Energieeffizienz und immer mehr auf die Verwendung von recyceltem Papier und Plastik in der Produktion.

Cybersecurity-Industrie wächst kräftig

In Luxemburg sind rund 300 Unternehmen und 1 000 Mitarbeiter in der Branche tätig

Luxemburg. Rund 1 000 Beschäftigte, mehr als 300 Unternehmen, darunter 68 Startups – Die luxemburgische Cybersecurity-Branche boomt. Vor allem seit 2014 hat sich die Industrie positiv entwickelt: 46 Prozent der Unternehmen, deren Kerngeschäft in der Cybersecurity liegt, wurden in den vergangenen fünf Jahren gegründet. Der Privatsektor allein zählt bereits 304 Unternehmen, darunter ICT-Dienstleistungsunternehmen, Kanzleien, Versicherungen und unterschiedliche Serviceprovider. „Das ist gar nicht so schlecht für ein kleines Land wie Luxemburg“, betont Pascal Steichen, CEO von Securitymadein.lu bei der Vorstellung des Cybersecurity-Ökosystems in Luxemburg.

Um sich einen besseren Überblick über die Gesamtheit der Akteure der Branche zu verschaffen, hat Luxinnovation zusammen mit der Plattform Securitymadein.lu eine Kartografie ausgearbeitet. Diese Karte listet alle öffentlichen und privaten Unternehmen, Institutionen und Vereinigungen auf, die in Luxemburg direkt oder indirekt mit der Sicherheit im Internet zu tun haben.

Aus den gestern vorgestellten Daten geht etwa hervor, dass 25 Prozent der 304 Unternehmen sich

hauptsächlich mit Cybersecurity beschäftigen. Die Unternehmen zählen im Durchschnitt 13 Mitarbeiter, die Branche insgesamt 932 Angestellte. Eine weitere Feststellung ist, dass 22 Prozent der Unternehmen Start-ups sind.

Ein Wettbewerbsvorteil

Auch der öffentliche Sektor ist im Kontext der Sicherheit im Internet mit einer großen Vielzahl von Akteuren und Projekten präsent. „Bee Secure“ etwa umfasst Sensibilisierungsmaßnahmen unter anderem bei Kindern und Jugendlichen. Das Portal Casés.lu hat zur Aufgabe, die Informationssicher-

heit der Bürger und Verwaltungen zu verbessern. Ziel des Circl ist es, optimalen Schutz für Informations- und Kommunikationssysteme zu bieten, wobei gleichzeitig ein Alarm- und Warnsystem für die Nutzer in Luxemburg gewährleistet wird. „Cybersecurity ist inzwischen ein wichtiger Kriterium für die Förderung des Luxemburger Standortes geworden“, meint Wirtschaftsminister Etienne Schneider. Eine hohe Cybersicherheit wird so zum Wettbewerbsvorteil. „Im digitalen Zeitalter ist Cybersecurity ein Teil der Wirtschaftspolitik.“ ndp

Mahle kehrt Luxemburg den Rücken

Statt Stellenreduzierung nun doch Totalabbau am Standort Foetz

Von Marco Meng

Erst schockte der Autozulieferer Mahle durch die Ankündigung einer gewaltigen Stellenreduzierung, jetzt kommt der Totalabbau: die Konzernführung in Stuttgart kündigt in einer Pressemitteilung an, in Foetz sollen bis Mitte 2021 alle Aktivitäten beendet und das dortige Entwicklungszentrum geschlossen werden. 78 Mitarbeiter sind betroffen. Im März letzten Jahres hatte Mahle angekündigt, 63 Stellen am Standort abbauen zu wollen.

„Nach eingehender Prüfung“, so der Konzern, seien „weitere Standortanpassungen in Italien, Frankreich und Luxemburg“ notwendig geworden. Der Schwerpunkt der Entwicklungsaktivitäten in Foetz liegt auf Klimakompressoren.

Durch den starken Trend zu elektrifizierten Fahrzeugen werde Mahle seine Produktentwicklung an Standorten zusammenfassen, die Kompetenzen bei Elektroan-

trieben hätten. „Die organisatorische Zusammenführung der wesentlichen Kompetenzen in den Feldern Mechanik, E-Motoren- und Elektronik erfolgt bereits mit der Gründung des neuen Mahle Geschäftsbereichs für Mechatronik und Elektronik zum 1. Januar 2020“, schreibt das Unternehmen. „Durch die technologische Transformation, regulatorischen Anforderungen und rückläufigen Absatzzahlen, insbesondere bei Dieselfahrzeugen, ergebe sich Handlungsbedarf.“

Mahle gehört zu den drei größten Systemanbietern von Kolben, Zylindern und Ventilsteuerungen. Komponenten, die ein Elektroauto nicht braucht.

Mahle Behr wurde 2015 durch den Erwerb eines Teils der Aktivitäten von Delphi durch die deutsche Gruppe geboren. In Foetz ist eines der 16 großen Forschungs- und Entwicklungszentren der Gruppe.

Wie Marc Kirchen, Gewerk-

schaftssekretär des LCGB, mitteilt, wurden die Mitarbeiter in Foetz am Donnerstag informiert. „Leider wurde uns bei den Verhandlungen zum 1. Sozialplan vor etwas mehr als einem Jahr versichert, dass der Standort erhalten bleibe“, so Kirchen. Jetzt verfügte die Firmenleitung in Stuttgart doch das Aus. In den kommenden Wochen sollten die Verhandlungen zu einem zweiten Sozialplan beginnen.

Die gesamte Zulieferbranche, auch in Luxemburg, ist unter Druck. Die meisten von ihnen haben bereits Personal abgebaut, indem sie keine Zeitarbeitskräfte mehr beschäftigen.

● *Durch die technologische Transformation (...) ergibt sich Handlungsbedarf.*

„Sektor ist in großer Transformation“

Dietmar Klos von EY Luxembourg sieht neue Regeln für Immobilieninvestments als Chance

Interview: Marco Meng

Politische und regulatorische Aspekte beschäftigen den Sektor der Immobilieninvestitionen genauso wie technische, erklärt Dietmar Klos, verantwortlich für die Immobilienbranche des Beratungsunternehmens EY Luxembourg, das gestern dazu in Luxemburg eine Konferenz veranstaltete.

Dietmar Klos, was bewegt den Real-Estate-Sektor derzeit?

Der Sektor ist in einer großen Transformation und diskutiert über verschiedene Themen, die im Moment am Markt sehr präsent sind. Da geht es unter anderem auch um Technologie. Neben dem Thema Steuern sind aber vor allem neue Formen der Transparenz ein Thema und was Investoren heute von Asset Managern sehen wollen.

Die Steuervermeidungs-Direktive hat auch Auswirkungen auf Immobilienfonds, welche?

Die EU-Direktive hat ihren Ursprung in der OECD-Initiative gegen Steuervermeidung. Was am Relevantesten für den Finanzplatz Luxemburg sein wird, sind die Gesetzgebungen gegen „hybride Gestaltungsmöglichkeiten“. Diese bestehen immer dann, wenn man zwischen verschiedenen Ländern einen Klassifizierungsunterschied hat, wenn also zwischen Luxemburg und einem anderen Land steuerrechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Einordnung einer Gesellschaft als steuerlich transparent oder intransparent oder bezüglich der Qualifikation eines Finanzinstruments als Eigenkapital oder Fremdkapital verschieden sind. Die zweite Steuervermeidungs-Direktive, die am 1. Januar 2020 in Kraft tritt, wird sich sehr stark auf den Luxemburger Markt auswirken.

Inwiefern?

Die Anforderungen werden dahingehend höher als die neue Direktive alle Investorengruppen – nicht nur Europäer – betrifft. Das ist eine große Änderung ge-

genüber der 1. Direktive, die sich ausschließlich auf europäische Investoren bezog. Ebenfalls ändert sich, dass manche Fonds danach nicht mehr als transparent gelten werden, sondern als Gesellschaften, was dann teilweise oder vollständig zum Verlust der Möglichkeit des Zinsabzuges in Luxemburg führt.

Werden deswegen Immobilienfonds aus Luxemburg abgezogen?

Die Direktive ist relativ restriktiv bei dem, was sie will. Der Luxemburger Gesetzgeber hat aber Gestaltungsfreiheiten, die die Direktive gibt, genutzt. Noch liegt das Gesetz beim Conseil d'Etat, und ob der Gesetzestext so bleibt, wie er jetzt ist, wird nun entschieden. Aber wie es aussieht, hat Luxemburg sehr gute Optionen genutzt, um mögliche negative Auswirkungen auf den Standort Luxemburg zu vermeiden. Unser Einschätzung ist sogar so, dass es sich eher positiv auf den Finanzplatz auswirken wird, auch weil wir hier ja schon sehr stark als Investmentfonds-Standort sind. Bei internationalen paneuropäisch vertriebenen Immobilienfonds ist Luxemburg mit Abstand der größte Standort, und das wird auch so bleiben. **Haben technische Neuerungen Auswirkungen auf den Immobilienmarkt und die Immobilienfonds?**

Als Sektor stehen wir da noch ziemlich am Anfang. Wer sich die Entwicklung ansieht, erkennt drei Dimensionen: zum einen das Gebäude selbst. Da wird man starke technologische Veränderungen sehen. Durch das Sammeln von Daten kann die Nutzung der Gebäude genauer analysieren werden, was auch Entscheidungen der Portfolio- und Asset Manager beeinflussen kann. Auf Investorenseite, wird es viel mehr Transparenz und Berichterstattung geben, auch direkten Zugang zu Datenmaterial. Auch im Back- und Middle Office, dem Fondsmanagement, wie es vor allem in Luxemburg stattfindet, werden

technische Neuerungen Einzug halten, wobei es vor allem darum geht, wie man Daten verwaltet und mit ihnen umgeht. Die technologische Entwicklung bleibt nicht vor dem Immobiliensektor stehen.

Wer investiert in Immobilienfonds? Vor allem institutionelle Anleger?

Ja, laut Studien wurden 2018 durch Fonds 160 Milliarden Euro neu in den Immobiliensektor investiert, nicht alles, aber vieles davon in Luxemburg. Das Geld kommt überwiegend von Pensionsfonds und Versicherungen.

Werden durch die neuen Transparenzregeln Immobilienfonds auch für Privatanleger interessanter? Zur Zeit der Finanzkrise machten ja manche davon Negativschlagzeilen.

2008/2009 wurden in der Tat einige offene Immobilienfonds geschlossen, weil die Immobilienpreise in den Keller rutschten und mit einer gewissen Panik am Markt alle Anleger ihr Geld zurück wollten, womit manche Fonds in Deutschland überfordert waren. In den letzten 18 Monaten sehen wir aber eine Wiederbelebung der offenen Immobilienfonds, und ich sehe großes Interesse auch von Privatanlegern am Immobiliensektor, zumal die Verzinsung des Guthabens auf dem Bankkonto heute ja eher negativ ist.

Manche sprechen schon wieder von der Anbahnung einer Immobilienblase.

Diese Gefahr sehe ich derzeit nicht. Die gesamte Atmosphäre des europäischen Immobiliensektors ist nach wie vor enthusiastisch. Allerdings haben wir durchaus ähnliche Marktbedingungen wie wir sie 2006/07 hatten: es gibt viel Geld auf dem Markt durch die niedrigen Zinsen, die Preise von Core-Immobilien, wie Büros beispielsweise, sind relativ hoch. Aber die Gesamt-

stimmung ist sehr positiv. Schaut man sich den Luxemburger Markt an, bezweifle ich, dass wir hier jemals eine Immobilienkrise haben werden, das liegt an der gesamtwirtschaftlichen Situation des Landes.

Viele Privatleute bauen, weil es wegen des niedrigen Zinsen nie so billig war. Was aber, wenn die EZB doch irgendwann die Zinsen erhöht. Kommen dann nicht viele ins Straucheln?

Da hoffe ich, dass die Banken bei der Kreditvergabe nicht so verfahren wie in der Vergangenheit, als die Beleihungsgrenzen jenseits der 80 Prozent lagen. Ich glaube auch nicht, dass wir heute noch in dieser Risikosituation sind. Auszuschließen ist natürlich nicht, dass sich der ein oder andere Private übernommen hat, was die Belastbarkeit durch die Zinsen betrifft. Wer einen auf 15 Jahre festgelegten Zinssatz hat, ist auf der sicheren Seite; wer einen variablen Zinssatz hat, was ich niemandem empfehlen kann, könnte möglicherweise Probleme bekommen.

Woran arbeiten Sie bei EY Luxembourg Real Estate?

Wir sind gerade dabei, die Steuervermeidungs-Richtlinien 1 und 2 zu implementieren. Zudem hat die OECD vor zwei Wochen einen neuen „Beps 2.0“-Bericht herausgegeben, der sich vor allem auf die großen Internetkonzerne bezieht. Es geht darum, dass die Gewinnbesteuerung weg kommt vom Ort, wo die Gesellschaft sitzt, hin zum Standort, wo der Endverbraucher sitzt, ähnlich wie das bereits bei der Mehrwertsteuer der Fall ist. Das hat zuerst mal wenig mit Immobilienfonds zu tun, könnte aber dennoch auch Publikums-Investmentfonds betreffen. Wir als Berater haben also weiterhin einiges zu tun, auch das zu analysieren, damit das keine negativen Folgen für das Fondsgeschäft hat.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Mehr Sonne als Wolken

Pierre Gramegna stellt Staatshaushalt 2020 und mehrjährige Finanzplanung vor

Luxemburg. Pierre Gramegna (DP) strahlt. Aus gutem Grund, denn Luxemburg geht es wirtschaftlich und finanziell gut. Angenehme Zeiten also für einen Finanzminister, dem die Aufgabe zukommt, die Gelder zu verteilen. 20,935 Milliarden Euro gibt der Staat kommendes Jahr aus. Die Einnahmen belaufen sich auf 20,295 Milliarden Euro. Macht ein Defizit von 640 Millionen Euro. 500 Millionen Euro will die Regierung kommendes Jahr in Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen investieren. Angesichts

der äußerst positiven Haushaltszahlen fielen die ersten Reaktionen der Mehrheitsparteien auf die Haushaltsrede des Finanzministers erwartungsgemäß positiv aus. Gelobt wurden vor allem die hohen Investitionen beim Klimaschutz. Die Opposition sieht dies freilich etwas anders. Wie schon beim État de la Nation vermissten die Sprecher von CSV, ADR, Déi Lénk und den Piraten klare Akzente, dies nicht nur beim Klimaschutz. *mig/DS*

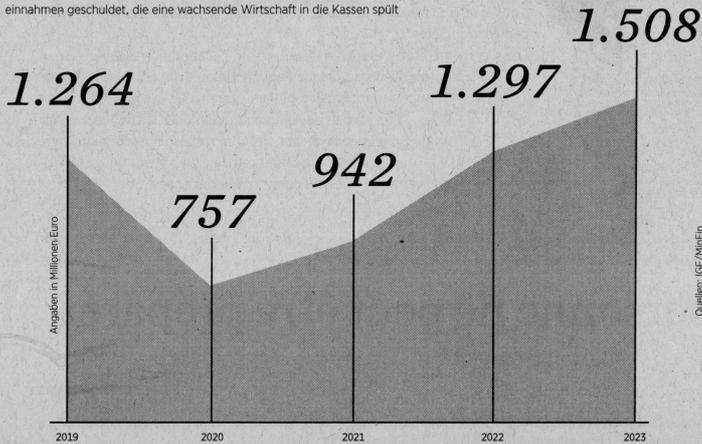


Finanzminister Pierre Gramegna hat gute Laune. Kein Wunder, denn die budgetäre Lage Luxemburgs ist exzellent.

Foto: Guy Jallay

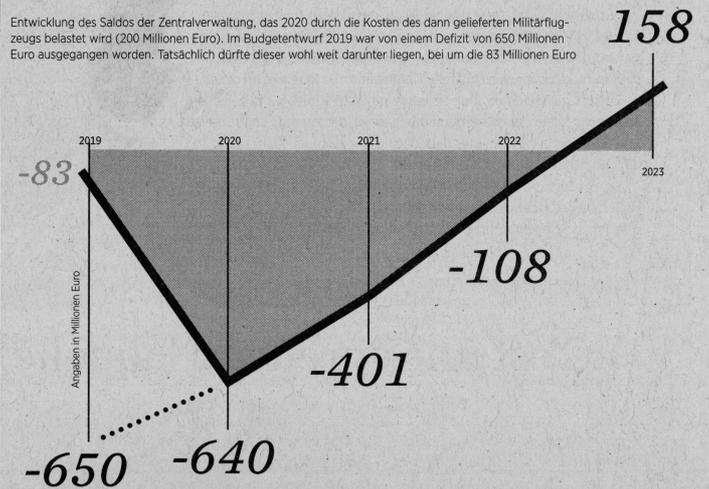
Gesamtstaat: Solider Überschuss

Entwicklung des Saldos der öffentlichen Gesamtverwaltung (Zentralverwaltung, Sozialversicherung, Gemeinden). Die gute Lage ist hauptsächlich den Sozialversicherungseinnahmen geschuldet, die eine wachsende Wirtschaft in die Kassen spült



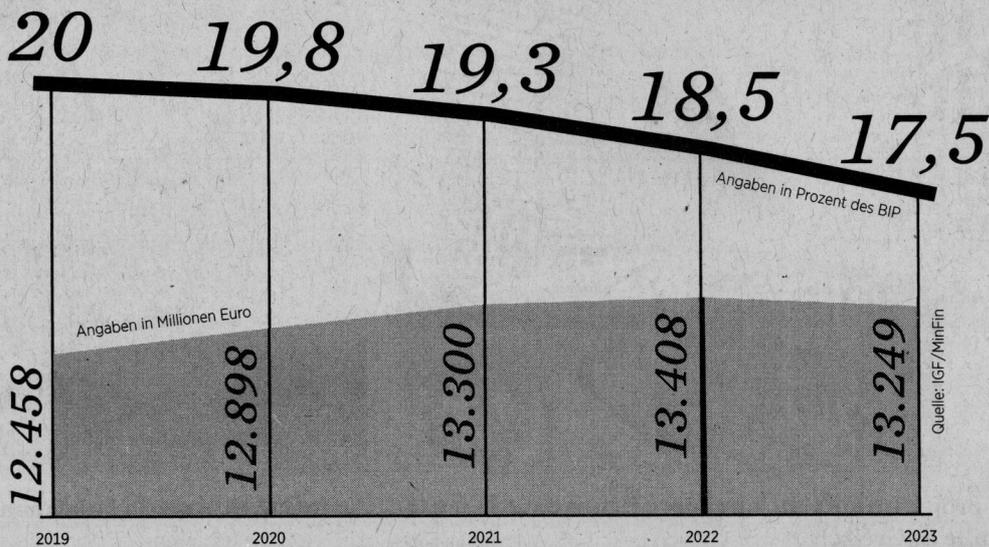
Zentralstaat: Raus aus den roten Zahlen

Entwicklung des Saldos der Zentralverwaltung, das 2020 durch die Kosten des dann gelieferten Militärflugzeugs belastet wird (200 Millionen Euro). Im Budgetentwurf 2019 war von einem Defizit von 650 Millionen Euro ausgegangen worden. Tatsächlich dürfte dieser wohl weit darunter liegen, bei um die 83 Millionen Euro



Staatsschuld: gradueller Abbau

Voraussichtliche Entwicklung der Staatsverschuldung in Millionen Euro und als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts. 2014 lag die Staatsverschuldung noch bei 22,7 Prozent des BIP



Überschaubare Risiken

Ratingagentur Moody's wirft einen genauen Blick auf die drei größten Luxemburger Banken

Von Thomas Klein

Luxemburg. Drei Banken finanzieren einen Großteil der Wirtschaftsaktivitäten in Luxemburg: Banque et Caisse d'Épargne de l'Etat (BCEE), BGL BNP Paribas und Banque Internationale à Luxembourg (BIL) haben zusammen einen Marktanteil im Großherzogtum von 80 Prozent bei den Privatkrediten und sogar 90 Prozent bei den Kundeneinlagen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Ratingagentur Moody's, die die finanzielle Situation und den Ausblick der drei Finanzhäuser vergleicht. Während diese Banken laut der Studie lediglich ein Prozent der Vermögenswerte des luxemburgischen Finanzsystems repräsentieren, sind sie doch zentral für das Funktionieren der heimischen Wirtschaft.

Risikoprofile

Entsprechend groß sind die Risikopositionen der drei Banken in Luxemburg. So wurden 59 Prozent der Kredite der staatseigenen BCEE, an Kunden im Großherzogtum vergeben. Bei der BIL, die inzwischen zu fast 90 Prozent der chinesischen Investmentgruppe Legend Holdings gehört, machen die heimischen Kredite 45 Prozent aus und bei der BGL, der Tochtergesellschaft der französischen BNP Paribas Gruppe, sind es immerhin noch 29 Prozent. Etwa die Hälfte der Risikopositionen der drei Banken befinden sich im restlichen Europa, wobei zwei Drittel davon auf die Nachbarländer Belgien, Frankreich, Deutschland sowie die Niederlande und die Schweiz entfallen. Insgesamt schätzen die Analysten das Asset-Risiko von BGL BNP Paribas von den drei Finanzhäusern am höch-

ten ein, da sie das europäische Leasinggeschäft der französischen Gruppe betreibt.

Bei der Bewertung des Risikos kommt dem luxemburgischen Immobilienmarkt eine entscheidende Rolle zu. Denn zwischen 47 und 57 Prozent der vergebenen Kredite der drei Banken dienen dazu, Immobiliengeschäfte zu finanzieren. Davon gingen etwa 70 Prozent in den Wohnungsbau; der Rest in Betriebsliegenschaften. Gemäß der Analyse stieg der Wert der Immobilienkredite zwischen 2015 und 2018 um jährlich etwa acht Prozent und wuchs damit stärker als das übrige Kreditgeschäft.

Verschuldung der Privathaushalte

Dieser hohe Anteil könnte sich zu einem Problem für die Bilanzen der Banken entwickeln, wenn plötzlich eine große Zahl von Kreditnehmern in Verzug gerät. Das Risiko besteht, da in Luxemburg die Kaufpreise für Immobilien deutlich schneller wachsen als die Einkommen und dieses Verhältnis sich deutlich ungünstiger entwickelt als im Rest der Eurozone. Entsprechend ist die Verschuldung der privaten Haushalte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zwischen 2010 und 2018 von 58 Prozent auf 66 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum sank dieses Verhältnis im Durchschnitt der Eurozone von über 60 Prozent auf 56 Prozent.

Hinzu kommt, dass nach wie vor eine Mehrzahl der Kredite mit variablen Zinssätzen vergeben wurde, was dazu führt, dass ein Anheben des Zinssatzes schwerwiegende Folgen für viele Haushalte haben würde. Allerdings betonen

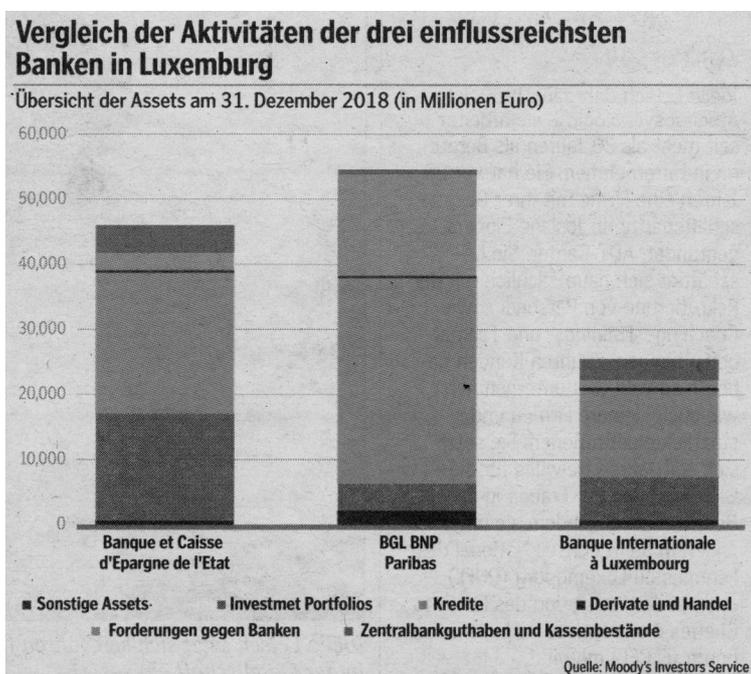
die Analysten, dass man dieses Risiko nicht überbewerten sollte. „Das Risiko einer Preiskorrektur auf dem Häusermarkt ist mittelfristig gering, da das Angebot an neuen Häusern weiter hinter dem Bevölkerungswachstum hinterherhinkt. Solange das günstige Geschäftsklima weiterhin fremde Unternehmen anzieht, ist auch die Wahrscheinlichkeit gering, dass sich der Migrationsstrom umkehrt“, sagte Olivier Panis, Kreditspezialist bei Moody's und einer der Autoren der Studie.

Kaum „Problemkredite“

Die Qualität der Kredite sehen die Analysten entsprechend stabil. Nur 2,1 Prozent der Darlehen der drei Finanzhäuser wurden als Problemkredite eingestuft, was weit unter dem Durchschnitt der Banken der Eurozone von knapp über vier Prozent liegt. Ebenso positiv wird die hohe Eigenkapitalquote der Banken bewertet.

Etwas kritischer sehen die Autoren der Studie hingegen die Profitabilität der Institute. Insbesondere die BCEE und die BIL liegen bei der Nettorentabilität unter dem europäischen Durchschnitt. Die BGL BNP Paribas profitiert hier von den hohen Gewinnmargen ihres europäischen Leasinggeschäfts. Die Einkünfte aus dem Kreditgeschäft waren stabil, da die niedrigen Zinssätze weitestgehend durch höhere Gesamtvolumen ausgeglichen wurden.

Das Verhältnis von Kosten zu den Einkommen verschlechterte sich von 58 auf 60 Prozent innerhalb eines Jahres. Als Gründe gaben die Autoren höhere Kosten für Regulierungsmaßnahmen, Investments in die digitale Infrastruktur sowie gestiegene Personalkosten an.



Studie ermittelt Dublin als größten Brexit-Profitteur

Bislang reagieren 332 Firmen mit Verlagerungen, Versetzungen oder Neugründungen auf den EU-Austritt Großbritanniens

Börsen-Zeitung, 22.10.2019
 hip London – Die Zahl der Firmen, die mit Verlagerungen, Versetzungen oder Neugründungen innerhalb der EU-27 auf das britische Votum für den Brexit reagieren, ist seit dem Frühjahr kräftig gestiegen. Wie eine Untersuchung der kapitalmarktnahen Denkfabrik New Financial ergab, sind es mittlerweile 332 Firmen – 60 mehr als bei der ersten Erhebung im März.

Aus Sicht der Studienautoren wird der tatsächliche Umfang der von der Finanzbranche ergriffenen Maßnahmen deutlich größer sein. Das werde aber erst klar, wenn sich der Staub gelegt hat, Übergangsvereinbarungen zwischen Großbritannien und der EU auslaufen und die lokalen Aufsichtsbehörden die Firmen zu einer Aufstockung der Kapitalausstattung ihrer lokalen Geschäfte auffordern.

Für viele Firmen in der Banken- und Finanzbranche ist der Brexit im Prinzip im vergangenen Jahr erfolgt, heißt es in der Studie. „Die politische Ungewissheit seit dem Referendum hat die Unternehmen gezwungen, das Worst-Case-Szenario eines ‚No

Deal‘-Brexit ohne Übergangsphase anzunehmen und sich darauf vorzubereiten.“

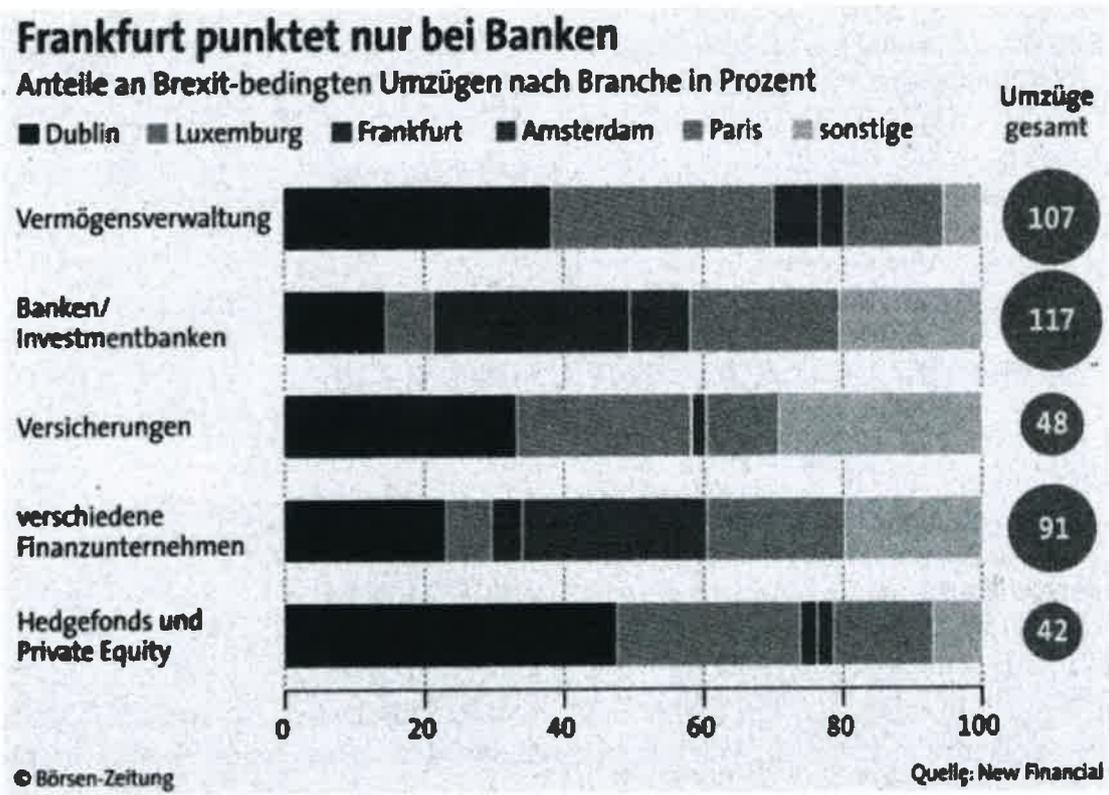
Der klare Gewinner war der Studie zufolge Dublin. Die irische Hauptstadt gewann demnach 116 Firmen für sich. Luxemburg erreichte mit 71 Unternehmen Platz 2, gefolgt von Paris mit 69. Frankfurt kam mit 45 Firmen lediglich auf Platz 4. Amsterdam zog 40 Firmen an.

Ganz so einfach ist es allerdings nicht. Viele Firmen verteilten ihr Geschäft auf verschiedene Standorte in der Staatengemeinschaft. Herausgekommen sei „eine multipolare Welt“, schreiben die Verfasser. Die europäischen Finanzplätze sprechen unterschiedliche Branchen an. Während Dublin vor allem Assetmanager anzieht, orientieren sich Banken nach Frankfurt. Amsterdam wird von Brokern, Handelsplattformen, Börsenbetreibern und Fintech-Firmen bevorzugt. „Die Unternehmen wollen so wenig Personal wie möglich verlegen, solange sie nicht wissen, wie der Brexit aussehen wird, und solange sie nicht dazu gezwungen sind.“ Das könne sich

schnell ändern: „Im Falle eines No-Deal-Brexit erwarten wir, dass Firmen ihre Belegschaft in ihren lokalen EU-Geschäften wesentlich aufstocken werden.“ Sollte es dagegen einen Deal geben, werde diese Expansion erst nach Ende der Übergangsperiode stattfinden. Alles in allem kam New Financial im März auf knapp 5 000 Versetzungen oder lokale Neueinstellungen im Zusammenhang mit dem Brexit. Andere hatten weit dramatischere Zahlen genannt.

London verliert Einfluss

Wichtiger als die Stellen seien jedoch der Verlust von Geschäft und die Abflüsse von Mitteln und Assets. Bislang habe sich erst eine kleine Zahl von Firmen dazu geäußert. Dennoch seien die Zahlen bereits sehr hoch. Das führe zu einem Verlust des Einflusses, den Großbritannien auf die Banken- und Finanzbranche hat – nicht nur in Europa, sondern weltweit. London werde jedoch auf absehbare Zeit das dominante europäische Finanzzentrum bleiben.



Luxemburg verliert London als Partner

Fintechs und nachhaltige Finanzen stehen für einen modernen Finanzplatz

maf. FRANKFURT, 29. Oktober. Es gibt Finanzplätze, die sich dem Wettbewerb um Brexit-Verlagerungen zu entziehen versucht haben. Das trifft im Gegensatz zu Frankfurt oder Paris auf Luxemburg zu, wo der EU-Austritt Großbritanniens stets als Verlust und nie als Chance für eine größere Rolle des eigenen Finanzplatzes wahrgenommen worden ist. In Frankfurt wurde der Brexit auch als Chance wahrgenommen, als Finanzplatz an Bedeutung zu gewinnen. Doch das Finanzzentrum der größten europäischen Volkswirtschaft mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) ist nicht die bevorzugte Wahl, wenn es um Verlagerungen von Geschäften geht: Nach den jüngsten Zahlen der kapitalmarktnahen Denkfabrik New Financial führt Dublin mit 116 Finanzdienstleistern, die Geschäfte in die irische Hauptstadt verlagert haben. Dahinter kommt Luxemburg mit 71 Zuzügen. Mit 69 Gesellschaften nimmt Paris den dritten Platz ein vor Frankfurt (45) und Amsterdam (40). Die Zahl der Verlagerungen muss nicht bedeuten, dass gleichzeitig viele neue Arbeitsplätze entstehen. Oftmals werden die schon bestehenden Niederlassungen vor Ort genutzt.

Jedoch weisen nach einer Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PWC die Verlagerungen im Zuge des Brexits auch auf eine Neuverteilung der Geschäftsaktivitäten hin. Diese würden tendenziell dorthin verlagert, wo das lokale Wirtschaftssystem am besten darauf ausgerichtet sei. So würden der Derivatehandel und das Investmentbanking bevorzugt nach Frankfurt oder Paris verlegt, während Vermögensverwalter sich meistens für Dublin oder Luxemburg entschieden.

Ganz genau weiß es Nicholas Mackel, Chef der Finanzplatzinitiative Luxembourg for Finance: Wegen des Brexits hätten insgesamt 57 Gesellschaften öffentlich bekanntgegeben, dass sie Aktivitäten nach Luxemburg verlagert hätten. Hinzu kämen noch verschiedene Unternehmen, die diesen Schritt nicht öffentlich gemacht hätten, so dass sich die Gesamtzahl der Finanzunternehmen mit Brexit-bedingten Verlagerungen nach Luxemburg auf etwa 70 belaufen dürfte. In den vergangenen sechs Monaten seien nur einige kleinere Gesellschaften

hinzugekommen. Die großen Finanzdienstleister hatten sich Mackel zufolge auf den 29. März als EU-Austrittsdatum Großbritanniens vorbereitet. Unter den 57 Gesellschaften, die ihren Umzug nach Luxemburg bekanntgegeben haben, befinden sich 30 Vermögensverwalter, neun Banken, 13 Versicherer und fünf Zahlungsdienstleister.

Neben Dublin und Amsterdam entwickle sich Luxemburg zu einem Zentrum im EU-Zahlungsverkehr, schreiben die PWC-Berater. Nach Angaben von Mackel hat Paypal seinen Europa-Sitz im Großherzogtum; ebenso wie Amazon Pay oder Rakuten. Nun ziehe auch der Zahlungsdienst von AirBnB nach Luxemburg. „Unser Finanzplatz hat im Bereich moderner Zahlungsdienste inzwischen die nötige kritische Masse erreicht“, ist Mackel überzeugt. Dort fänden die Unternehmen qualifiziertes Personal und eine Finanzaufsicht, die sich auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs auskenne. „Das macht Luxemburg auch für junge Fintechs aus diesem Bereich interessant“, fügt er hinzu.

Als moderner Finanzplatz will Luxemburg auch bei nachhaltigen Finanzen mit gutem Beispiel vorangehen. Die Luxemburger Börse nimmt mit grünen, ökologischen Projekten dienenden Anleihen eine führende Rolle ein. Fast die Hälfte aller grünen Anleihen in der Welt sind dort gelistet. Das entspricht einem Volumen von 200 Milliarden Dollar. Allerdings versteht sich die Luxemburger Börse als Notierungsbörse. Gehandelt wird in London, Paris oder Frankfurt. Aber nachhaltige Finanzen werden auch in der Vermögensverwaltung wichtiger. Luxemburg ist für nachhaltig anlegende Fonds, sogenannte Responsible Investing Funds, der wichtigste Standort. Jeweils ein Drittel dieser Fonds, insgesamt 2816, und des von ihnen verwaltenden Vermögens, insgesamt 496 Milliarden Euro, sind dort angesiedelt. Luxemburg hat sich für den Klimaschutz ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2050 will das Land CO₂-neutral sein. Vom 1. März 2020 gilt im Großherzogtum der „Freifahrtschein“ für den öffentlichen Nahverkehr. Bus, Tram und Bahn können dann kostenlos genutzt werden.

Schon jetzt ist Luxemburg mit 14 900 Fonds und einem verwalteten Vermögen von 4,4 Billionen Euro in Europa der

wichtigste Fondsstandort und in der Welt die Nummer zwei hinter den Vereinigten Staaten. Der Anteil britischer Fondsgesellschaften in Luxemburg ist auf Basis des verwalteten Vermögens seit Ende 2016 kontinuierlich gestiegen und liegt nun bei 18,4 Prozent, wie Marc-André Bechet, Director Legal & Tax beim Luxemburger Fondsverband Alfi berichtet. Er führt dies teilweise auf den Brexit zurück. Luxemburg sei auch schon vor dem Brexit eine wichtige Plattform für britische Vermögensverwalter gewesen, die den europäischen Markt bedienen wollten. Insofern seien die direkten Brexit-Effekte zum Beispiel für neue Arbeitsplätze überschaubar, so Bechet.

Ein Problem, das der Brexit nach sich ziehen kann, ist seinen Worten zufolge die sogenannte „Delegation“. Typischerweise ist die Administration, also die Verwaltung der Fonds, in Luxemburg angesiedelt, während das Portfolio-Management, also die Anlageentscheidungen, die in London sitzenden Fondsmanager vornehmen. Nach den EU-Richtlinien ist dies möglich, wenn bestimmte Vorgaben eingehalten werden. „Für die Zukunft nach einem Brexit kommt es darauf an, dass diese Möglichkeit erhalten bleibt und eine mögliche neue Regulierung in Großbritannien von der EU als gleichwertig zum EU-Standard eingestuft wird“, sagt Bechet. Andernfalls würde die Delegation unmöglich. „Das würde zu einer stärkeren Fragmentierung der Investmentbranche in Europa führen und nicht zuletzt deren Position im globalen Wettbewerb – etwa mit Anbietern aus den Vereinigten Staaten oder auch China – schwächen“, befürchtet der Alfi-Fachmann.

Waren es früher Steuervorteile, die Luxemburg als Fondsstandort geholfen haben, sind nun kurze Wege und gute Kontakte zur Finanzaufsicht entscheidend. Mehr als jeder zweite in Deutschland vertriebene Publikumsfonds sitzt in Luxemburg. Dass Luxemburg noch immer mit aggressiver Steuergestaltung in Verbindung gebracht wird, kann Mackel von der Finanzplatzinitiative nicht verstehen. Er verweist auf die stets guten Zeugnisse der OECD für die Steuerpolitik Luxemburgs. „Mit einer Unternehmensbesteuerung von 25 Prozent liegt Luxemburg nicht allzu weit entfernt von Deutschland mit 28 Prozent“, sagt Mackel.

Neuer Schub für Green Finance

Sustainable Investment Week identifiziert Marktpotenziale – Aus- und Weiterbildung als Triebfeder

Green und Sustainable Finance breitet sich immer mehr am Finanzmarkt aus. Auf der Luxflag Sustainable Investment Week in Luxemburg widmeten sich zahlreiche Experten diesem Thema. Einen neuen Antriebsfaktor sehen sie in Ausbildung für diesen Bereich. Hier wurde ein klarer Bedarf identifiziert.

Börsen-Zeitung, 30.10.2019
kjo Luxembourg – Das Kapitalmarktsegment für Green und Sustainable Finance legt eine rasante Entwicklung hin. Immer mehr Emittenten springen auf den Zug der grünen und nachhaltigen Anleihen auf, d. h. das Emissionsvolumen dieser Bonds schwillt immer mehr an. Und auch immer mehr Investorenkreise interessieren sich für diese Kapitalmarktprodukte, mit denen Projekte des Klima- und Umweltschutzes oder zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen wie zum Beispiel die 17 United Nations Development Goals realisiert werden.

Neue Meilensteine

Der Markt stellt laufend neue Meilensteine auf. Die Renditen der betreffenden Bonds fallen immer weiter zurück. Auch daran ist das rege Interesse der Anleger abzulesen, denn sie greifen beherzt zu – nicht nur bei Neuemissionen, sondern auch am Sekundärmarkt. Vanessa Havard-Williams, Partner und Global Head of Environment bei der Kanzlei Linklaters in London, sieht den Markt denn auch künftig als treibende Kraft der weiteren Entwicklung. Das seien nicht etwa die regulatorischen Stellen, Regierungen oder Aufseher. Das hielt sie auf der Luxflag Sustainable Investment Week fest, die nun zum ersten Mal im Großherzogtum Luxemburg stattfand. Luxflag (Luxembourg Finance Labeling Agency) ist unabhängiger Zertifizierer (Labelling Agency) für grüne und nachhaltige Kapitalanlageprodukte, der als Non-Profit-Organisation ausgestaltet ist.

Green und Sustainable Finance sieht Havard-Williams auch nicht nur als eine rein europäische Angelegenheit und verwies in diesem Zusammenhang auf die internationalen Aktivitäten. So gebe es zum Beispiel sehr viel Bewegung in den USA im Bundesstaat Kalifornien, so etwa auch bei den dortigen Unternehmen. Auch im asiatischen Bereich gebe es viel Bewegung. Havard-Williams

verwies hierbei aber auch darauf, dass etwa Kohle im Vergleich zu Europa einen anderen Stellenwert im asiatischen Raum habe, und zwar wegen der entsprechenden Abhängigkeiten. Experten gingen auf der 16 Einzelevents umfassenden Veranstaltung zu grünen und nachhaltigen Kapitalanlageformen auch darauf ein, dass diese Community in fünf bis sechs Jahren auch die Kapitalanforderungen für grüne und nicht-grüne – sogenannte braune Projekte – diskutieren wird. Dies sei dann auch ein Aspekt, der die Europäische Zentralbank (EZB) und andere Notenbanken betreffe.

ABBL bietet Programm an

Mit dem starken Boom des Marktsegments von Green und Sustainable Finance wird nach Ansicht von Experten auch ein ganz anderer Aspekt in diesem Markt ausgesprochen wichtig und damit künftig auch zu einem Antriebsfaktor dieses Segments. Dabei geht es für die Beteiligten um Aufklärung und Ausbildung. So stellen etwa Cécilia Vernhes, Sustainability Consultant bei der auf Nachhaltigkeit spezialisierten Beratungsagentur Forethix, und Fabio Mandorino, Berater im Bereich Commercial und Private Banking sowie Sustainable Finance beim Luxemburger Bankenverband ABBL (Association des Banques et Banquiers), einen klaren Bedarf an Ausbildung bei professionellen Kapitalmarktteilnehmern in Sachen Green und Sustainable Finance fest. Die ABBL bietet ein vierstündiges Programm an, mit dem Marktteilnehmer einen Einstieg in die Materie bekommen. Dabei gehe es um grundsätzliche Themen, wie etwa Beweggründe für Sustainable Finance und die Frage, welche Finance-Konzepte in dem Markt bereits existieren. Es gehe in dem Programm aber auch um die regulatorischen Rahmenbedingungen und darum, wie der Finanzsektor dazu beitragen kann, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu realisieren. Abgerundet wird das durch Fakten und Zahlen zu Trends, um Dimensionen besser einschätzen zu können, und eine Fallstudie eines prominenten Players in Europa.

Auch die Universität Luxemburg hat sich mittlerweile dieses Themas angenommen, um künftige Absolventen und damit Mitarbeiter in der Finanzwelt bereits frühzeitig auf dieses Thema hin zu qualifizieren. Jang Schiltz, Professor an der Fakultät für

Law, Economics und Finance, führte aus, dass seit kurzem Green und Sustainable Finance in einen entsprechenden Masterstudiengang integriert worden sei. Das Thema nimmt dabei schon einen größeren Stundenumfang in der Ausbildung der Studenten ein als etwa Unternehmensfinanzierung, Bankentheorie oder Portfoliotheorie. Auch die Luxemburger Börse nimmt sich seit einiger Zeit dieses Themas stärker an und bietet seit Juni entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für die Akteure der Finanzindustrie an. Daneben wurden diverse weitere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen auf der Luxflag Sustainable Investment Week präsentiert.

Einheitliche Sprache

Zudem halten am Markt für Green und Sustainable Finance einheitliche Reporting Standards immer mehr Einzug bei den Marktteilnehmern, so dass sich auch in diesem Bereich eine gemeinsame Sprache entwickelt. Dazu gehört etwa GRI (Global Reporting Initiative). Die Beratungsfirma Forethix wies beispielsweise darauf hin, dass mittlerweile mehr als 1 600 Institutionen des weltweiten Finanzsektors GRI einsetzen. In Europa seien es über 500 Unternehmen des Finanzsektors, die das GRI-Reporting-Rahmenwerk verwenden. 75 % der 250 größten Unternehmen weltweit nutzen bereits GRI. In der entsprechenden Datenbank befänden sich derzeit rund 46 000 Reports der Institutionen.

Grüne Anleihe Frankreichs



Grüne Anleihe der Niederlande



IM INTERVIEW: FRANK KRINGS, DEUTSCHE BANK LUXEMBOURG

Im Sustainable-Finance-Markt überzeugt die Vielfalt

Luxemburgs Deutsche-Bank-Chef über grüne und nachhaltige Produkte, die ESG-Ausrichtung des Hauses und die Perspektiven dieses Kapitalmarktsegments

Das Interview führte Kai Johannsen.

In den vielen unterschiedlichen Sustainable-Finance-Produkten sieht Frank Krings, CEO der Deutschen Bank in Luxemburg, die Potenziale dieses Kapitalmarktsegmentes. Im Interview der Börsen-Zeitung legt er dar, wie weitreichend dieses Kapitalmarktthema ist und worauf es für einen Produktanbieter künftig ankommt.

Börsen-Zeitung, 26.10.2019

- Herr Krings, sehen Sie in Green & Sustainable Finance beziehungsweise Sustainable Banking einen Modetrend oder eine substanzielle Entwicklung hin zu einer neuen Finanzmarkt- beziehungsweise Bankenwelt?

Hinter ESG-Kriterien und SRI-Ansätzen stehen sehr grundlegende Fragen und Überlegungen zur langfristigen Ausgestaltung von Wirtschafts-, Sozial- und Politiksystemen. Kluge und konkrete Antworten auf die bestehenden Herausforderungen zu finden, ist gleichermaßen essenziell wie auch komplex und erfordert einen langen Atem. Dies gilt national wie international, und zwar unabhängig von politischer oder ideologischer Verortung. Die Finanzdienstleistungsindustrie spielt bei der sachgerechten Analyse und Bewältigung der maßgeblichen grenz- und generationenübergreifenden Probleme eine zentrale Rolle. Unsere Industrie und unser Berufsstand stehen daher in einer langfristigen Verantwortung. Der Themenkomplex erhielt zuletzt zweifelsohne ein höheres, von einigen mitunter als überproportional empfundenes mediales Interesse; dennoch wäre es nicht richtig, die ESG- und SRI-Thematik als Modetrend abzutun.

- Der Finanzplatz Luxemburg hat sich auf die Fahne geschrieben, zu einem grünen und nachhaltigen Finanzplatz zu werden. Finanzminister Pierre Gramegna treibt das stark voran. Hat Luxemburg das Zeug, sich gegenüber anderen Finanzplätzen in dieser Hinsicht zu positionieren und langfristig zu etablieren?

Absolut – und dies wird im harten internationalen Wettbewerb mit anderen Finanzzentren und Wirtschaftsstandorten zu erfolgen haben. Luxemburg hat in seiner Geschichte wiederholt bewiesen, dass es einerseits Langfristrends rechtzeitig und richtig einschätzen kann und andererseits die für die Zukunft des Großherzogtums, seiner Bevölkerung und seiner Unternehmen maßgeblichen öffentlichen und privaten Akteure zielgerichtet zu mobilisieren vermag.

- Was sind die großen Herausforderungen, vor denen der Finanzplatz Luxemburg in Sachen Sustainable Banking steht?

Neben dem bereits erwähnten internationalen Wettbewerb ist der Erhalt der bestehenden ökonomischen Basis des Finanzzentrums eine vielschichtige Herausforderung. Als führender und verantwortlicher ESG-Akteur wahrgenommen zu werden, bedingt für Unternehmen wie auch Finanzzentren und Staaten mitunter, bestimmte bestehende Aktivitäten zu überdenken und anzupassen. Dies mag finanzielle Spielräume einschränken. Auch gilt es sicherzustellen, dass gerade aufgrund der Dynamik und der Wettbewerbsintensität beim Thema Sustainability die erforderliche Schnelligkeit und Beweglichkeit der Akteure nicht als Abkürzung oder unzulässige Vereinfachung interpretiert wird. Zuletzt bedarf es einer hinreichend breiten Basis fachlich neu beziehungsweise anders qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung.

- Womit kann Luxemburg in dieser Hinsicht speziell punkten?

Luxemburg steht für Langfristorientierung, politische und wirtschaftliche Stabilität sowie Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig besitzt das Land eine herausragende Fähigkeit zur kontinuierlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Innovation bei gleichzeitig fest verankerter Wertebasierung. Die Vermeidung unnötiger Machtdistanz hilft in Zeiten grundlegender Tektonik zudem, im geregelten, gleichwohl vertrauensvollen Zusammenwirken von privater und öffentlicher Hand schneller und beweglicher zu agieren.

- Sehen Sie Gefahren in diesem Prozess?

Ressourcenfehlallokationen sind wohl die größte Gefahr. Dabei können dies Über- wie auch Unterallokationen sein, sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht. Parallel dazu ist eine nüchterne Beobachtung und Analyse des Wettbewerbs sowie der tatsächlichen Angebots- und Nachfragesituation essenziell. Für keine der vorgenannten Aspekte sind überzogene öffentliche und mediale Präsenz und Verlautbarungen eine

geeignete Entscheidungsbasis.

- Vor welchen Herausforderungen stehen die Banken in puncto Sustainable Finance?

Es gilt, an vielen Stellschrauben gleichzeitig zu drehen, und dies mutig, koordiniert und über einen langen Zeitraum. Die eine sogenannte „eierlegende Wollmilchsau“ wird es dabei nicht geben. Gefragt ist die zielgerichtete ganzheitliche Steuerung und Umgestaltung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wechselwirkungsmechanismen. Ohne innere Überzeugung wird dies nicht funktionieren. Überzeugung ohne Sachkenntnis ist allerdings ebenfalls unzureichend.

- Welche Aktivitäten treibt die Deutsche Bank Luxembourg in Bereich Sustainable Banking voran?

Das Vorgenannte gilt auch für die Deutsche Bank in Luxemburg. Wir sind parallel in jedem unserer strategischen Aktivitätsfelder mit Blick auf Sustainability marktgestaltend unterwegs und dies sowohl als Einzelinstitut, als Teil des Deutsche-Bank-Konzerns als auch gemeinsam mit dem luxemburgischen Bankenverband ABBL. Als Kompetenzzentrum des Konzerns im Bereich syndizierter Kredite waren und sind wir in verschiedenen Mandatsrollen bei den sich etablierenden Green Loans europäischer Unternehmen als Kreditgeber involviert.

- Gibt es andere Beispiele?

Als führender Agent im Konsortialkreditgeschäft in der EMEA-Region werden wir von unseren Kunden über die klassische Rolle als Facility Agent hinaus zunehmend als Environmental & Social Agent angefragt. Es geht dabei um eine dediziert auf ESG-Belange ausgerichtete treuhänderische Rolle. Diese ist eine jüngere Entwicklung und Anforderung im Markt. Im Zusammenspiel mit anderen Bereichen des Deutsche-Bank-Konzerns waren und sind wir ferner für die in Luxemburg ansässigen staatlichen und supranationalen Emittenten im Bereich Green Bonds aktiv.

- Und auf der Assetmanagementseite?

Im internationalen Wealth Management tragen unsere Produktauswahl und unsere Lösungsangebote den verschärften Kundenanforderungen im Hinblick auf ESG-Kriterien Rechnung. Unsere luxemburgische Assetmanagement-Gesellschaft – die DWS – entwickelt ihre Fondspalette kontinuierlich mit Blick auf ESG-Kriterien weiter. Im

Luxembourg

Bereich der alternativen Investments im Nachhaltigkeitsbereich sind Deutsche Bank beziehungsweise DWS als akkreditierte Institution des Green Climate Fund unter anderem im Rahmen des Universal Green Energy Access Program, welches als in Luxemburg ansässiger Fonds konzipiert ist, aktiv. In der ABBL hat das Corporate Finance, Capital Markets & Cash Management Industrie-Cluster die anfängliche Schirmherrschaft über die Sustainable und Impact Banking Initiativen der ABBL übernommen.

■ Was sind aussichtsreiche Produktformen für das Sustainable Banking?

In der Vielfalt liegt das Potenzial: Green Loans, Green Bonds & Promissory Notes – also Schuldscheindarlehen –, Environmental & Social Agency, ESG-orientierte Publikumsfonds, alternative nachhaltigkeitsorientierte Investmentfonds. Schon das heutige Spektrum der Aktivitäten unseres Hauses in Luxemburg zeigt, dass ein einzelnes Produkt allein dem Umfang der anstehenden Herausforderungen nicht gerecht würde. Fortlaufende Produktinnovationen, wie zum Beispiel grüne Pfandbriefe beziehungsweise Green Covered Bonds werden künftig ebenfalls zu beobachten bleiben. Daneben bedarf es allerdings auch einer hinreichenden Marktdurchdringung und Markttiefe einzelner Produkte und Lösungsangebote. Oftmals gilt hier derzeit, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

■ Das Potenzial welcher Sustainable-Finance-Produkte wird gemeinhin überschätzt?

Hier würde ich in der relativ frühen Phase des Marktes von einem Abgang auf einzelne Produkte abraten. Interessanter erscheint vielmehr die Frage, welches inhärente Potenzial von Sustainable-Finance-Produkten gerne überschätzt wird: jenes einer Marktklenkungsfunktion. Das Verhalten der Nachfrageseite prägt die Angebotsseite langfristig wesentlich entschiedener als Produkte das Verhalten. Mindeststandards, zum Bei-

spiel im Sinne eines gebotenen Erfüllungsgrads bei ESG-Kriterien, sind dabei eine notwendige, gleichwohl nicht hinreichende Produkteigenschaft. Unbeschadet dessen steht unsere Industrie bei der Schaffung eines kritischen initialen Moments in der Verantwortung. Dieses wird gleichwohl langfristig nur bestehen, wenn es auch von der Nachfrageseite getragen wird.

■ „Practice what you preach“ ist eine Devise, die in dieser Hinsicht sehr entscheidend ist. Was unternimmt die Deutsche Bank Luxembourg in dieser Hinsicht, um auch als Institution „sustainable“ zu sein?

Drei Dimensionen sind maßgeblich: unsere Geschäftsaktivitäten, unsere Betriebsorganisation und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei den Geschäftsaktivitäten haben wir uns seit meinem Amtsantritt vor dreieinhalb Jahren von ausgewählten Aktivitäten getrennt, die unserem Anspruch an Nachhaltigkeit nicht genügen. Exemplarisch genannt seien hier das vormalige Corporate Services und Domizilierungs-geschäft sowie unsere vormaligen Aktivitäten als Versicherungsintermediär. Wenngleich wir damit auch Erträge in zweistelliger Millionenhöhe aufgegeben haben, sind wir von der Nachhaltigkeit unserer Entscheidung überzeugt. Die Optimierung unserer Betriebsorganisation, zum Beispiel mit Blick auf unseren CO₂-Fußabdruck, ist ein kontinuierlicher Prozess auf vielen Ebenen. Bereits seit einiger Zeit ist beispielsweise unser Fuhrpark vor Ort zu 100% elektrisch.

■ Und was tun Sie persönlich?

Meine geschäftlichen Termine in Luxemburg – ob bei Kunden, Ministereien oder Botschaften – nehme ich seit jeher E-Mobil, mit der Tram oder zu Fuß wahr. Dies mag bei einigen Gastgebern zwar anfangs mitunter zu Irritationen geführt haben, ist aber inzwischen verstanden. Mit Blick auf unsere Belegschaft und deren fortlaufende Weiterbildung prüfen wir derzeit die Einführung

von verbindlichen ESG-bezogenen Mindestqualifikationsniveaus für Führungskräfte sowie Kolleginnen und Kollegen mit Kundenkontakt.

■ Werden Sie von Bewerbern bereits in Vorstellungsgesprächen mit Fragen konfrontiert, inwiefern Sie als Arbeitgeber für den Bewerber dazu beitragen, sich noch nachhaltiger auszurichten. Mit anderen Worten: Kommen Bewerber und fragen: Was kann die Bank für mich in Sachen Sustainability tun?

Dies ist zwar noch nicht die Regel, kommt jedoch in Auswahlverfahren zunehmend zur Sprache. Was manchen Bewerber und manche Bewerberin sowie Außenstehende überrascht: Dies ist ein zweiseitiger Prozess. Auch wir als Arbeitgeber wollen und müssen verstehen, wo Bewerber inhaltlich und in ihren Überzeugungen stehen. Insofern geht die Frage in beide Richtungen: Was können wir als Bank für unsere Belegschaft tun, und was kann und will ein künftiger Mitarbeiter beziehungsweise eine künftige Mitarbeiterin zu unserer Sustainability-Agenda beitragen?

■ Ausbildungsangebote rund um das Thema Green & Sustainable Finance sind immer noch Mangelware. Ist das Bereitstellen eines solchen Ausbildungsangebotes ein künftiges Asset eines Finanzplatzes?

Absolut, und zwar sowohl bei der Erstausbildung wie auch der laufenden Fortbildung und Zertifizierung. Letztere sollte sinnvollerweise internationale Vergleichbarkeit ermöglichen und über ein Qualitätssiegel mit Autorität verfügen. Privatwirtschaftlich organisierte Bildungsangebote können hierbei einen wertvollen Beitrag leisten. Objektivierbare Qualitätssicherung steht jedem Finanzplatz jedoch gleichermaßen gut zu Gesicht. In dieser Frage sind die Interessen der öffentlichen und privaten Hand sehr vereinbar, den kommerziellen und politischen Willen der Beteiligten vorausgesetzt.

ZUR PERSON

Länderchef für Luxemburg

kjo – Frank Krings (Jahrgang 1972) ist Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Luxembourg und als Länderchef für das Geschäft des Deutsche-Bank-Konzerns im Großherzogtum verantwortlich. Im Vorstand ist er unter anderem für das Unternehmens- und Investmentbankgeschäft sowie das Wealth Management zuständig. Zudem ist

Krings Mitglied des Aufsichtsrats der DWS Investment im Großherzogtum und Mitglied seines Prüfungs- und Risikoausschusses. Ferner ist er Verwaltungsratsvorsitzender der Deutsche-Bank-Einheit mit Sitz in Istanbul. Krings sitzt zudem im Verwaltungsrat der Luxemburger Bankenvereinigung ABBL. Zudem ist er Mitglied der Vollver-

sammlung der Luxemburger Handelskammer.

Zuvor war Krings von 2011 bis Anfang 2016 Generaldirektor und Länderchef der Deutschen Bank in Thailand und dort für das Unternehmens- und Investmentbankgeschäft verantwortlich. Krings trat 2011 wieder in die Deutsche Bank ein, nachdem er von Oktober 2008 bis 2010 als Vorstandsmitglied der Hypo Real Estate Holding und der Deutschen Pfandbriefbank in München tätig und mit deren Restru-

kturierung betraut gewesen war. Zuvor hatte er zwölf Jahre lang bei der Deutschen Bank in Frankfurt und New York verschiedene Führungspositionen inne.

Krings, der die deutsche und französische Staatsbürgerschaft besitzt, hat einen Abschluss als Diplom-Wirtschaftsingenieur der Technischen Universität Braunschweig. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

(Börsen-Zeitung, 26.10.2019)

Luxempart steigt bei Assmann ein

Luxemburg. Die an der Luxemburger Börse gelistete Beteiligungsgesellschaft Luxempart hat 50 Prozent der Anteile der Assmann Gruppe übernommen. Luxempart werde fortan gemeinsam mit CEO Stephan Assmann die Gruppe lei-

ten, heißt es in einer Mitteilung. Über den Kaufpreis machten die Partner keine Angaben. Die Firma Assmann wurde 1969 im südwestfälischen Lüdenscheid als Hersteller von Steckverbindungen und Adaptern gegründet. Heute ist das Unternehmen mit seinen hochwertigen Produkten in den Bereichen Netzwerk-Infrastruktur und Computerzubehör auf dem Welt-

markt vertreten und verfügt über Tochtergesellschaften in Europa und Asien. Die Assmann Gruppe zählt mehr als 220 Mitarbeiter. Die Anleger scheint die Beteiligung nicht beeindruckt zu haben. Luxempart ging am Montag mit 52,5 Euro aus dem Handel, zum gleichen Stand wie am vergangenen Freitag. *pley*

Reimann-Geld in Luxemburg

Der reichste Deutsche hat seine Holding hier

LUXEMBURG Die Familie Reimann führt laut dem deutschen Monatsmagazin „manager magazin“ die Liste der reichsten Deutschen mit einem Vermögen von rund 35 Milliarden Euro an.

Zu ihrem Besitzum gehören unter anderem die Beauty-Kon-

zerne Coty sowie der Getränkekonzern Keurig Dr Pepper oder der Kaffeekonzern Jacobs Douwe Egberts. Auch der Luxuskonzern Bally, das Espresso House oder Pret à manger zählen dazu.

Verwaltet wird das Vermögen der Reimanns von der JAB Holding, die von Peter Harf und Oli-

vier Goudet (CEO) gemeinsam mit acht weiteren Partnern geleitet wird. Diese Holding hat ihren Sitz in Luxemburg. Die JAB Holdings B.V., eine hundertprozentige Tochter der JAB, hat auch Anleihen begeben, die an der Luxemburger Börse notiert sind.

Das Luxemburger Büro ist nicht die einzige Niederlassung der JAB Holding, die erst in der vergangenen Woche die Eröffnung eines Büros in Amsterdam bekannt gab.

Weitere Büros befinden sich in London, Washington DC., Mannheim und Sao Paulo.

🌐 www.jabholco.com



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Für das Auto der Zukunft

Neuentwicklung: Leichteste Windschutzscheibe der Welt kommt aus Grevenmacher

Von Jean-Paul Schneider

Grevenmacher. „proTRon EVOLUTION“, so heißt das „Auto der Zukunft“, das zurzeit an der Hochschule Trier entwickelt wird und sich nicht nur durch einen herabgesetzten Energieverbrauch und reduzierte Kohlendioxid-Emissionen, sondern auch und vor allem durch eine optimierte Reichweite auszeichnen will. Dazu braucht es jedoch hocheffiziente Methoden der Gewichtsreduktion.

Carlex Glass Luxembourg S.A. mit rund 600 Mitarbeitern investiert in das „Auto der Zukunft“ und hat sich aktiv an dem von der Hochschule Trier entwickelten Projekt beteiligt. Der Autoglaserhersteller mit Sitz in Grevenmacher liefert für dieses Automobilprojekt des 21. Jahrhunderts eine speziell entwickelte Windschutzscheibe. Der erste Prototyp wurde gestern von den Verantwortlichen von Carlex in Grevenmacher vorgestellt und an Professor Dr. Hartmut Zoppke von der Hochschule Trier übergeben.

„Die weltweit führenden Fahrzeughersteller haben Carlex (ehemals Guardian) aufgrund der branchenführenden Technologie und kompromisslosen Produktqualität als ihren bevorzugten Partner ausgewählt“, sagt Tobias

Hinterwimmer, Qualitätsmanager bei Carlex. „Viele der technisch hoch entwickelten Windschutzscheiben von Carlex werden in Luxemburg am Standort Grevenmacher hergestellt.“

Gewicht halbiert

Seit 2016 entwickelt Carlex innovative Leichtbauverglasung für Kraftfahrzeuge. Dies sei auch der Grund gewesen, warum sich das Unternehmen für die Teilnahme an dem Universitätsprojekt entschieden habe, erklärt Holger Müller, Leiter des Programmmanagements von Carlex. In der Regel werden die Grenzen für die Mindestdicke von Windschutzscheiben vor allem durch die Steifigkeit (Schwingungen), Stein Schlagbeständigkeit und die akustischen Eigenschaften bestimmt. „Für das Projekt proTRon EVOLUTION ist es uns gelungen, diese Grenzen weiter zu senken und so eine Windschutzscheibe mit einer Dicke von gerade mal 2,6 Millimetern und einem Gewicht von nur 5,4 Kilogramm zu entwickeln. Im Vergleich dazu wiegen herkömmliche Windschutzscheiben etwa doppelt so viel“, betont Müller weiter.

Als zusätzliche Herausforderung musste Carlex eine vollflä-

chige Heizfunktion in diese Windschutzscheibe integrieren, da im Falle von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen keine Restwärme eines Verbrennungsmotors für Enteisungs- oder Abtaufunktionen genutzt werden kann.

Innovativ für den Nahverkehr

Ziel des Forschungs- und Lehrprojekts proTRon ist es, innovative Lösungen für die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Automobilindustrie anzubieten. Der derzeitige Schwerpunkt liegt auf einem energieeffizienten E-Fahrzeug für die Benutzung im städtischen Verkehr. Es verspricht nicht nur eine umweltfreundliche Mobilitätslösung für das 21. Jahrhundert, sondern auch eine bessere Energiebilanz und einen geringeren Verbrauch, von der Produktion bis zu den Bauteilen, durch Verwendung von Naturfasern anstelle von Kohlefasern. Hierfür werden umfangreiche Basistests durchgeführt.

Während sich die Trends in der Automobilindustrie auf Fahrkomfort Erlebnis und Performance konzentrierten, sei das von der Hochschule Trier entwickelte Fahrzeug eine wirklich umweltfreundliche Fortbewegungsmöglichkeit, unterstreicht Professor

Zoppke.

Die Neuentwicklung bietet mit einem Gewicht von unter 550 Kilogramm, nahtloser Leichtbauweise und integrierten Sicherheitskonzepten, einschließlich einer Karosserie aus Faserverbundwerkstoffen und der von Carlex gefertigten Windschutzscheibe eine Kapazität für vier Personen. Darüber hinaus erfüllt das Fahrzeug alle gesetzlichen Anforderungen, einschließlich der Crashsicherheit, und wird für eine mögliche Serienproduktion entwickelt. Das fertige Auto soll im Jahr 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt werden und eine reale Reichweite von täglich 100 Kilometern haben, was für den örtlichen Nahverkehr ausreichend ist.

„Hoch effiziente Methoden der Gewichtsreduktion erreicht man nicht durch exotisch teure Werkstoffe, sondern durch intelligente Leichtbauweise“, unterstreicht Zoppke.

Zurzeit wird die leichteste Windschutzscheibe der Welt der Zertifizierungsbehörde in den Vereinigten Staaten zur Homologation unterbreitet. Bei Carlex in Grevenmacher rechnet man damit, dass sie in wenigen Wochen in Serienproduktion gehen kann.

Leichtes Glas von Carlex

Automobilzulieferer entwickelt gewichtsreduzierte Windschutzscheibe - Einsatz für an der Universität Trier entwickelten Prototyp mit E-Antrieb - auch andere Hersteller interessiert

GREVENMACHER
CORDELIA CHATON

Der Grevenmacher Automobilzulieferer Carlex hat eine besonders leichte Windschutzscheibe entwickelt, die gestern erstmals vorgestellt wurde. Damit verbunden war eine offizielle Übergabe an Prof. Hartmut Zoppke von der Hochschule Trier, der mit seinen Studenten an einem besonders leichten Stadtfahrzeug arbeitet, das mit einem E-Antrieb läuft. Damit die Batterie möglichst lange reicht, ist es wichtig, dass das Fahrzeug (siehe Kasten) wenig wiegt. Zur Zeit läuft die Zertifizierung der Scheibe in den USA. „Wir hoffen, dass wir sie Ende 2020 einbauen können“, sagte Prof. Zoppke. Neben ihm sind bereits auch andere Hersteller wie beispielsweise Lamborghini an der ultraleichten Windschutzscheibe interessiert. Denn alle Hersteller, die E-Modelle fertigen, stehen vor der Herausforderung, dass sie entweder große Akkus brauchen oder das Auto besonders leicht fertigen müssen - immer unter Einhaltung geltender Auflagen.

Carlex hat eine Scheibe entwickelt, die 2,6 mm Dicke und ein Gewicht pro Quadratmeter von 5,4 kg aufweist. Zum Vergleich: Herkömmliche Scheiben kommen auf 10,1 kg pro Quadratmeter. Die Scheibe besteht - wie branchenüblich - aus so genanntem Verbundglas, das heißt, es werden zwei verschiedene Scheiben mit einer Folie dazwischen zusammengefügt. Die Herausforderung liegt darin, die Steifigkeit ebenso wie die akustischen Eigenschaften zu sichern.

Zur Zusammenarbeit zwischen Carlex und der Hochschule Trier war es vor rund drei Jahren gekommen. Damals las Tobias Hinterwimmer in der Trierer Tagespresse

„Eine besondere Herausforderung war die Heizfunktion der Scheibe“

TOBIAS HINTERWIMMER, Qualitätsmanager Carlex

vom Projekt der Hochschule, ein besonders leichtes Stadtfahrzeug für vier Personen herzustellen. Als Qualitätsmanager bei Carlex kam Hinterwimmer die Idee, dass eine ultraleichte Windschutzscheibe dafür nützlich sein könnte. Er kontaktierte die Hochschule. Nach über 60 getesteten Glasaufbauten sowie Tests zur Impaktbeständigkeit, Reinigungsfähigkeit und weiteren Aspekten stand das gestern präsentierte Produkt. Jetzt sind beide stolz auf den Prototyp der leichtesten Windschutzscheibe weltweit.

Carlex Grevenmacher hat bereits seit 2016 Erfahrung mit Leichtbauverglasung für Kraftfahrzeuge. „Eine besondere Herausforderung war die Heizfunktion der Scheibe“, erklärt Hinterwimmer. Schließlich ließe sich bei einem E-Antrieb keine Restwärme des Motors für Enteisungs- oder Abtaufunktionen nutzen. Außerdem müsse ein Beschlagen verhindert werden. Carlex gelang es, eine Drahtheizung in die Scheibe einzubauen. Die neue Windschutzscheibe wird in Grevenmacher gebogen und laminiert. Im Werk mit rund 600 Mitarbeitern werden sowohl Front- als auch Heckscheiben für Automobilhersteller gefertigt.

Ultraleichte Scheiben werden angesichts des politischen Drucks auf die Automobilindustrie, E-Antriebsfahrzeuge herzustellen, auch von anderen Autoproduzenten nachgefragt. „Uns war schnell klar, das wir mitmachen wollen“, berichtet Holger Müller, Leiter des Programm-Managements bei Carlex. Allerdings sind ultraleichte Scheiben nicht unbegrenzt einsetzbar. Carlex geht davon aus, dass bei Fahrzeugen mit solchen Scheiben eine Geschwindigkeit von 200 km/h nicht überschritten werden sollte. ●

ZUM UNTERNEHMEN CARLEX

Carlex Grevenmacher ist seit 2014 eine Tochter der japanischen Central Glass aus Tokio, die weltweit rund 7.000 Mitarbeiter beschäftigt und in Glas und Chemie stark ist. Zuvor gehörte das Werk zur Guardian. Der börsennotierte Konzern Central Glass wurde 1936 gegründet. Er verfügt über Werke und Präsenzen in Nordamerika, Asien und Europa. In Grevenmacher stellen rund 600 Mitarbeiter Heck- und Frontscheiben her. Zu den Kunden zählen VW, Rolls Royce, BMW, PSA, Ford, Lamborghini oder Opel. Das Unternehmen sucht derzeit Mitarbeiter für die Fertigung und die Verwaltung und bietet auch Plätze für Praktikanten an.

🌐 www.carlex.lu

ZUM AUTO-PROTOTYP proTRon

Das Lehrprojekt „proTRon Evolution“ an der Hochschule Trier ging aus der Teilnahme einer Gruppe von Studierenden unter Prof. Hartmut Zoppke am Shell Eco-Marathon voraus, der vorsieht, mit einem Liter Kraftstoff eine möglichst lange Strecke mit wenig Schadstoffausstoß zurückzulegen. Daraus entstand das Projekt eines viersitzigen Stadtfahrzeugs mit E-Antrieb, einer Reichweite von 100 km und 80 km/h Höchstgeschwindigkeit. Das von rund 60 Studierenden entwickelte Fahrzeug in Leichtbauweise soll etwa 550 kg wiegen und sehr günstig sein. 2021 soll es der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Transports / Mobilité - Commerce / Industrie / Artisanat

Der Zug rollt

Luxemburg und China verstärken Kooperation im Bereich des Schienentransports

Chengdu/Dujiangyan. Automobilbauteile; Elektronik, Textilien und Konsumgüter – diese Fracht ist am Samstagmittag vom chinesischen Chengdu per Zug losgefahren. Das Ziel: das Intermodalterminal in Bettemburg/Düdelingen. Dabei handelt es sich um den ersten Güterzug, der die Strecke von 10 000 Kilometer zwischen Chengdu und Bettemburg innerhalb von zwei Wochen zurücklegen wird. Transportminister François Bausch war in die chinesi-

sche Millionenstadt gereist, um den Startschuss zu geben.

Neben dem Schienentransport ist aber auch der Luftverkehr in den Fokus der Arbeitsvisite gerückt: Angaben des Ministers zufolge will die Stadt Chengdu mit Luxemburg im Bereich Luftfracht zusammenarbeiten. Seinen Aufenthalt in China nutzte Bausch zudem, um einem Aufzuchtzentrum für Pandabären einen Besuch abzustatten. mbb

Luxemburger Wort du 21.10.2019 / page 1

Transports / Mobilité - Commerce / Industrie / Artisanat
Drei Fragen an

Barbara Chevalier ist Direktorin für Strategie und Geschäftsentwicklung bei CFL Multimodal. Sie ist für die Verhandlungen um den Zug zwischen Luxemburg und China zuständig.

1. Barbara Chevalier, nach dem Startschuss des ersten direkten Containerzuges von Bettemburg nach Chengdu im April sollte eine regelmäßige Zugverbindung zwischen den beiden Städten schon im Sommer angeboten werden. Warum ist es zu einer Verspätung gekommen?

Unsere Partner in China haben sich zunächst für einen neuen Test-Zug entschieden – dieses Mal aber von China nach Luxemburg. Damit wollen sie sicher gehen, dass Nachfrage besteht. Denn klar ist: Damit sich die Verbindung wirtschaftlich lohnt, benötigt es Ladung in beide Richtungen. Es ist also ein gutes Zeichen, dass unsere Partner in China einen neuen Testzug vorgeschlagen haben. Wir hatten uns zwar als Ziel den Sommer gesetzt, aber ein festes Datum bestand damals auch noch nicht.

2. Weitere Städte in Luxemburgs direkter Nachbarschaft arbeiten auch an einer direkten Zugverbindung nach China. Glauben Sie nicht, dass es zu spät für Luxemburg sein könnte?

Wir stehen tatsächlich im harten Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Städten. Es gibt ja auch bereits direkte Verbindungen mit Duisburg oder Hamburg beispielsweise. Und weitere Testzüge zwischen Europa und China werden immer wieder organisiert. Wir haben aber nun die Gelegenheit, uns hier ein neues Mal mit unserem Partner auszutauschen; damit lernen wir uns

besser kennen und können ein Vertrauensverhältnis aufbauen. Die Diskussionen laufen ständig weiter.

3. Ist es schon möglich, einen neuen Termin für die regelmäßige Verbindung zwischen dem Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen und dem Güterbahnhof in Chengdu festzulegen?

Nein, wir sind auf die Partner in China angewiesen. Die endgültige Entscheidung liegt in ihren Händen.

Interview: Mara Bilo

Luxemburger Wort du 21.10.2019 / page 10

10 000 Kilometer bis zum Ziel

Der erste direkte Güterzug von China nach Luxemburg ist unterwegs

Von Mara Bilo (Chengdu)

15.54 Uhr. Am Güterbahnhof der chinesischen Millionenstadt Chengdu kommt ein Zug langsam ins Rollen. Eine lange Reise steht an: Quer durch Asien und Europa werden die auf die Schienen gebrachten Waggons in den nächsten zwei Wochen 10 000 Kilometer zurücklegen müssen. Mit einem Ziel: das Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen.

Am Samstagnachmittag ist in China ein direkter Güterzug von Chengdu nach Bettemburg gestartet – beladen mit Automobilteilen, Elektronik, Textilien und Konsumgütern. Es handelt sich dabei um ein Test-Zug; die Betreibergesellschaft der „Chengdu Qingbaijiang Railway Freight Station“ will damit testen, ob eine Direktverbindung mit Luxemburg wirtschaftlich interessant ist.

Schon seit Monaten steht eine direkte Zugverbindung zwischen Luxemburg und China zur Diskussion. Ein erster Test-Zug von Luxemburg nach China war im April vom Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen gestartet. Ziel war ebenfalls, die Nachfrage für den Güterverkehr nach China in Luxemburg zu testen. Der Schienentransport ist für den Transport von Waren interessanter als andere Verkehrswege – preisgünstiger als das Flugzeug, schneller als das Frachtschiff.

Vor einem Jahr hatte die Betreibergesellschaft des Güterbahnhofes in Chengdu, der „Chengdu International Railway Service“ (CDIRS), Interesse am Standort Luxemburg angekündigt. Die chinesische Millionenstadt ist zu einem Startpunkt der „Neuen Seidenstraße“ geworden und sucht derzeit nach neuen Partnern in Europa, um ihre Handelswege auszubauen. „Luxemburg befindet sich in Europa an einer zentralen Stelle“, erklärte Transportminister François Bausch am Samstag, der beim Startschuss für den ersten direkten Containerzug von China nach Luxemburg dabei war, „wir können in Bettemburg gelieferte Ware in ganz Europa in kurzer Zeit zustellen.“ Kundenpotenzial besteht vor allem im Süden Europas, wo die CFL-Gruppe bereits tätig ist.

Langfristig ist das Ziel, eine regelmäßige Zugverbindung zwischen Luxemburg und China einzurichten. Im April hieß es, die Verbindung könnte schon im Sommer 2019 Realität werden. Die Betreibergesellschaft des Güterbahnhofes in Chengdu hat jedoch noch keine endgültige Entscheidung getroffen; derzeit laufen die Diskussionen weiter, wie Barbara Chevalier von der CFL-Gruppe erklärt.

Der Güterbahnhof in Chengdu

Ob die schiere Größe, das starke Wachstum oder die umfangreichen Frachtmengen – der Güterbahnhof in Chengdu steht beispielhaft für

die rasante Entwicklung Chinas. In wenigen Jahren hat sich die „Chengdu Qingbaijiang Railway Freight Station“ zu einer Drehscheibe für den internationalen Warenverkehr entwickelt: Wenn 2013 nur 31 Güterzüge von Chengdu abgefahren sind, waren es im vergangenen Jahr mehr als 2 600 – davon 1 591 nach Europa. Angaben des Betreibers „Chengdu International Railway Service“ (CDIRS) zufolge ist der Güterbahnhof in Chengdu damit der Bahnhof mit den meisten Zugverbindungen nach Europa. Laut Transportministerium sind 2018 insgesamt 6 300 Güterzüge zwischen China und Europa gefahren, im Jahr davor waren es 3 600. Für das laufende Jahr werden mehr als 8 000 Züge erwartet. Der Güterbahnhof in Chengdu ist Teil der „One Belt, One Road“-Initiative der chinesischen Regierung. Dabei handelt es sich um ein Infrastrukturprojekt, das darauf abzielt, Handelswege entlang der alten Seidenstraße zu schaffen. Das Projekt ist auch unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ bekannt. Von Chengdu aus laufen bereits sieben verschiedene Eisenbahnwege über Asien nach Europa. Die meisten Züge fahren nach Tilburg (Niederlande), Lodz (Polen) und Nürnberg (Deutschland). Weitere Verbindungen stehen zur Diskussion; insgesamt ist der Bahnhof in Chengdu mit rund 25 ausländischen Städten verbunden. Angaben des Betreibers des Güterbahnhofes zufolge haben bereits mehr als 30 Länder, die sich entlang der „Neuen Seidenstraße“ befinden, Kooperationsabkommen mit China abgeschlossen – darunter Luxemburg, eines der ersten Länder der Europäischen Union, das sich für eine Zusammenarbeit entschieden hat. *mbb*

Vertiefte Kooperation

Cargolux zieht neues Ziel in China in Erwägung

Chengdu. Neben dem Schienentransport ist auch der Luftverkehr im Zentrum der Arbeitsvisite von Minister François Bausch in China in den Fokus gerückt: Bei einem Treffen mit der Presse vor der Abfahrt am heutigen Montag hat der Transportminister auf die verstärkte Kooperation zwischen China und Luxemburg im Luftverkehr hingewiesen. „Die Stadt Chengdu hat Interesse daran, mit Luxemburg im Bereich Luftfracht zu arbeiten“, so Bausch.

Am heutigen Morgen will sich der Minister mit der Vize-Bürgermeisterin der Stadt Chengdu Liu Xiaoliu und Vertretern des Flughafens von Chengdu treffen. Auf luxemburgischer Seite ist Cargolux-Chef Richard Forson dabei sowie Tom Weisgerber, Verwaltungsratspräsident, und Vertreter

der luxemburgischen Regierung im Verwaltungsrat der Flughafen-gesellschaft lux-Airport.

Die Millionenstadt Chengdu könnte damit das nächste Ziel in China der nationalen Frachtflug-gesellschaft sein. Cargolux ist im Reich der Mitte schon seit den 1970er-Jahren vertreten. Die Firma fliegt derzeit vier Städte in Festland-China an: Peking, Shanghai, Zhengzhou und Xiamen. Dazu kommen noch Taipei und Hongkong. Cargolux bietet derzeit mehr als 45 Flüge pro Woche in das Reich der Mitte an.

Zweiter Flughafen im Bau

Für das Ziel Chengdu spricht, dass die Stadt sich rasant entwickelt und für den Güterverkehr an Bedeutung zunimmt. Und: Derzeit wird in der „Tianfu New Area“ ne-

Chengdu hat Interesse daran, mit Luxemburg im Bereich Luftfracht zu arbeiten.

François Bausch

ben Chengdu ein zweiter Flughafen gebaut, dessen Betrieb voraussichtlich im Jahr 2021 aufgenommen wird.

„Das derzeit geltende Abkommen zwischen Luxemburg und China sieht vor, dass Cargolux noch zwei weitere Städte in China anfliegen kann“, erklärt Tom Weisgerber. In Wuhan hatten am Freitag schon Gespräche mit Vertretern des dortigen Flughafens stattgefunden – „Wuhan könnte in der Zukunft auch ein mögliches Ziel für Cargolux sein“, so Transportminister Bausch. *mbb*



Blick in die gemeinsame Zukunft: Transportminister François Bausch (Mitte links) und die Vizebürgermeisterin der Stadt Chengdu, Liu Xiaoliu (Mitte rechts), beim Startschuss für den ersten direkten Zug von China nach Luxemburg.

NEWS

Rheinland-Pfalz-Luxemburg: Neue Zugverbindungen

TRIER/LUXEMBURG Zehntausende Menschen pendeln täglich zwischen der Region Trier und dem Großherzogtum Luxemburg. Für sie gibt es bald mehr Reiseangebote. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember werde eine neue grenzüberschreitende Zugverbindung eingeführt, teilte das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium mit. Die Regionalbahn werde über den Hauptbahnhof Trier nach Luxemburg rollen. Auch in die Gegenrichtung gibt es Neuerungen im Fahrplan. Reisende können ab Dezember zwischen 6.00 und 20.00 einmal pro Stunde in einen Zug von Luxemburg nach Wittlich steigen, wie das Verkehrsministerium des Großherzogtums mitteilte. Die Linie halte an allen Stationen zwischen den Städten und verkehre von montags bis samstags. Ein anderes Verkehrsprojekt wird noch wesentlich länger dauern: die Reaktivierung der sogenannten Westtrasse Trier. Bisher verkehren auf der Strecke nur Güterzüge. Personenzüge könnten

nach aktuellem Planungsstand dem rheinland-pfälzischen Verkehrsministerium zufolge ab Herbst 2024 wieder rollen. Die neuen Linien sollen dann beispielsweise Wittlich, Schweich und Trier mit Luxemburg verbinden. „Die Reaktivierung der Weststrecke ist ein Großprojekt und befindet sich aktuell im Planfeststellungsverfahren.“ Nicht nur die Schieneninfrastruktur müsse fit gemacht werden. Geplant sei auch der Neubau von mehreren Bahnstationen in Trier.

Luxemburg ist ein Pendlerland. Allein aus der Region Trier fahren täglich rund 21.000 Menschen nach Luxemburg, teilte der Landesbetrieb Mobilität in Koblenz mit. DPA/LRS



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Literarischer Reichtum

Mehr Visibilität für Luxemburg als Literaturland bei der Frankfurter Buchmesse

FRANKFURT/MAIN
SIM/DPA

Mit hohem Besuch aus dem Gastland Norwegen ist am Dienstag die 71. Frankfurter Buchmesse eröffnet worden. An der Zeremonie nahmen Norwegens Kronprinzenpaar Mette-Marit und Haakon sowie die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg teil. Seit gestern sind die Hallen nun für das Fachpublikum geöffnet. 7.450 Aussteller aus über 100 Ländern sind vor Ort. Am Samstag und Sonntag ist die weltgrößte Bücherschau dann auch für Privatbesucher zugänglich.

Erweiterung des Erzählens

Ein Schwerpunktthema der 71. Buchmesse ist die Erweiterung des Erzählens. Bewegte Bilder bekommen mehr Raum, virtuelle Realität und künstliche Intelligenz werden erstmals breiter behandelt. Ein weiterer Trend sind Audio-Produkte. Erstmals hat die Messe für Hörbücher oder Podcasts einen eigenen Bereich geschaffen.

Auch Luxemburg ist mit einem großen Stand (64 m²) und einem interessanten Programm unter dem Thema „Reading Luxembourg“ in Frankfurt vertreten. Neun nationale Verlagshäuser sind vor Ort (Black Fountain Press, Capybarabooks, Editions Gérard Klopp, Editions Guy Binsfeld, Editions Phi, Editions Saint-Paul, Hyde Editions, Kremart Edition und Op der Lay). Mehr als 170 Werke werden präsentiert, um den luxemburgischen Buchsektor einem internationalen Publikum bekannt zu machen.

Bemühungen um mehr Sichtbarkeit verstärken

Gestern Nachmittag wurde der Luxemburger Stand in Anwesenheit von Kulturministerin Sam Tanson offiziell eingeweiht. „Über das Programm ‚Reading Luxembourg‘ tragen wir zur internationalen Visibilität Luxemburgs als Literaturland bei“, unterstrich sie in ihrer Rede. „Das breite Spektrum exzellenter Werke, die in Luxemburg produziert werden, verdient es anerkannt und im Ausland verbreitet zu werden. Ab 2020 werden wir unsere Präsenz bei anderen internationalen Messen, wie dem ‚Salon du Livre‘ in Paris oder dem ‚Marché de la poésie‘ ebenfalls in Paris, ausbauen. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um unseren literarischen Reichtum mit dem Rest der Welt zu teilen“, versprach die Ministerin.

Der nationale Stand besteht aus einem Business-Bereich, um die Verleger zu fördern und die prämierten Bücher und Übersetzungen in die Vitrine zu stellen, sowie einem „ReadingLX“-Bereich, der für Buchvorstellungen über Luxemburg, seine Kultur und seine Literatur reserviert ist. Im Anschluss an die offizielle Eröffnung wurde bei einem Rundtischgespräch

über das Thema „Podium - Literatur aus Luxemburg“ diskutiert.

Das Programm „Reading Luxembourg“ wurde derweil letztes Jahr, als Luxemburg nach mehrjähriger Abwesenheit erstmals wieder mit einem kleinen Stand zur Buchmesse zu-

rückkehrte, vom Kulturministerium in Zusammenarbeit mit der „Agence luxembourgeoise d’action culturelle“ (alac) auf die Beine gestellt und für den diesjährigen Auftritt nun deutlich ausgebaut.

Weitere Details unter www.readingluxembourg.lu und www.buchmesse.de

„Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um unseren literarischen Reichtum mit dem Rest der Welt zu teilen“

SAM TANSON, Kulturministerin

Luxemburg mit 170 Buchtiteln in Frankfurt

Insgesamt 170 Titel vom Kinderbuch über den Roman bis zum Wanderführer sollen die Fachwelt begeistern: Nach dem Neustart auf dem Branchentreff im vergangenen Jahr wird der Luxemburger Stand (B 1) in Halle 4.1. größer und neu konzeptioniert – die Erfahrungen aus dem Jahr 2018 sollen einen fokussierten Auftritt ermöglichen. Marc Rettel, Koordinator für den diesjährigen Frankfurter Buchmessenauftritt, unter dem

Motto „Reading Luxembourg“ ganz im Nation-Branding-Design, sorgt, mit der Berliner Literaturspezialistin Ulrike Ostermeyer, für die Begleitung der Verleger, Autoren und Branchenspezialisten – vorbereitendes Netzwerken im Vorfeld inklusive. Der Saal in der Berliner Botschaft Luxemburgs für das sogenannte Kick-off-Meeting Anfang Oktober sei voll gewesen, das Interesse für die Präsenz in Frankfurt wachse. Das Thema „Mehrspra-

chigkeit“ sei für Luxemburger vielleicht ein alter Hut, es habe aber das besondere Interesse bei den deutschen Brancheninsidern geweckt – auch weil es den Hauch des „Exotischen“ habe. Die österreichische Literaturzeitschrift „Podium“ hat im September ein Länderheft mit dem Schwerpunkt auf Luxemburg vorgelegt, das einen breiten Überblick über das aktuelle Schaffen ermöglicht. Neben dem Luxemburger Stand und dem dort vorgesehenen Programm wird es zwei weitere Vorstellungen mit Luxemburger Protagonisten geben, wie Marc Rettel sagt:

Auf dem mazedonischen Stand soll Jean Back aus seinem Werk, das übersetzt wurde, lesen. Zudem wird Boris Loders Bildband zu seinem Fotoprojekt „Particles“ auf dem Stand des Kehrer Verlags präsentiert werden. Ob die Initiative „Reading Luxembourg“ über die Frankfurt-Präsenz hinauswächst? „Neue Messebeteiligungen prüfen wir, entschieden ist aber noch nichts“, so Rettel. „Erst werden wir Bilanz nach Frankfurt ziehen.“ *dco*

► www.readingluxembourg.lu

Ein neues Kapitel

Eröffnung der Nationalbibliothek in Kirchberg - ein modernes Haus der Bildung, der Kultur und des Wissens

Von Marc Thill

Die neue Nationalbibliothek in Kirchberg macht den Wandel deutlich, den Luxemburg derzeit durchlebt und der auch bei der Eröffnung in allen Reden auftaucht.

Monique Kieffer, Direktorin der Nationalbibliothek, erwähnte den Paradigmenwechsel - weg von der ehemaligen Magazinbibliothek, hin zu den offenen und frei zugänglichen Bücherschränken und Regalen. Dabei betonte die Direktorin, ihre Institution mit 21 000 eingeschriebenen Nutzern sei nicht allein den Eliten vorbehalten, sie richte sich an alle Bewohner dieses multikulturellen Landes.

Die fast endlosen Debatten, die es gebraucht hat, bis der erste Spatenstich im Jahr 2014 stattfinden konnte, erklärte die Direktorin da-

mit, dass die wertvolle und ebenso mühsame Arbeit einer Nationalbibliothek, das Sammeln, Aufbewahren, Anreichern und Anbieten von dokumentarischem Wissen, nach Außen hin nur sehr schwer vermittelbar sei. In einer Gesellschaft, die eher auf das Spektakuläre und Auffällige als auf das Tiefgründige blicke, sei es nicht einfach, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit solcher hoher Investitionen in das Wissen zu überzeugen.

Neben Vertretern von elf Nationalbibliotheken, darunter die französische, die deutsche, die belgische, die schweizerische und die niederländische, war auch der Direktor der British Library, Roly Keating, präsent. Er ist zugleich auch Vorsitzender der „Confé-

rence of European National Librarians“ und sprach daher als Gastredner über den digitalen Wandel. „Wir leben in einer hybriden Welt, in der sich das Digitale und das Physische die Waage halten“, meinte er und fügte hinzu, „je digitaler die Welt wird, je länger wird auch die Warteschlange vor jeder Bibliothek.“

Kulturministerin Sam Tanson betonte in ihrer Ansprache mehrmals, dass das geschriebene Wort nicht tot sei. Gerade im Zeitalter von Fake News sei eine Nationalbibliothek ein Garant für Wissen und Wahrheit. Mit der neuen Kirchberger Institution eröffne sich auch ein neues Kapitel der Luxemburger Kulturpolitik.

Bautenminister François Bausch sprach einen letzten Wandel an,

den sich die Politik für den Kirchberg herbeiwünscht. „Damit endlich Leben in den Kirchberg komme“, meinte er und verwies auf das sich permanent wandelnde Stadtbild.

● *Diese Bibliothek*
● *ist nicht nur einer Elite vorbehalten, sie richtet sich an alle Bewohner eines multikulturellen Landes.*

Monique Kieffer, Direktorin der Nationalbibliothek



Karlsstadt im Ausnahmezustand

Die 35. REEL lockt 120 Studenten nach Aachen

Von Marc Hoscheid

Aachen. „REEL zu Oochen, lauter Katastrophen“, so heißt es im Refrain des Liedes zur diesjährigen Réunion européenne des étudiants luxembourgeois (REEL), ob diese kritische Einschätzung der Teilnehmer durch Texterin Annick Maller allerdings ganz ernst gemeint ist, darf zumindest bezweifelt werden. Die Studenten störten sich auf jeden Fall nicht daran, und so wurde das Lied mit der vom Fausti-Klassiker „Zwou Bulle Mokka“ entliehenen Melodie gleich mehrfach geschmettert. Über die Tatsache, dass nicht jeder Ton saß, wurde elegant hinweggesehen. Vom 3. bis zum 6. Oktober fand die Versammlung

der luxemburgischen Studentenverbindungen im nordrhein-westfälischen Aachen statt und zog rund 120 junge Akademiker in die frühere Kaiserstadt.

Während es am Donnerstag um den Austausch mit den Partnerunternehmen der ACEL ging, standen am Freitag Besichtigungen diverser Unternehmen, Workshops und eine Rallye durch die Stadt auf dem Programm. Bevor die Versammlung am Sonntag etwas gemüthlicher ausklang, gab es am Samstag unter anderem ein Rundtischgespräch mit Vertretern von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Dies zum Thema der diesjährigen REEL, das „Auswirkungen des wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Drucks auf den akademischen Werdegang“ lautete.

Bereits am Samstagmorgen hatte sich Bildungsminister Claude Meisch (DP) mit einer Rede an die Studenten gewandt. Bei der anschließenden Fragerunde zeigten diese sich durchaus kritisch in Bezug auf die schulische Orientierung junger Menschen. Mehrfach wurde zudem angemahnt, dass nicht jeder studieren könne und auch nicht akademische Berufe, vor allem aus dem handwerklichen Bereich benötigt würden. Letzteres kam so oft zur Sprache, dass Meisch sich scherzhaft darüber wunderte, „in einem Raum mit lauter verhinderten Handwerkern“ gelandet zu sein.

Auch Premierminister Xavier Bettel (DP) hatte es sich nicht nehmen lassen, der REEL einen kurzen Besuch abzustatten. In seiner Ansprache im Rathaus unterstrich er die Wichtigkeit der jungen Menschen und ihrer Ausbildung für die Zukunft des Landes.

Enge Bande

Dreimal geht der Karlspreis nach Luxemburg

Weltweit ist der Name der rund 250 000 Einwohner zählenden Stadt Aachen ein Begriff. Dies wohl in erster Linie wegen des Karlspreises. Diese nach dem früheren König des Frankenreichs benannte Auszeichnung wird seit 1950 jedes Jahr an eine Person verliehen, die sich um Europa verdient ge-

macht hat.

Dreimal kam der Preisträger aus dem Großherzogtum. 1960 respektive 2006 erhielten die früheren CSV-Premierminister Joseph Bech und Jean-Claude Juncker die Auszeichnung. 1986 ging der Preis gar an das gesamte luxemburgische Volk, dies für seine Beharr-

lichkeit auf dem Weg zur Einheit Europas.

Als Studentenstadt ist Aachen unter Luxemburgern schon seit Jahrzehnten extrem beliebt. Von den auf mehrere Bildungseinrichtungen verteilten rund 55 000 Studierenden kommen zwischen 400 und 500 aus dem Großherzogtum, und somit mehr als beispielsweise aus Belgien oder den Niederlanden. *MaH*

Unter einem Dach

Die ACEL gibt den luxemburgischen Studentenvertretungen eine Stimme

Seit mittlerweile 35 Jahren ist die Association des cercles d'étudiants luxembourgeois (ACEL) das Sprachrohr der luxemburgischen Studenten. Sie vereint 40 Studentenverbindungen, deren 10 000 Mitglieder hauptsächlich in Mitteleuropa, aber auch in Nordamerika ihre Ausbildung absolvieren.

Ihre Hauptaufgabe besteht in der Information der aktuellen und zukünftigen Studenten. Darüber hinaus tritt sie für die Rechte der Studierenden ein und steht deswegen im regelmäßigen Austausch mit den zuständigen Ministerien.

Gegründet wurde die ACEL vor

35 Jahren von einer Handvoll motivierter Studenten im Rahmen der ersten REEL, die damals in Karlsruhe organisiert wurde. Seitdem treffen sich die Studentenverbindungen jedes Jahr in einer anderen europäischen Stadt. Da einige Verbindungen aufgrund ihrer

überschaubaren Größe eine Mammutveranstaltung wie die REEL nur schwer oder gar nicht organisieren können, waren manche Städte bereits mehrfach Austragungsort. So war es beispielsweise bereits die vierte REEL, die in Aachen über die Bühne ging. Zum Organisationsteam rund um Annick Hoffmann, Präsidentin des akademischen Vereins für Luxemburger (AVL) gehörten nicht weniger als 30 Personen an. *MaH*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Erinnerung und Mahnung

Großherzogtum gedenkt der luxemburgischen Opfer des Zweiten Weltkriegs

Von Raymond Schmit

Luxemburg. Der Zweite Weltkrieg ist seit fast 75 Jahren vorbei. Die Opfer sind nicht vergessen. Denn alljährlich erinnert sich Luxemburg im Oktober am nationalen Gedenktag an die Kriegsoffer. Die diesjährige offizielle Feier wurde gestern in der Hauptstadt abgehalten. Sie stand unter besonderen Vorzeichen, denn es ist rund 75 Jahre her, dass das Land nach mehr als vier Jahren der Unterdrückung durch die nationalsozialistischen Machthaber von alliierten Streitkräften befreit wurde.

Die Waffenruhe in Luxemburg war aber brüchig. Denn am 16. Dezember 1944 begann mit der Ardennenoffensive das letzte Aufbäumen Hitlers an der Westfront. Wieder rollte der Krieg über den Norden des Landes. Erst Ende Januar 1945 war das Großherzogtum nach verlustreichen Kämpfen, die etwa 20 000 US-Soldaten das Leben gekostet hatten, definitiv frei. Die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts endet am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands.

Personenstandsaufnahme am Ursprung

Der nationale Gedenktag geht auf den 10. Oktober 1941 zurück. Damals wollten die Deutschen im besetzten Luxemburg eine sogenannte Personenstandsaufnahme durchführen. Im Rahmen der landesweiten Volksbefragung sollten sich die Einwohner des Großherzogtums zum Deutschum und zur deutschen Sprache bekennen. Das Vorhaben endete in einem Fiasko für die Nazis.

Nicht zuletzt dank der Aufklärungsarbeit der Widerstandsorganisationen bekannte sich nämlich eine überwältigende Mehrheit von mehr als 96 Prozent der Bevölke-

rung zum Luxemburgischen. Da dieses Ergebnis einer Niederlage gleichgekommen wäre, blies Gauleiter Gustav Simon die Aktion ab, bevor das Endergebnis vorlag.

Der nationale Gedenktag wurde 1946, ein Jahr nach dem Kriegsende, eingeführt. An jenem Tag erinnert sich Luxemburg an die Einwohner, die während der Nazibesatzung im Widerstand aktiv waren, in Gefängnisse oder Konzentrationslager verschleppt wurden, umgesiedelt oder völkerrechtswidrig in die Wehrmachtuniform gezwungen wurden.

Bei der Gedenkfeier wurde nicht nur zurückgeblickt, sondern in verschiedenen Ansprachen dazu aufgefordert, unter anderem von Premierminister Xavier Bettel, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Angesichts der Anschläge von Rechtsextremisten in jüngster Vergangenheit erging der Appell, sich gegen das Wiederaufflammen von nationalsozialistischem Gedankengut zu wehren und Werte wie Demokratie und die Menschenrechte zu verteidigen.

Der Erinnerungstag begann mit einem Gottesdienst, der in der Kathedrale in Anwesenheit von Großherzog Henri von Weihbischof Leo Wagener gefeiert wurde. Zum Beginn der Messe erinnerte Wagener an die Befreiung der Stadt Luxemburg vor 75 Jahren. Er wies darauf hin, dass am 10. September 1944 auch Prinz Felix und Prinz Jean mit den amerikanischen Streitkräften in die Hauptstadt einzogen. Damit habe der damalige Erbgroßherzog ein Beispiel für Mut und Gradlinigkeit gegeben. Der Weihbischof hob weiter hervor, dass in den Kriegsjahren viele Luxemburger bereit waren, ihr Leben für die Heimat und demokratische Prinzipien, die heute oft als selbstverständlich

angesehen würden, zu opfern. Ihnen müssten wir dankbar sein und das auch weiterhin bleiben, betonte Leo Wagener. Und er fügte hinzu: „Wir verneigen uns vor dieser Leistung.“

Großherzog entzündet Flamme der Erinnerung

Nach der kirchlichen Feier fand eine Gedenkzeremonie beim nationalen Solidaritätsdenkmal auf dem Kanounenhiwwel statt. Dort legte Großherzog Henri im Beisein von Parlamentspräsident Fernand Etgen, Premierminister Xavier Bettel, Verteidigungsminister François Bausch, dem Schöffen der Stadt Luxemburg Serge Wilmes, und General Alain Duschène, Armeekommandant, einen Kranz nieder und entzündete die Gedenkflamme.

An die Kriegsoffer wurde auch am Denkmal für die Opfer der Shoah, bei der Gëlle Fra und beim Hinzertter Kreuz auf dem Liebfrauenfriedhof erinnert. Blumen wurden niedergelegt von Parlamentspräsident Fernand Etgen, Premierminister Xavier Bettel, Schöffe Serge Wilmes und Albert Aflalo, Präsident des israelitischen Konsistoriums. Zum Abschluss segneten Weihbischof Leo Wagener, Großrabbiner Alain Nacache und Volker Strauß, Pastor der evangelischen Kirche, die Grabstätte beim Hinzertter Kreuz.

Eine weitere Erinnerungsfeier fand am Nachmittag im Trifolion in Echternach statt. Dort erinnerten Parlamentspräsident Fernand Etgen, Premierminister Xavier Bettel, Bürgermeister Yves Wengler und Guy Dockendorf, Präsident des „Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale“, an die Kriegsergebnisse.

KOPF DES TAGES

Hebel der Macht

Jean-Claude Hollerich wird Luxemburgs erster Kardinal

„Ich werde Jesuit. Und gehe nach Asien.“ Schon mit 15 Jahren wusste der damalige Schüler des klassischen Lyzeums in Diekirch, wo Beruf und Berufung ihn hinführen würden. Das Erzbistum, das er seit 2011 betreut und die am 1. September 2019 erfolgte Ernennung zum ersten luxemburgischen Kardinal hatte er allerdings nicht vorausgesagt. Am Samstag wird er in Rom von Papst Franziskus zum Kardinal ernannt.

Der Ernennung von Jean-Claude Hollerich waren seinerzeit viele Spekulationen vorausgegangen. Er sei zu weit vom luxemburgischen Alltag weg, wurde ihm vorgeworfen. Auch seine Zugehörigkeit zum Jesuitenorden bereitete Kopfzerbrechen.

Er war allerdings der Lieblingskandidat der Regierung gewesen, allen voran des gleichaltrigen Jean-Claude Juncker, der ihn aus der gemeinsamen Schulzeit im belgischen Clairefontaine kannte. Im Gespräch waren seinerzeit auch Erny Gillen, Georges Hellinghausen, Jean-Jacques Flam-

mang oder Camille Perl gewesen.

Nicht geplant war allerdings, dass der neue Erzbischof von Kultusminister Xavier Bettel den Auftrag der Trennung von Kirche und Staat bekommen würde. Was ihm nicht zuletzt die Feindschaft gewisser Kirchenkreise einbrachte, als er der Einsetzung eines Kirchenfonds zustimmte, der sich um die Besitztümer der katholischen Kirche kümmert.

Der am 9. August 1958 in Differdingen geborene Hollerich hat seine Kindheit in der Minettestadt und seine Jugend in Vianen verbracht, wo sein Vater als Ingenieur bei der SEO arbeitete. Heute verbringt er seine Ferien in der Algarve, wo er eine Ferienwohnung besitzt. Seine sportliche Liebe gehört dem FC Bayern.

Nach der „Première“ studierte er Katholische Theologie und Philosophie an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Er wurde Jesuit und absolvierte sein Noviziat von 1981 bis 1983 in Namur, wo er später zum Priester geweiht wurde.

Nach einem zweijährigen Pas-

toralpraktikum in Luxemburg machte Hollerich 1985 seinen zweiten Lebenswunsch wahr. Er studierte zunächst Sprache, Kultur und Theologie an der Sophia-Universität in Tokio. Nach einem weiteren Theologiestudium in Frankfurt und dem Studium der deutschen Sprache und Literatur in München schrieb er 2001 seine Doktorarbeit zum Thema „Dialog der Kulturen“ am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Dann ging es zurück nach Tokio, wo er 2002 sein Ordensgelübde ablegte und an der Sophia-Universität unterrichtete. Von 2008 bis zu seinem Rückruf nach Luxemburg war er Vizerektor der Uni und in dieser Eigenschaft für Allgemeine und Studentische Angelegenheiten zuständig. Dabei hat er auch die Aufnahme luxemburgischer Schüler gefördert.

Den Vorwurf, zu lange zu weit entfernt von Luxemburg gewesen zu sein, wies der neue Erzbischof bei seiner Ernennung als intensiver Internet-Nutzer weit von sich. Er wisse stets, was in Luxemburg laufe. Jetzt hat ihn der Vorwurf dennoch gewissermaßen eingeholt. Luxemburg ist offensichtlich doch etwas zu klein für ihn.

Von Mäusen, Wölfen und Waschbären

Luxemburger Biologe koordiniert ein Projekt zur Verbreitung von Säugetierarten in Europa

Von Eric Hamus

Waschbär, Biberratte und Wolf sind seit Kurzem wieder gern gesehene Gäste in Luxemburg. Auf der anderen Seite aber ist der Luchs und der Europäische Nerz in den heimischen Gefilden ausgestorben. Europaweit dürfte es inzwischen rund 270 relevante Säugetierarten geben. 72 davon sind auf Dauer im Großherzogtum ansässig. Wo genau sich die verschiedenen Arten nun aufhalten und wie sich ihr Lebensraum in den letzten 25 Jahren verändert hat, will ein Großprojekt klären: Es erforscht, wie die Säugetiere in Europa verbreitet sind, und hält die Arten in einem 600 Seiten starken Atlas fest.

Hinter dem Mammutprojekt steckt die „Stiftung Europäische Säugetiere“, an deren Spitze auch ein Luxemburger mitwirkt. „Es ist ohne Zweifel das weltweit größte Kartierungsprojekt für Säugetiere“, betont Laurent Schley. Der Biologe ist Sekretär der Stiftung und betreut das Projekt quasi ehrenamtlich neben seiner Tätigkeit als Mitarbeiter der Luxemburger Umweltverwaltung. Für den begeisterten Wissenschaftler ist es eine Ehre, an dem Projekt teilnehmen zu können: „1991 war bereits ein erster Atlas mit der Verbreitung der Säugetiere erschienen. Ich habe immer gehofft, bei einer zweiten Ausgabe die nationale Koordination für Luxemburg übernehmen zu können. Dass ich das Projekt nun in einer führenden Rolle begleiten darf, empfinde ich als eine große Auszeichnung“, so der Biologe.

Vier Länder mehr

Tatsächlich liegt die erste Kartografierung der europäischen Säugetiere bereits mehr als 25 Jahre zurück: 194 Arten waren 1991 untersucht und festgehalten worden. „Dieses Mal aber werden es weit-

aus mehr sein“, erklärt Schley. „Europaweit gehen wir von rund 270 relevanten Säugetierarten aus“. Grund ist eine Ausbreitung der Fläche: Waren es 1991 noch 6,5 Millionen Quadratkilometer, die untersucht wurden, ist es dieses Mal die doppelte Fläche. Mit Russland, der Ukraine, Weißrussland und Moldawien sind nämlich vier Länder hinzugekommen.

Die Ergebnisse sollen 2024 veröffentlicht werden. „Dies ermöglicht nicht nur einen Langzeitvergleich, sondern hilft womöglich auch, bessere Schutzmaßnahmen zu ergreifen, sollten wir feststellen, dass plötzlich Lücken auftauchen, wo verschiedene Säugetierarten früher noch stärker vertreten waren“, fährt der Biologe fort. Interessant könnte das Projekt auch im Zuge des Klimawandels werden, da es je nach Resultat langfristige Abweichungen in der Tierpopulation Europas offenbaren könnte.

Schley ist einer von zehn Wissenschaftlern, die das Projekt steuern. Sie arbeiten in engem Kontakt mit 73 nationalen Koordinatoren, die wiederum dafür verantwortlich zeichnen, die nötigen Daten in ihren jeweiligen Aufgabengebieten zu sammeln. Zu diesem Zweck werden in einer ersten Linie bereits vorhandene Datenbanken und Studien konsultiert, um festzustellen, welche Tiere bereits erfasst sind und wo es noch Lücken gibt. Anschließend werden die fehlenden Daten dann durch Wissenschaftler an Ort und Stelle gesammelt.

In Luxemburg seien die meisten Daten bereits erhältlich gewesen. Dafür bedienten sich Experten der Datenbank im Naturmuseum, die bereits einen Großteil der 72 in Großherzogtum ansässigen Säugetierarten erfasst hat. „Weitere Erkenntnisse darüber, wo welche Tierarten auftauchen,

gewinnen wir beispielsweise anhand von Jagddaten oder Auto-unfällen mit Tieren“, ergänzt Laurent Schley. Allerdings habe man in Luxemburg feststellen müssen, dass es kaum Informationen zum Lebensraum von kleinen Nagetierarten gibt, wie Mäusen und Spitzmäusen.

Zu diesem Zweck wurde eine Biologin angeheuert, die sich in einer ersten Phase mit dem Lebensraum der Schleiereule vertraut gemacht hat, um dann ihr Gewölle zu untersuchen – jene Überreste, die die Magensäure der Eulen nicht aufgelöst hat. Da die Schleiereule eine nicht besonders aggressive Magensäure hat, bleiben die Schädeldecken ihrer Beute, in der Hauptsache eben jene Mäuse, recht gut erhalten. Die Überreste wurden aus den Speiballen entfernt, gesäubert und Mäusen zugeordnet. „Da wir den Jagdradius der Eulen gut kennen, konnte die Biologin auf diesem Weg auch die Verbreitung von Mäusen und Spitzmäusen festhalten“, so Schley.

Viel für die Fledermaus getan

Aufwendig ist laut dem Biologen auch die Erfassung von Fledermäusen: „Sie sind nachtaktiv, schnell und kommunizieren per Ultraschall.“ Glücklicherweise sei in den letzten 20 Jahren in der EU viel für den Erhalt der Fledermäuse unternommen worden, sodass für diese Art aktuelle Daten vorliegen.

„Dennoch gibt es Lücken“, meint der Luxemburger Autor und Tierexperte. „Man findet immer wieder neue Informationen. Das ist ja das Spannende an der Wissenschaft: Man weiß nie alles. Wir versuchen lediglich der ultimativen Wahrheit immer ein Stückchen näherzukommen. Erreichen aber werden wir sie nicht“, lächelt Schley, der vor Kurzem zusammen mit Jan Herr ein Buch über

die Säugetiere Luxemburgs veröffentlicht hat.

Ein „Spin-off“ nennt der Biologe das Buch, das für die breite Öffentlichkeit gedacht ist. Ein Nebenprodukt des Hauptprojekts, das seit der Veröffentlichung bereits großen Anklang beim Publikum gefunden hat. Besonders positiv ist der Umstand, dass rund 30 Prozent des Erlöses zurück an die Stiftung gehen, um die Kartografierung zu finanzieren. Es sei ein positiver Nebeneffekt, dass durch dieses Projekt auch die Öffentlichkeit wieder mehr für den Lebensraum verschiedener Säugetierarten sensibilisiert wird.

Die „Stiftung Europäische Säugetiere“ mit Sitz in den Niederlanden ist eine unabhängige Stiftung, die nicht an staatliche Behörden gebunden ist. Als solche ist das Projekt auf die finanzielle Unterstützung aus der Öffentlichkeit angewiesen. So müssten etwa Wildkameras, Ferngläser und Fledermausdetektoren gekauft werden. Die Unterstützung sei gerade in jenen Ländern wichtig, in denen es kaum finanzielle Hilfe vonseiten der Regierung gebe. Mit einer Spende könne man einen Beitrag zum Schutz der Säugetiere leisten, sagt Schley.

Wer das Projekt unterstützen will, kann dies mit einer Spende an die „European Mammal Foundation“ tun, IBAN NL84 INGB 0009 2528 90. Weitere Informationen zum Projekt unter support.european-mammals.org.

Die erste Kartografierung der europäischen Säugetiere liegt bereits mehr als 25 Jahre zurück.

Économie / Finances - Travaux publics / Infrastructures / Urbanisme

Show der Superlative

Mit den Bauarbeiten der Weltausstellung in Dubai hat der Countdown begonnen

Dubai. In der Wüste stampft Dubai mit Tausenden von Arbeitern ein neues künftiges Stadtviertel aus dem Boden: Die Bauarbeiten zur Weltausstellung Expo2020, die in einem Jahr eröffnet wird, sind in vollem Gange: Auch Luxemburg erhielt eine Baugenehmigung für seinen Pavillon und lässt die Bagger rollen.

Auf einer Fläche von 400 Hektar, wovon 4 000 Quadratmeter für das Großherzogtum vorgesehen sind, werden nun neue Brücken, Straßen und zahlreiche Länder-

pavillons gebaut. Die U-Bahn-Linie wird zum Expo-Gelände verlängert.

Der Herrscher des Emirats Dubai, Scheich Mohammed bin Raschid Al Maktoum, verspricht sich viel davon: 25 Millionen Besucher werden erwartet; das Ereignis selbst soll den Vereinigten Arabischen Emiraten Milliarden in die Kassen spülen. 192 Länder werden sich auf der Expo in der Wüste der Weltöffentlichkeit präsentieren.

MeM

Luxemburger Wort du 28.10.2019 / page 1

Économie / Finances - Travaux publics / Infrastructures / Urbanisme

Drei Fragen an

Maggy Nagel – seit 2016 mit dem Dossier „Luxemburger Pavillon“ betraut.

1. Wie sind die Bauarbeiten gestartet?

Es läuft gut. Luxemburg war eines der ersten Länder, das den Vertrag zur Teilnahme an der Weltausstellung in Dubai unterschrieben hatte, und wir waren mit die ersten, die den Spatenstich gemacht haben. Seit dem 26. August haben wir auch alle Genehmigungen, und die Bagger tun ihre Arbeit. Bis Januar wird der Pavillon errichtet sein und das Richtfest stattfinden. Nicht jedem ist bewusst, dass wir seit der ersten Weltausstellung 1851 dabei sind. Dubai ist also unsere 24. Weltausstellung, und wir rechnen mit 12 000 bis 17 000 Besucher pro Tag. Da war es schon eine Herausforderung, sich zu überlegen, was können wir zeigen, das Leute dazu bewegen kann, auch mal

nach Luxemburg zu kommen.

2. Was wird ausgestellt?

Die Weltausstellung kann man nicht vergleichen mit einer Ausstellung wie in einem Museum. Für den Luxemburger Pavillon wollen wir den Besuchern unser Land mit einer Art „Storytelling“ näherbringen. Es geht darum, uns anhand von fünf Themen – Diversität, Konnektivität, Entrepreneuriat, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft – zu präsentieren und auch die Schönheit des Landes den Besuchern der Expo2020 zu zeigen. Der Besucher kann beispielsweise im Pavillon virtuell im Müllerthal wandern. Wir wollen der Welt die Geschichte Luxemburgs über alle fünf Sinne erzählen, dazu gehört auch unsere Gastronomie. Auch Kunst aus Luxemburg werden wir präsentieren, denn Kunst ist die Möglichkeit, miteinander zu kommunizieren, ohne die Sprache des jeweils anderen zu können.

Mein Team, das alles organisiert, besteht aus vier Personen, aber mit allen Arbeitsgruppen zusammen, die am Entstehen des Luxemburger Pavillons mitwirken, sind es mehr als 100. Nicht zu vergessen die drei Partner Chambre de Commerce, SES und Post Luxembourg, die sich auch finanziell mit 7,5 Millionen Euro an dem Projekt beteiligen. Der von der Regierung festgelegte Betrag für den Pavillon lag bei maximal 32 Millionen, wovon die 7,5 Millionen abgezogen werden. Jetzt sind wir auch dabei, das Personal für die Weltausstellung zusammenzusetzen, die ja über sechs Monate läuft, dazu brauchen wir mehr als 40 Mitarbeiter.

3. Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden? Zu den Bauarbeiten für die Fußball-WM in Katar gab es schließlich viele Negativschlagzeilen.

Als ich 2016 zum ersten Mal

dort unten war, hatte ich auch ein ganz anderes Bild im Kopf. Die Emirate sind ein respektvolles Land, und mit den Verantwortlichen der Weltausstellung vor Ort hat sich eine sehr positive Beziehung entwickelt. Natürlich stellen wir Europäer Fragen wie die nach dem Reichtum des Landes und wofür er benutzt wird, wie die Gastarbeiter behandelt werden, wie die Situation der Frauen ist. Zuweilen haben wir aber ein falsches Bild oder verwechseln die Emirate mit anderen Ländern, denn viele Frauen in dem Land sind in führenden Positionen: Die Verantwortliche für die Weltausstellung ist eine junge Ministerin. Alle, die sich an der Weltausstellung beteiligen, haben darüber hinaus eine Charta zu Arbeitsrecht und Sozialstandards unterschrieben. Die Emirate wollen natürlich die Expo als Chance nutzen, um zu zeigen, wohin das Land will.

Interview: Marco Meng

Luxemburger Wort du 28.10.2019 / page 11

„Die größte Show der Welt“

Die Weltausstellung in Dubai soll ein Ereignis der Superlative werden – und ist für die Emirate mehr als ein Prestige-Vorhaben

Von Marco Meng (Dubai)

Ein Lastwagen nach dem anderen braust durch den Wüstenstaub, Bagger und Kräne sind in Bewegung, fast 40 000 Menschen, vom Bauarbeiter bis zum Programmierer und Architekten, sind im Einsatz: Noch ein Jahr, dann beginnt am 20. Oktober 2020 die Weltausstellung in Dubai. Ein Ereignis, dem die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gespannt entgegenfiebern. Es wird die größte Veranstaltung sein, die je in einem arabischen Land organisiert wurde. 192 Länder – so viel wie nie zuvor – werden mit je einem Pavillon vertreten sein – auch Israel. Zudem gibt es auf der Expo dann täglich 60 Shows, erklärt eine Mitarbeiterin, die nicht als offizielle Expo-Sprecherin zitiert werden möchte.

Auf einer Fläche von 400 Hektar, wovon 4 000 Quadratmeter für den Luxemburger Pavillon vorgesehen sind, werden nun neue Brücken und Straßen gebaut. Die U-Bahn-Linie wird zum Expo-Gelände verlängert. Investiert wird auch in eine riesige Solaranlage, denn die Hälfte des Stroms für die Welt-

ausstellung soll erneuerbar hergestellt werden. Wird die Expo nach einem halben Jahr im April 2021 zu Ende gehen, ist geplant, die Infrastruktur als neues Viertel Dubais, der größten Stadt der Emirate, weiterzunutzen. 30 000 Menschen sollen dann dort leben. Siemens, einer der offiziellen Partner der Expo2020, hat schon angekündigt, nach der Weltausstellung dort sein internationales Logistikzentrum einzurichten.

Weltausstellungen gibt es seit 1851, als in London auf Anregung von Prinz Albert die erste Industrieschau veranstaltet wurde. Seitdem haben sie sich als technische und handwerkliche Leistungsschauen etabliert: Zündhölzer, Nähmaschinen, der Reißverschluss, das Telefon und der Lippenstift – alle wurden sie erstmals auf einer Weltausstellung der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Scheichs versprechen sich viel davon. Erwartet werden 25 Millionen Besucher, das wären 150 000 Besucher pro Tag. Zur letzten Weltausstellung 2015 in Mailand kamen 21 Millionen Besucher. Offiziell heißt es, mit der

Expo 2020 wolle man „16 Mal so viele Besucher anziehen wie 2018 zur Fifa-Weltmeisterschaft nach Russland kamen“.

Die föderale Monarchie mit den siebtgrößten Erdölreserven der Welt will sich wirtschaftlich diversifizieren. Vor allem das Emirat Dubai hat sich mit rund 15 Millionen Besuchern in den letzten Jahren erfolgreich zum Touristen-Hotspot gemausert, womit 21 Milliarden Euro eingenommen wurden. Gleichzeitig befindet sich Dubai in einer Immobilienkrise: Schaut man sich nach Anbruch der Dunkelheit die Hotels an und zählt dann die beleuchteten Fenster durch, stellt man fest, dass der Leerstand hoch sein muss. Studien von Wirtschaftsberatern und Immobilienfirmen bestätigen das. Dennoch wird weiter gebaut: Wohnungen, Hotels, Bürokomplexe. Und das Bauen kostet Geld: Selbst der Sand muss importiert werden. Zwar bestehen die Emirate zum Großteil aus Sandwüste. Doch der Sand ist so feinpudrig, dass er sich zum Herstellen von Beton nicht eignet. Die Emirate brauchen Wirtschaftswachstum

außerhalb des Ölsektors. Pläne zu weiteren künstlich aufgeschütteten Palmeninseln wurden auf Eis gelegt: zu teuer. Nun investiert man rund sechs Milliarden Euro in die Expo – und erwartet sich von ihr einen Wirtschaftsschub von etwa 30 Milliarden Euro.

Neben den Länderpavillons wird es auf der Expo auch Pavillons zu den Themen Chancen, Mobilität und Nachhaltigkeit geben. Im Pavillon zum Thema „Chancen“, so wird erklärt „übernehmen Sie Ihre Rolle für die Zukunft der Menschheit, beobachten Sie die Auswirkungen Ihrer Aktionen und bewirken Sie Veränderungen durch Zusammenarbeit“. Der Pavillon zum Thema Mobilität soll den Besucher zu einer Reise „durch Zeit und Raum“ führen. Im Pavillon zum Thema „Nachhaltigkeit“ sollen dem Besucher die menschlichen Einflüsse auf die Umwelt nähergebracht und Chancen vermittelt werden, „die Ressourcen unseres Planeten zu schützen“, wie es von Seiten des Veranstalters heißt.

Herrschen im Oktober, wenn die Weltausstellung beginnt, noch Temperaturen von 36 Grad, so kühlt es ab November ab. Zwar sind die Gebäude klimatisiert, wem es aber dennoch zu heiß ist, dem sei ein Ausflug in die Große Arabische Wüste (Rub al-Chali) empfohlen, die zwei Drittel des Landes bedeckt: Dort, außerhalb von Dubai mit seinem erhitzten Beton, dem Verkehr und den aufgeheizten Wolkenkratzern, sind die Temperaturen erträglicher, auch die Luft ist dort angenehmer.

Emirate am Scheideweg

Wo im Jahr 2000 noch Wüste war, recken sich heute fast 300 Wolkenkratzer in den Himmel: Das sind die neuen Stadtviertel von Dubai, der mit 3,5 Millionen Einwohnern größten Stadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Im Jahr 2000 hatte Dubai noch 800 000 Einwoh-

ner. Die Vereinigten Arabischen Emirate, dazu zählt das Emirat Dubai, entstanden 1971 durch den Zusammenschluss von sieben Emiraten, die zuvor Protektorat des Vereinigten Königreichs gewesen waren. Hauptstadt ist Abu Dhabi. Die meisten Einwohner des Landes –

etwa acht von insgesamt neun Millionen – sind keine Emiratis, sondern Gastarbeiter, vor allem aus Pakistan und Indien. Englisch hat sich darum als Umgangssprache etabliert. Echte Emiratis trifft man kaum: Ein Tourist wird nur bei der Einreise in Gestalt des Grenzbeamten auf einen treffen.

Der Ölsektor ist nach wie vor der größte Wirtschaftszweig des Landes, das etwa so groß ist wie Österreich.

Mit exotischen Gebäuden wie dem Burj al Khalifa und Luxushotels soll unter anderem der Tourismus angekurbelt werden.

Luxemburgs Beziehungen zu den Emiraten gehen auf 1980 zurück. Seit 2011 hat das Großherzogtum dort eine Botschaft; auch die BIL hat dort eine Niederlassung.